

DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026

355 Editorial von Marcel Fratzscher

358 Bericht von den DIW-Konjunkturforscher*innen

**Energiepreisschock bremst
deutsche Wirtschaft – Weltwirtschaft
auf moderatem Wachstumskurs**



359

**Deutsche Wirtschaft:
Energiepreisschock bremst die Erholung**



379

**Iran-Krieg dämpft Aussichten für Weltwirtschaft –
dennoch moderates Wachstum erwartet**

388 Anhang

394 Interview mit Geraldine Dany-Knedlik

396 Kommentar von Stefan Bach

**Mehr Netto vom Brutto: Steuer-
senkungen werden für arbeitende
Mitte leicht zum Eigentor**



Die Anlage- Investitionen der NE- Metallindustrie in der Bundesrepublik von 1948 bis 1955

Jährliche Zuwachsraten
Steigerung in vH gegenüber dem jeweiligen Vorjahr

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Verbrauch der fünf Hauptmetalle (Aluminium, Kupfer, Blei, Zink, Zinn) und ihrer Legierungen ¹⁾	63,6	40,9	16,6	— 9,5	17,5	30,3	12,8
Produktion der NE-Metallindustrie ²⁾	59,0	34,4	21,8	— 5,6	13,7	24,8	12,9
Zum Vergleich:							
Produktion der gesamten Industrie ²⁾	50,2	25,6	18,6	6,3	10,2	11,6	15,2
Produktion d. Investitionsgüterindustrien ²⁾	52,0	31,6	30,5	11,5	5,5	18,0	23,1

1) Quelle: Metallgesellschaft AG; Daten für 1954 und 1955 vorläufig. — 2) Index der industriellen Nettoproduktion 1950 = 100; gesamte Industrie ohne Bau und ohne Energieerzeugung, NE-Metallindustrie einschl. Gießerei.

© CC BY 4.0

Die NE-Metallindustrie, zu der im folgenden auch die NE-Metallgießereien, nicht aber der NE-Metallerzbergbau gerechnet werden, gehört zu jenen Industriezweigen, die als Lieferanten von Grundstoffen und Halbwaren zur weiteren Bearbeitung und Verarbeitung im Rahmen der gesamten Industrie der Bundesrepublik von weit größerer Bedeutung sind, als es die statistisch ermittelbaren Anteilssätze zum Ausdruck bringen. Immerhin war dieser Industriezweig, gemessen sowohl an der Zahl der Beschäftigten als auch am Umsatz oder an den Löhnen und Gehältern, 1955 die viertgrößte Gruppe der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (nach der Eisen- und Stahlindustrie, der Chemie und der Industrie der Steine und Erden), obwohl sein Beschäftigtenanteil an der gesamten Industrie in diesem Jahr wie im Durchschnitt 1950 bis 1955 nur 1,4 vH betrug. Der entsprechende Umsatzanteil lag dagegen bei 2,4 vH, da der Anteil der eigenen Wertschöpfung am Umsatzwert in dieser materialintensiven Industrie relativ niedrig bzw. der Umsatzwert je Beschäftigten relativ hoch ist (Nettoquote 1950: NE-Metallindustrie 33 vH; gesamte Industrie 49 vH).

Aus dem DIW Wochenbericht Nr. 24 vom 15. Juni 1956

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 12. Juni 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Deutsche Wirtschaft leidet unter Energiepreiskrise – und hofft auf ein mutiges Reformpaket

Von Marcel Fratzscher

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland ist durch den Iran-Krieg zum Halt gekommen. Im zweiten und dritten Quartal 2026 dürfte die deutsche Wirtschaft sogar erneut in eine technische Rezession rutschen. Die private wirtschaftliche Aktivität von Unternehmen und Haushalten wird im Jahresdurchschnitt 2026 wohl sogar schrumpfen; dass die Wirtschaftsleistung insgesamt noch leicht zulegt, ist fast ausschließlich den öffentlichen Ausgaben zu verdanken. Es sind die starken öffentlichen Investitionen und der öffentliche Konsum, die die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland stützen und einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern. Dies sind die Kernpunkte des zentralen Szenarios der Sommerprognose des DIW Berlin. Dabei sind die Risiken deutlich nach unten gerichtet, und es ist nicht auszuschließen, dass die deutsche Wirtschaft im gesamten Jahr 2026 schrumpfen wird.

Der Iran-Krieg trifft die deutsche Wirtschaft hart. Denn Deutschland ist nach wie vor stark auf Importe fossiler Energieträger angewiesen. Zwar sind erneuerbare Energien deutlich günstiger als fossile Energien, doch Deutschland ist noch immer zu abhängig von Öl und Gas für den eigenen Energiebedarf. Vor allem die energieintensive Industrie, aber auch die Exportunternehmen sind von dem Krieg deutlich stärker betroffen und dürften in diesem und wohl auch im nächsten Jahr weiter schrumpfen und Beschäftigung abbauen.

Für das gesamte Jahr 2026 rechnen wir daher in unserer Sommerprognose nur noch mit einem Wachstum von 0,5 Prozent, für 2027 mit 0,8 Prozent – beides deutlich weniger als in unserem Szenario der Frühjahrsprognose von vor drei Monaten. Es ist vor allem der Anstieg der Energiekosten, der einen Wohlstandsverlust für Deutschland bedeutet. Die Infla-

tion könnte in diesem Jahr auf 2,9 Prozent und im nächsten Jahr auf 3,0 Prozent steigen.

Die höheren Preise kommen jedoch kaum deutschen Unternehmen zugute, sondern vor allem den Exportländern von Öl und Gas, inklusive Russland. Da Bürger*innen sowie Unternehmen in Deutschland mehr für importierte Energie ausgeben müssen, haben sie weniger Ressourcen für Investitionen und einheimischen Konsum. Konkret führt die höhere Inflation zu einer negativen Entwicklung der realen Einkommen für die meisten Beschäftigten sowie Rentner*innen in Deutschland. Mit anderen Worten: Die Preise dürften zumindest in diesem Jahr durchschnittlich stärker steigen als die Einkommen. Hinzu kommt ein Abbau von Beschäftigung und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem in der Industrie und in Regionen, die stark von industrieller Produktion abhängen.

Die hohe Inflation hat zudem eine starke soziale Schieflage. Es sind vor allem Menschen mit geringen Einkommen, die individuell eine viel höhere Inflation und somit einen stärkeren Wohlstandsverlust erfahren werden als Menschen mit hohem Einkommen. Der Grund dafür ist, dass Menschen mit geringen Einkommen meist einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für jene Dinge ausgeben müssen, allen voran Energie und Lebensmittel, deren Preise besonders stark steigen. Wir dürften somit einen erneuten Anstieg von Armut in Deutschland erleben.

Die hohe Inflation wird zudem wohl zu einem Anstieg der Zinsen führen, da die Europäische Zentralbank gezwungen sein wird, den Leitzins zu erhöhen, um die Inflationsentwicklung abzumildern. Höhere Zinsen verteuern viele Investitionen und große Konsumausgaben, was die Abschwächung der Wirtschaft noch verstärken dürfte. Zurzeit stehen die Chancen allerdings gut, dass die Erhöhung der Zinsen

begrenzt bleibt, da die Inflationserwartungen gut verankert sind und der Anstieg der Inflation nicht so stark ist wie während des letzten Energiepreisschocks 2022 und 2023.

Dies beschreibt das zentrale Szenario in unserer Konjunkturprognose für dieses und für nächstes Jahr. Dabei sollte betont werden, dass dies eher eines der optimistischeren Szenarien ist und die Risiken über das kommende Jahr deutlich nach unten gerichtet sind. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Energiepreise – anders als die Märkte es gegenwärtig einpreisen – über die nächsten Monate nicht sinken, sondern weiter steigen werden. Wie groß die Risiken sind, macht ein Negativszenario deutlich, in dem der Energiepreisschock noch deutlich größer ausfällt. Die deutsche Wirtschaft würde dann um etwas weniger als 0,5 Prozent schrumpfen. Ohne den Energiepreisschock wäre die Erholung kräftig ausgefallen. In der DIW-Konjunkturprognose vom Winter 2025 wurden noch 1,3 Prozent für dieses Jahr erwartet. Auch die Handelskonflikte mit den USA – und eine erneute Eskalation, wie vom US-Präsidenten angedroht – könnten sich erneut verschärfen und vor allem die deutsche Wirtschaft und Industrie zusätzlich schwächen.

Zudem beruht unsere zentrale Prognose auf der Annahme, dass die Bundesregierung, die Länder und Kommunen in diesem Jahr deutlich mehr Mittel aus dem Sondervermögen

für Infrastruktur und Klimaneutralität ausgeben werden und somit einen wichtigen Impuls für die Privatwirtschaft setzen können. Es ist jedoch durchaus möglich, dass die Pläne für öffentliche Investitionen hinter den Erwartungen zurückbleiben und die deutsche Wirtschaft somit nicht so stark unterstützen wie prognostiziert.

Zudem sollte die Bundesregierung dringend zielgenaue Maßnahmen umsetzen, um Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten und das Armutrisiko zu reduzieren. Eine gezielte Energiekostenpauschale – ähnlich wie 2022 – ist dafür das richtige Instrument. Der Tankrabatt dagegen ist teuer, nicht zielgenau, trägt nicht zu Einsparungen bei und unterstützt auch die Mineralölkonzerne. Die Bundesregierung sollte diesen Fehler nicht ein zweites Mal wiederholen und den Tankrabatt daher nicht über den 30. Juni hinaus verlängern.

Es könnte jedoch auch einen möglichen Lichtblick geben, nämlich dann, wenn die Bundesregierung ernst machen sollte mit ihrem versprochenen großen Reformpaket. Denn Wirtschaft hat viel mit Vertrauen zu tun, und das Vertrauen von Unternehmen sowie Bürger*innen in die Handlungsfähigkeit der deutschen Politik ist im Augenblick gering. Eine mutige Reform könnte das Vertrauen stärken und somit einen wichtigen Impuls für zusätzliche private Investitionen und Konsumausgaben setzen.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

© 2026 Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

AUF EINEN BLICK

Energiepreisschock bremst deutsche Wirtschaft – Weltwirtschaft auf moderatem Wachstumskurs

Von den DIW-Konjunkturforscher*innen

- Durch Iran-Krieg ausgelöster Energiepreisschock bremst gerade erst begonnene Erholung der deutschen Wirtschaft – Technische Rezession zur Jahresmitte
- Tiefer Einbruch wie 2022/23 bleibt aber aus – Schock ist kleiner, Energieversorgung gesichert, expansive Finanzpolitik sorgt an anderer Stelle für Stabilisierung
- Höhere Öl- und Gaspreise treiben Inflation auf 2,9 in diesem und 3,0 Prozent im nächsten Jahr – Arbeitslosenquote steigt vorübergehend auf 6,4 Prozent
- DIW Berlin erwartet, dass deutsche Wirtschaft 2026 um 0,5 Prozent und 2027 um 0,8 Prozent wächst – Prognose damit gegenüber Frühjahr um je rund 0,5 Prozentpunkte niedriger
- Weltwirtschaftsleistung steigt trotz Energiepreisschock moderat weiter, um 3,1 Prozent in diesem und 3,3 Prozent im nächsten Jahr – US-Wirtschaft legt zu

Die Erholung der deutschen Wirtschaft fällt kleiner aus als noch im Frühjahr erwartet

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„Die deutsche Wirtschaft war gerade dabei, sich aus drei schwachen Jahren herauszuarbeiten, als der Iran-Krieg die Energiepreise nach oben trieb. Das bremst die Erholung spürbar – aber wir erleben kein zweites 2022: Der Schock ist kleiner, die Versorgung noch gesichert, und die expansive Finanzpolitik stützt an anderer Stelle.“

— Geraldine Dany-Knedlik, DIW-Konjunkturchefin —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Geraldine Dany-Knedlik
www.diw.de/mediathek

Energiepreisschock bremst deutsche Wirtschaft – Weltwirtschaft auf moderatem Wachstumskurs

Von Geraldine Dany-Knedlik, Guido Baldi, Nina Maria Brehl, Angelina Hackmann, Konstantin Kholodilin, Laura Pagenhardt, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Hannah Magdalena Seidl, Ruben Staffa, Kristin Trautmann und Jana Wittich

EXECUTIVE SUMMARY

Die deutsche Wirtschaft kommt nach drei schwachen Jahren nicht recht in Fahrt. Zum Jahreswechsel hatte sich noch eine leichte Erholung abgezeichnet, die vor allem von der Binnenwirtschaft und dem privaten Konsum hätte getragen werden sollen. Doch neben den ohnehin vorhandenen strukturellen Problemen muss die deutsche Wirtschaft nun auch den Folgen des Iran-Kriegs Tribut zollen. Der Energiepreisschock hat die wirtschaftliche Erholung hierzulande ausgebremst, bevor sie sich festigen konnte. Gestiegene Öl- und Gaspreise treiben seitdem die Verbraucherpreise, schmälern die Kaufkraft der privaten Haushalte und nähren die ohnehin verbreitete Unsicherheit. Ein tiefer Einbruch wie in der Energiepreiskrise 2022/23 zeichnet sich gleichwohl nicht ab.

Zum Jahresauftakt ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland noch um 0,3 Prozent gestiegen, getragen allein von der öffentlichen Hand und vom Außenhandel, während die übrige Binnenwirtschaft schwach blieb. Im Verlauf des Jahres macht sich der Energiepreisschock deutlich bemerkbar: Die Wirtschaftsleistung dürfte im zweiten Quartal leicht schrumpfen (um 0,2 Prozent) und auch im dritten Quartal noch geringfügig sinken, bevor sie sich zum Jahresende wieder stabilisiert. Der private Konsum gibt nach und auch die Investitionsbereitschaft bleibt schwach. Stützend wirkt erneut allein die öffentliche Hand. Auch über das laufende Jahr hinaus bleibt die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik der entscheidende Treiber. Steigende Verteidigungsausgaben und schrittweise anlaufende Mittel aus dem Sondervermögen

für Infrastruktur und Klimaneutralität tragen den Großteil des Wachstums – Bäume können sie aber nicht ausreißen, die Wirkung der Investitionen entfaltet sich nur zögerlich. Nach voraussichtlich 0,5 Prozent in diesem Jahr erwartet das DIW Berlin für das kommende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent, jeweils rund ein halber Prozentpunkt weniger als noch im Frühjahr. Die Verbraucherpreisinflation liegt mit 2,9 beziehungsweise 3,0 Prozent über dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank, die Arbeitslosenquote steigt auf 6,4 Prozent in diesem Jahr. Wie groß die Risiken sind, zeigt eine aktualisierte Szenarioanalyse des DIW Berlin: In einem markt-basiert abgeleiteten Negativszenario läge das Wachstum in diesem Jahr um rund 1,5 Prozentpunkte niedriger. Das entspräche einem Schrumpfen der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr um etwas weniger als ein halbes Prozent. Die Inflation läge auf ähnlichem Niveau wie in der Energiepreiskrise 2023.

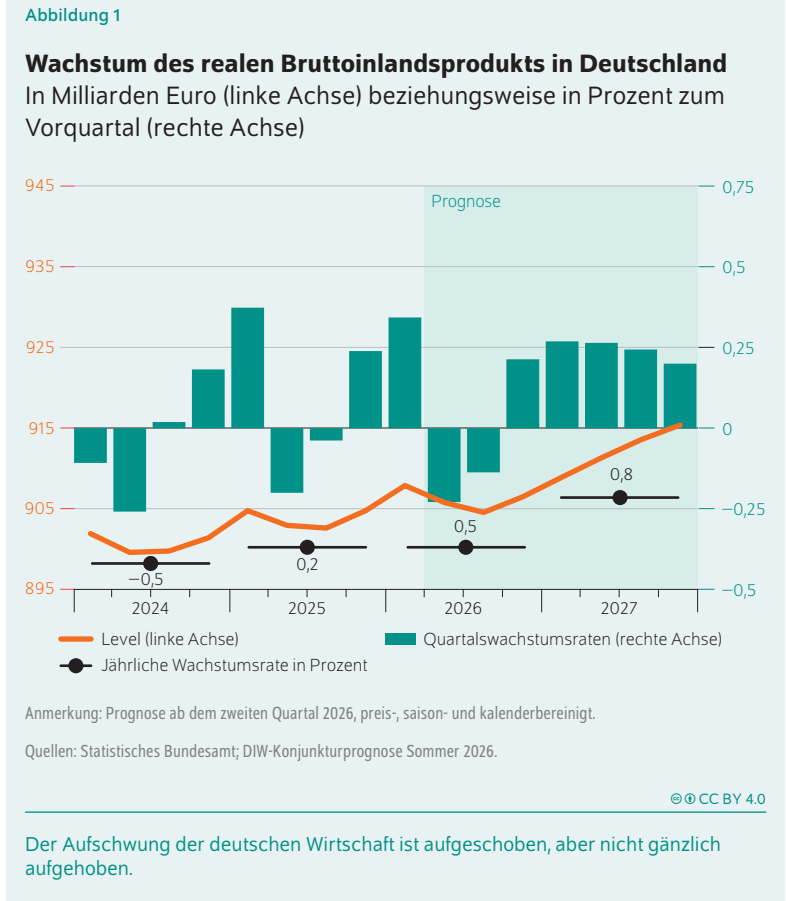
Die Weltwirtschaft wächst trotz des Energiepreisschocks moderat weiter. Zwar dämpft der Iran-Krieg die globalen Aussichten, doch der Welthandel expandierte zum Jahresauftakt kräftig und schwächt sich nur leicht ab. Vor allem die USA setzen sich von der globalen Abschwächung ab und legen mit 2,2 Prozent in diesem Jahr gegen den Trend zu, getragen von Investitionen und Energieexporten; der Euroraum wächst mit 0,3 Prozent hingegen nur schwach. Für die globale Wirtschaftsleistung erwartet das DIW Berlin insgesamt ein Wachstum von 3,1 Prozent in diesem und 3,3 Prozent im nächsten Jahr.

Deutsche Wirtschaft: Energiepreisschock bremst die Erholung

Hohe Energiepreise verhindern eine schwingvolle Erholung der deutschen Wirtschaft. Zum Ende des vergangenen Jahres hatte sich eine zarte Belebung abgezeichnet, die vor allem von der Binnenwirtschaft und einem robusten privaten Konsum getragen wurde. Der Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs hat diese Erholung jedoch ausgebremst, bevor sie sich festigen konnte. Gestiegene Öl- und Gaspreise treiben die Verbraucherpreise, schmälern die Kaufkraft der privaten Haushalte, steigern die Kosten der Unternehmen und nähren die ohnehin verbreitete Unsicherheit. Zugleich bleiben die strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft – die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die hohen Produktionskosten und der demografische Wandel – ungelöst. Sie verlieren auch unter dem Eindruck der Energiekrise nicht an Bedeutung.

Die Folgen des Iran-Kriegs dürften das Wachstum der deutschen Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr spürbar dämpfen; dennoch werden die realwirtschaftlichen Auswirkungen wohl geringer ausfallen als nach der Energiekrise 2022/23 infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine. Der Schock ist kleiner und anders gelagert als damals: Es handelt sich dieses Mal primär um einen Ölpreis- und nicht um einen Gaspreisschock. Zudem mangelt es derzeit nicht an Öl und Gas, ein Mengenschock ist ausgeblieben. Die Versorgung ist seit der Energiekrise diversifiziert worden; die inländische Versorgungssicherheit ist nicht gefährdet. Hinzu kommt die konjunkturelle Ausgangslage: Anders als 2022, als der Schock eine überausgelastete Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und geringer Arbeitslosigkeit traf, befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit in einer Phase der Unterauslastung. Bei schwacher Nachfrage können die Unternehmen die gestiegenen Energiekosten nur begrenzt weiterreichen, zudem bleiben mögliche Zweitrundeneffekte über die Löhne gedämpft. Der Energiepreisschock schlägt daher vor allem unmittelbar über die verteuerte Energiekomponente auf die Kaufkraft durch, die Auswirkungen auf die Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittel bleiben begrenzt. Zudem dürfte die Geldpolitik dem Preisschub annahmegermäßiger rascher entgegenwirken als 2022, was die Zweitrundeneffekte wohl zusätzlich begrenzen wird.

Zum Jahresauftakt expandierte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Schlussquartal des Vorjahres noch um 0,3 Prozent (Abbildung 1). Getragen wurde der Zuwachs von der öffentlichen Hand und vom Außenhandel. Die übrige Binnenwirtschaft entwickelte sich hingegen schwach. So expandierte der öffentliche Konsum erneut kräftig (um 1,1 Prozent), während der private Konsum stagnierte – gleichzeitig ging die saisonbereinigte Sparquote leicht auf 10,1 Prozent zurück. Die Bruttoanlageinvestitionen sanken deutlich um 1,5 Prozent: Vor allem die Bauinvestitionen gingen aufgrund der niedrigen Temperaturen zu



Jahresbeginn merklich zurück (um 2,5 Prozent). Auch die Ausrüstungsinvestitionen sanken (um 1,2 Prozent); hier gab es eine starke negative Gegenbewegung bei den zuvor außerordentlich hohen öffentlichen Investitionen.

Vom Außenhandel gingen dagegen deutlich positive Impulse aus. Die Exporte legten nach drei schwachen Quartalen überraschend stark zu (um 3,3 Prozent). Die Dienstleistungsexporte nahmen – insbesondere im Bereich der Informationstechnologie – kräftig zu und die Warenausfuhren in die USA stabilisierten sich. Die Importe stiegen hingegen nur geringfügig (um 0,1 Prozent), sodass der rechnerische Außenbeitrag mit 1,3 Prozentpunkten deutlich positiv ausfiel (Tabelle 1).

Produktionsseitig fiel das Bild gemischt aus. Die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe legte insgesamt zu (um 0,5 Prozent), getragen vom Verarbeitenden Gewerbe (plus 0,7 Prozent). Das Baugewerbe gab währenddessen erneut nach (minus 0,6 Prozent). Die Dienstleistungsbereiche stagnierten weitgehend: In Handel, Verkehr und Gastgewerbe sowie in der Information und Kommunikation gab es nur geringe Zuwächse (jeweils plus 0,1 Prozent). Die

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	1,1	0,1	-0,3	0,6	0,0	-0,3	-0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Öffentliche Konsumausgaben	-0,7	0,2	0,7	1,5	1,1	-0,4	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-0,9	0,1	1,3	-1,5	1,0	0,6	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Bauten	0,5	-0,9	-0,7	0,8	-2,5	1,8	0,6	0,9	0,4	0,2	0,1	0,0
Ausrüstungen	0,4	-2,2	1,2	2,5	-1,2	-0,3	0,3	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8
Sonstige Investitionen	0,6	1,2	0,9	1,0	0,6	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Lagerveränderung ¹	-1,0	0,7	0,2	0,3	-0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,5	0,6	0,3	1,2	-0,9	-0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Außenbeitrag	0,8	-0,8	-0,3	-1,0	1,3	-0,2	-0,2	-0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Export	3,4	-1,2	-1,1	-1,5	3,3	-0,3	-0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4
Import	1,5	0,8	-0,4	1,0	0,1	0,1	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,2	0,0	0,2	0,3	-0,2	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung	0,6	-0,1	0,0	0,3	0,1	-0,2	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	1,7	-0,2	-1,0	0,3	0,7	-0,6	-0,4	0,0	0,1	0,2	0,2	0,1
Baugewerbe	1,3	-2,1	-0,8	-0,6	-0,6	0,5	0,3	0,8	0,4	0,2	0,1	0,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,1	-0,3	0,2	0,0	0,1	-0,5	-0,3	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	-0,1	0,3	0,1	-0,1	-0,1	-0,5	-0,4	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,2	0,4	0,4	1,0	0,0	0,2	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

öffentlichen Dienstleister stagnierten und die Unternehmens- wie die sonstigen Dienstleistungen gaben leicht nach. Insgesamt stieg die Bruttowertschöpfung im ersten Quartal nur geringfügig um 0,1 Prozent.

Stimmung trübt sich ein – Wirtschaft schrumpft zur Jahresmitte

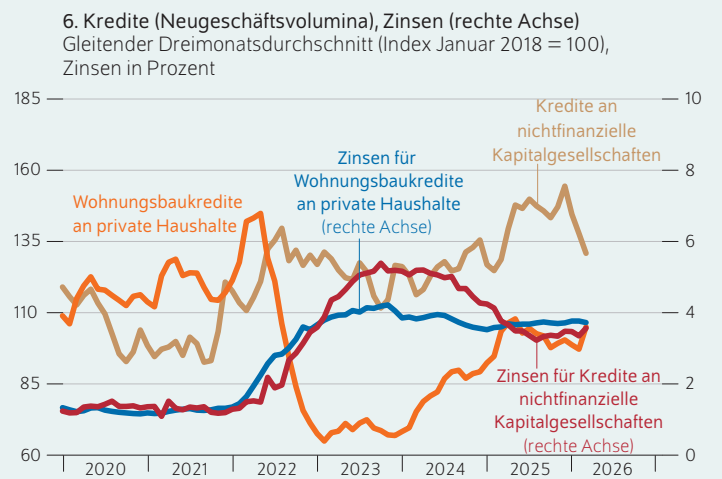
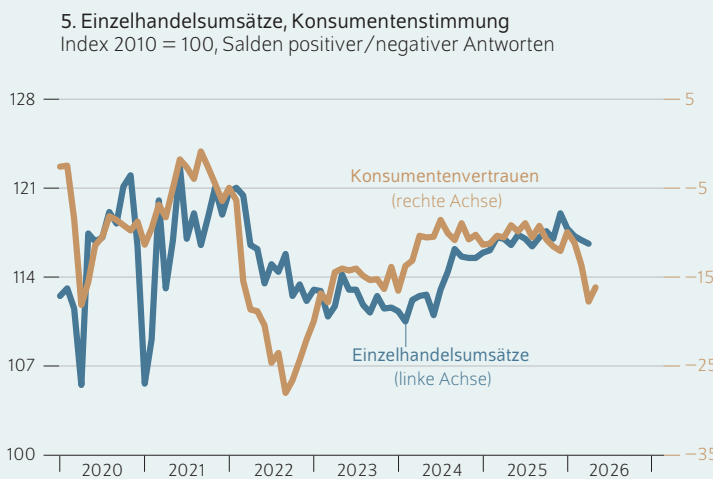
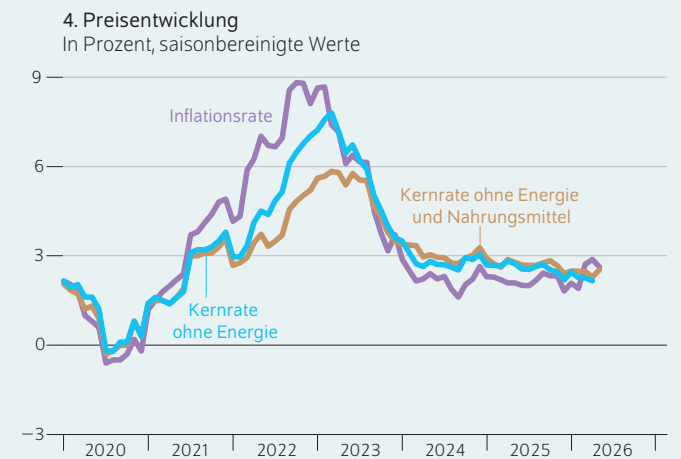
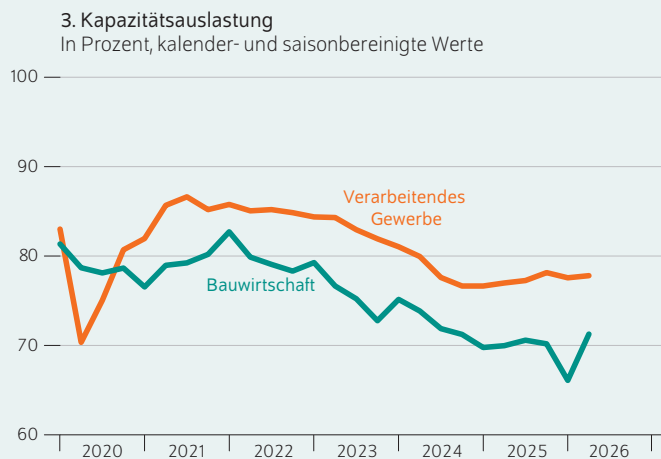
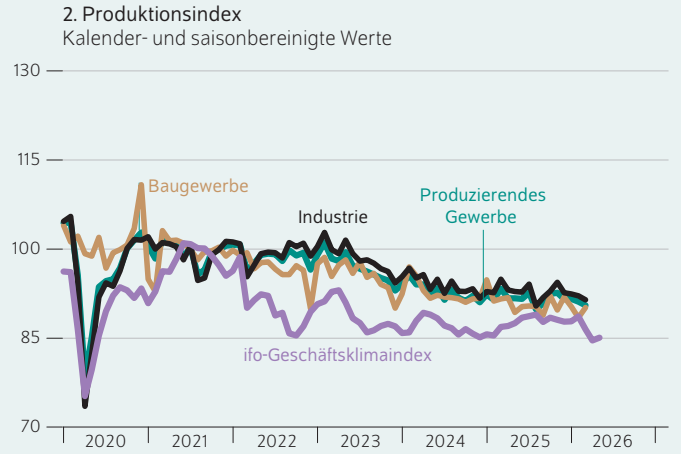
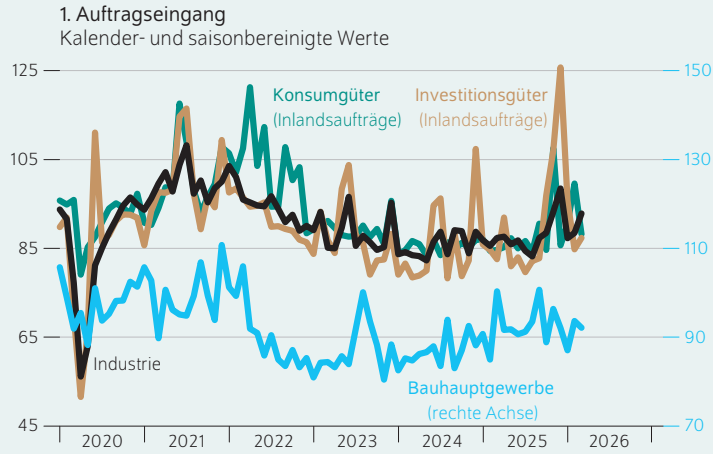
Seit Ausbruch des Iran-Kriegs hat sich die Stimmung in Deutschland deutlich eingetrübt (Abbildung 2). Der ifo-Geschäftsklimaindex fiel im April auf den niedrigsten Stand seit Mai 2020, wobei sich vor allem die Erwartungen verschlechterten. Der Einkaufsmanagerindex rutschte – insbesondere aufgrund der sehr schwachen Einschätzung im Dienstleistungssektor – wieder unter die Expansionsschwelle von 50 Punkten. Diese Stimmungseintrübung schlägt sich bereits in Aktivitätsdaten nieder: Der Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe gab im ersten Quartal nach (um 0,6 Prozent), wobei die Industrieproduktion und insbesondere die Investitionsgüterproduktion noch stärker zurückgingen. Die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe stagnierten, während die Einzelhandelsumsätze sanken. Die Konsumstimmung trübte sich ein: Das GfK-Konsumklima ging im Zuge des Kriegs spürbar zurück und stabilisierte sich zuletzt auf niedrigem Niveau; das HDE-Konsumbarometer blieb nach wiederholten Rückgängen ebenfalls gedämpft. Auch die Investitionsbereitschaft ist nach wie vor schwach: Laut

DIHK-Umfrage sind die Investitionsabsichten der Unternehmen erneut gesunken. Am Arbeitsmarkt signalisiert das ifo-Beschäftigungsbarometer einen weiteren – wenn auch moderaten – Beschäftigungsabbau. Darüber hinaus gingen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die zu Beginn des Jahres aufwärtsgerichtet waren und wohl von Vorzieheffekten in Erwartung weiterer Lieferengpässe durch den Iran-Krieg gestützt wurden, im April deutlich zurück.

Vor diesem Hintergrund dürfte die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal leicht um 0,2 Prozent schrumpfen. Der private Konsum gibt wohl unter dem Eindruck rasch steigender Preise und erhöhter Unsicherheit nach. Auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften erneut leicht zurückgehen, da anhaltende Belastungen durch regulatorische Anforderungen, Zollunsicherheiten und hohe Energiekosten – letztere durch den Iran-Krieg zusätzlich verstärkt – die Investitionsbereitschaft der Unternehmen dämpfen. Stützend wirkt allein die öffentliche Hand. Vom Außenhandel sind nach dem außergewöhnlich starken Jahresauftakt keine weiteren positiven Impulse zu erwarten; die Ausfuhren dürften nach den Vorzieheffekten im ersten Halbjahr vorübergehend etwas schwächer ausfallen (Abbildung 3). Auch im weiteren Jahresverlauf stellt sich wohl keine Erholung ein. Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung erneut geringfügig sinken, bevor sie sich zum Jahresende voraussichtlich wieder stabilisiert.

Abbildung 2

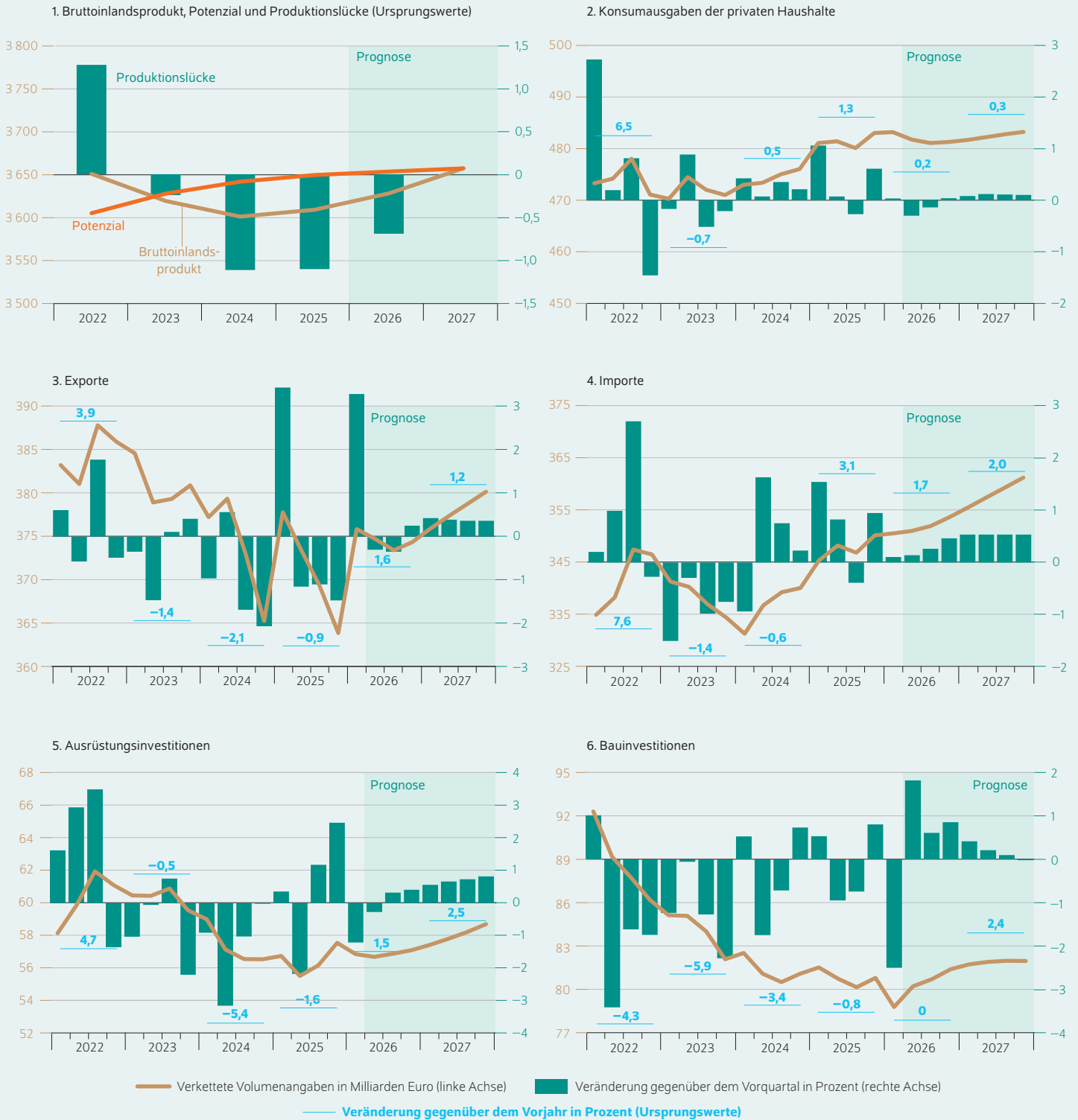
Konjunkturindikatoren für Deutschland
Indizes (sofern nicht anders angegeben)



Quellen: Statistisches Bundesamt (1), (2), (4), (5); Bundesinstitut für Bauwesen und Raumordnung (3); ifo Institut (2), (3); GfK (5); Deutsche Bundesbank (3), (6).

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison-, kalender- und preisbereinigter Verlauf



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2026, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

Kasten 1

Annahmen und Rahmenbedingungen

Dieser Prognose liegen Annahmen zum Verlauf der Leitzinsen, Wechselkurse und Rohstoffpreise zugrunde (Tabelle). Diese Annahmen basieren auf bisherigen Entwicklungen, den Preisen an Terminkmärkten sowie Schlussständen zum Stichtag der Prognose am 22. Mai 2026.

Der Energiepreisschock im Zuge des Iran-Kriegs schlägt sich bereits seit März in den Verbraucherpreisen des Euroraums nieder: Während die Inflation zu Beginn des Jahres noch knapp unter dem Stabilitätsziel der EZB von zwei Prozent lag, kletterte sie zuletzt im Mai auf 3,2 Prozent. In dieser Prognose wird angenommen, dass die Zentralbank auf den Preisschock mit zwei Zinsschritten zu jeweils 25 Basispunkten reagieren wird, sodass der Einlagesatz im dritten Quartal 2,5 Prozent erreichen dürfte.

Im Einklang mit der erwarteten Leitzinserhöhung sind auch die Geldmarktzinsen gestiegen und dürften bis zum Ende des Prognosezeitraums bei knapp unter drei Prozent verharren. Die Zinserhöhung dürfte sich auch in den Refinanzierungskosten für Haushalte und Unternehmen niederschlagen. Es wird zudem angenommen, dass die Kapitalmarktzinsen über den Prognosehorizont weitgehend unverändert bei 3,1 Prozent für Deutschland und 3,5 Prozent für den Euroraum liegen werden. Damit haben sich die Kapitalmarktzinsen im Vergleich zur Frühjahrsprognose erhöht.

Im Zuge des Iran-Kriegs hat der Euro gegenüber dem Dollar abgewertet. Es wird angenommen, dass der Wechselkurs auf dem zum Datenschluss erreichten Niveau von 1,16 US-Dollar pro Euro verbleibt. Der Iran-Krieg hat zu einem Preisschock auf den Rohöl- und Gasmärkten geführt. Basierend auf Future-Preisen wird angenommen, dass der Rohölpreis der Sorte Brent im dritten Quartal noch auf dem hohen Niveau verharren und dann im Verlauf des Prognosehorizontes wieder absinken wird, im Vorkriegsvergleich allerdings erhöht bleibt. Es ergibt sich ein Preis von rund 94 US-Dollar pro Barrel im laufenden Jahr und rund 81 US-Dollar pro Barrel im kommenden Jahr. Damit ist dieser Prognose im Vergleich zum Frühjahr ein um etwa 25 Prozent höherer Rohölpreis für das laufende Jahr und ein um 19 Prozent höherer Preis für das kommende Jahr unterstellt. Auch die Großhandelspreise für Gas (TTF) sind aufgrund des Iran-Kriegs stark gestiegen und haben sich im Vergleich zum Vorkriegsniveau zeitweise verdoppelt. In dieser Prognose wird unterstellt, dass die Preise noch bis einschließlich des ersten Quartals 2027 auf ihrem hohen Niveau verharren und dann allmählich wieder sinken werden. Annahmegemäß betragen die Gaspreise in diesem Jahr somit im Schnitt 46 Euro je Megawattstunde und im Jahr 2027 rund 38 Euro je Megawattstunde. Die Gaspreisannahmen bleiben damit im Vergleich zur Frühjahrsprognose für das laufende Jahr unverändert, für das kommende Jahr erhöhen sie sich um 18 Prozent. Dieser Prognose liegen zudem handelspolitische Annahmen zugrunde.¹

¹ Vergleiche dazu den Textteil zur Weltwirtschaft in diesem Wochenbericht.

Tabelle

Annahmen dieser Prognose

		2024	2025	2026	2027
EZB-Einlagefazilität ¹ (Jahresende)	Prozent	3,0	2,0	2,5	2,5
EZB-Leitzins (Jahresende)	Prozent	3,15	2,15	2,90	2,90
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	3,6	2,2	2,6	2,8
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	3,0	3,1	3,4	3,5
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	2,4	2,7	3,0	3,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,08	1,15	1,16	1,16
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	79,7	68,0	93,5	80,9
Gaspreis	Euro/Megawattstunde	34,4	36,3	46,4	37,8

¹ Die EZB steuert die Wirtschaft aktuell über die Einlagefazilität, nicht den Hauptrefinanzierungssatz (Leitzins).

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte; EZB-Einlagefazilitätswerte zum Jahresende.

Quellen: Europäische Zentralbank; European Money Markets Institute (EMMI); Eurex Exchange; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve; Energy Information Administration (EIA); Intercontinental Exchange (ICE); CME Group; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

Energiepreisschock dämpft Aufschwung – strukturelle Schwächen bleiben

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer Phase struktureller Umbrüche. Die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die im internationalen

Vergleich hohen Produktionskosten und der demografische Wandel belasten die wirtschaftliche Aktivität dauerhaft. Die Verschiebungen sind erheblich: Im Vergleich zum Höhepunkt der Industriebeschäftigung Mitte 2019 gibt es in diesem Bereich heute rund 660 000 Stellen weniger. Gleichzeitig wurden im öffentlichen Dienst, im Gesundheits- und

Kasten 2

Annahmen zu den finanzpolitischen Maßnahmen

Die Finanzpolitik ist im laufenden und kommenden Jahr expansiv ausgerichtet (Tabelle). Die Ausgabenseite gibt in beiden Jahren deutliche expansive Impulse durch die Inanspruchnahme der erweiterten Verschuldungsspielräume für Infrastruktur und Verteidigung. Einnahmenseitig entlasten Steuererleichterungen Haushalte und Unternehmen – restriktive Impulse seitens der Sozialversicherungen kompensieren diesen Effekt aber teilweise.

Einnahmenseitig tragen Anpassungen des Einkommensteuertarifs zum Ausgleich der Kalten Progression im laufenden und kommenden Jahr zu einer Entlastung der privaten Haushalte bei. Arbeitnehmer*innen, die über das reguläre Renteneintrittsalter hinaus arbeiten, werden im Rahmen der sogenannten Aktivrente durch einen monatlichen Steuerfreibetrag entlastet. Das Steueränderungsgesetz 2025 entfaltet im Jahr 2027 weitere expansive Impulse, unter anderem durch die fortwirkende Erhöhung der Entfernungspauschale und durch die dauerhafte Umsatzsteuersenkung auf sieben Prozent im Gastronomiebereich. Als Reaktion auf gestiegene Energiepreise im Zusammenhang mit dem Iran-Krieg wurde die Energiesteuer auf Kraftstoffe im laufenden Jahr für die Monate Mai und Juni temporär abgesenkt (Tankrabatt). Diese vorübergehende Senkung sorgt auf Jahressicht im Jahr 2027 für einen entsprechenden restriktiven Impuls. Mindereinnahmen entstehen durch die Rückvergütung für Agrardieselausgaben an landwirtschaftliche Betriebe. Unternehmen profitieren allgemein in beiden Jahren von steuerlichen Entlastungen durch das Steuerfortentwicklungsgesetz und das Investitionssofortprogramm.

Der nationale Brennstoffemissionshandel (BEHG) generiert im laufenden Jahr Mehreinnahmen, da der CO₂-Preis voraussichtlich die gesetzliche Obergrenze von 65 Euro erreicht. Da die Einbettung von Emissionen aus den Bereichen Wärme und Verkehr in den Europäischen Emissionshandel (EU-ETS 2) auf das Jahr 2028 verschoben wurde, bleibt der nationale CO₂-Preis im Jahr 2027 weitgehend konstant, sodass von ihm kein finanzpolitischer Impuls ausgeht. Die globale Mindestbesteuerung (Säule 2) trägt im laufenden Jahr zu Mehreinnahmen bei. Die Plastikabgabe fällt aufgrund von Verzögerungen bei der Gesetzgebung annahmegemäß nun erst ab dem Jahr 2027 an. Insgesamt ist die Finanzpolitik auf der Einnahmenseite der Gebietskörperschaften im laufenden und kommenden Jahr leicht expansiv ausgerichtet.

Aufseiten der Sozialversicherungen werden Einsparbemühungen verfolgt, um die Beitragssätze zu stabilisieren. Hierunter fällt das

im vergangenen Jahr beschlossene Klinik-Sparpaket sowie das vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), das allerdings noch einige Abstimmungsrunden durchlaufen muss und somit hier noch nicht als konkrete finanzpolitische Maßnahme hinterlegt wird. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass es zu einer Stabilisierung der Zusatzbeiträge in der GKV kommt – allerdings nicht vollumfänglich, sodass die Zusatzbeiträge auch im laufenden und kommenden Jahr leicht steigen werden. Für das Jahr 2027 ist zudem ein weiterer Anstieg des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung unterstellt.

Die finanzpolitische Gestaltung der Ausgabenseite des Staates hat im Prognosehorizont einen deutlich expansiven Charakter. Zwar gehen von der Wohngeldreform und Kürzungen beim Elterngeld für Spitzenverdienende im laufenden Jahr ausgabenmindernde Impulse aus, und der im Vorjahr vollzogene einmalige Ausgleich der Gasspeicherumlage wird nun als restriktiver Impuls verbucht. Auf der anderen Seite entstehen durch das Startchancenprogramm und die Anhebung des Kindergeldes Mehrausgaben. Die Frühstartrente und das Leistungsrechtsanpassungsgesetz generieren im laufenden Jahr geringe Mehrausgaben.

Die weitaus größten expansiven Impulse senden die erweiterten Verschuldungsspielräume für Infrastruktur, Klimaneutralität und Verteidigung (inklusive erhöhter Unterstützungsleistungen an die Ukraine im laufenden Jahr). Aus dem aufgestockten Klima- und Transformationsfonds (KTF) wird im laufenden Jahr unter anderem die Subvention der Netzentgelte finanziert (6,5 Milliarden Euro); weitere KTF-Programmausgaben fallen mit 2,3 Milliarden Euro ins Gewicht. Im Jahr 2027 wird zudem die Senkung des Industriestrompreises für ausgewählte energieintensive Wirtschaftszweige aus dem KTF finanziert. Die Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität belaufen sich in diesem Jahr auf rund zwölf Milliarden Euro und im Jahr 2027 auf rund zehn Milliarden Euro. Diese Impulse sind damit geringer als in der Frühjahrsprognose unterstellt. Dafür spielen deutlichere Planungs- und Umsetzungsverzögerungen als zunächst angenommen eine Rolle. Auch der Grad, in dem die abfließenden Mittel wirklich zusätzlich investiert werden, wird geringer eingeschätzt als noch im Frühjahr. Im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr bestellte Ausrüstungsgüter werden nach und nach geliefert. Die Verteidigungsausgaben im Rahmen der Bereichsausnahme von der Schuldenbremse steigen in beiden Jahren deutlich.

Sozialwesen im gleichen Zeitraum mehr als 1,2 Millionen Stellen aufgebaut. Ein Teil dieser Entwicklung spiegelt den demografisch bedingten Ausbau personenbezogener Dienstleistungen wider.

Höhere Öl- und Gaspreise treiben die Inflation und schmälern die real verfügbaren Einkommen, die mit 0,1 Prozent in diesem Jahr nahezu stagnieren und erst 2027 wieder spürbar

zulegen (um 0,6 Prozent). Der private Konsum kommt daher erst allmählich und in abgeschwächter Form wieder in Schwung. Die exportorientierte Industrie erholt sich angesichts der strukturellen Belastungen und der anhaltenden außenwirtschaftlichen Unsicherheit ebenfalls nur langsam. Der entscheidende stützende Faktor im Prognoseverlauf bleibt die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik – bei einer Geldpolitik, die auf den Preisschock annahmegemäß

Tabelle

Finanzpolitische Maßnahmen: Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts
In Milliarden Euro (gegenüber dem Vorjahr)

	2026	2027		2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften			Erhöhung durchschnittlicher Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung		
Jahressteuergesetz 2022	-0,2	-0,2		3,4	2,6
Inflationsausgleichsgesetz (Anpassung Einkommenssteuertarif)	-0,6	-0,5	Erhöhung Beitragsatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung	0,0	1,9
Abbau Kalte Progression 2027	0,0	-4,2	Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Steueränderungsgesetz 2025 (ohne Umsatzsteuer)	0,0	-1,1	Wohngeldreform	0,4	0,0
Steuerfortentwicklungsgesetz	-5,5	-0,9	Kürzungen beim Elterngeld für Spitzenverdienende	0,1	0,0
Jahressteuergesetz 2024	0,3	-0,1	Anhebung des Kindergeldes	-0,9	0,0
Aktivrente (Rentenpaket)	-0,8	-0,1	Startchancenprogramm für Schulen	-0,5	-0,3
Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz (Rentenpaket)	0,0	-0,1	Frühstartrente (Rentenpaket)	-0,1	0,0
Degressive AfA (Zweites und Viertes Corona-Steuerhilfegesetz)	3,8	1,5	Leistungsrechtanpassungsgesetz	-0,1	0,0
Investitionsfortprogramm (Degressive AfA, steuerliche Begünstigung Elektroautos, Ausweitung Forschungszulage)	-3,4	-5,2	Subvention Netzentgelte	-6,5	0,0
Wachstumschancengesetz	-0,7	0,1	Industriestrompreis	0,0	-1,5
Änderungen bei Agrardiesel-Rückvergütung	-0,4	0,0	Abschaffung Gasspeicherumlage	3,1	0,0
Dauerhafte Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	-3,1	-0,7	Sondervermögen Klima- und Transformationsfonds (KTF, ohne Netzentgelte/Industriestrompreis)	-2,3	-0,4
Temporäre Energiesteuerabsenkung auf Kraftstoffe	-1,4	1,4	Mehrausgaben Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)	-12,0	-10,0
Anhebung Lkw-Maut	0,2	0,0	Mehrausgaben für Verteidigung (inkl. Sondervermögen Bundeswehr)	-13,9	-14,2
Anhebung der Tabaksteuer	0,8	0,0	Zusätzliche Unterstützung für die Ukraine	-2,8	-0,1
Luftverkehrsabgabe	-0,2	-0,2	Ausgaben der Sozialversicherungen		
Zukunftsfinanzierungsgesetz	-0,1	0,0	Krankenhausreform	-0,2	-0,2
Erlöse Brennstoffemissionshandel (BEHG)	3,0	0,0	Entbudgetierung Hausarztversorgung	-0,4	0,0
Globale Mindestbesteuerung (Säule 2)	1,0	-0,3	Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	-0,2	-0,3
Plastikabgabe	0,0	1,4	Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitergeld	0,0	0,3
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-2,5	-3,3	Sparpaket Krankenkassen 2026	2,0	-2,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			Insgesamt	-40,6	-36,7
			In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,9	-0,8

Anmerkung: Ohne makroökonomische Rückwirkungen. Sonstige steuerliche Maßnahmen beinhalten das Jahressteuergesetz 2020, das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, das Behinderten-Pauschbetragsgesetz, das Vierte Bürokratienteilungsgesetz, das Kreditzweitmarktförderungsgesetz und die Erhöhung beziehungsweise (ab 1. Juli 2026) Senkung der Luftverkehrsabgabe.

Quellen: Bundesregierung (Haushaltsplan, Gesetzesentwürfe, Monatsberichte des Bundesfinanzministeriums, Datensammlung zur Steuerpolitik); DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Auf der Ausgabenseite der Sozialversicherungen gehen von der Entbudgetierung der Hausarztversorgung,¹ dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz sowie der Krankenhausreform im laufenden Jahr expansive Impulse aus. Im Jahr 2027 führt das Auslaufen der verlängerten Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes

zu einem geringen restriktiven Impuls. Der Wegfall des temporären Sparpakets der Krankenkassen wird als expansiver Impuls verbucht. Insgesamt sind die finanzpolitischen Maßnahmen auf der Ausgabenseite der Sozialversicherungen im laufenden und im kommenden Jahr neutral ausgerichtet.

¹ Hausärzt*innen unterlagen bisher dem Regelleistungsvolumen, einem festen Budget pro Quartal und Praxis. Leistungen oberhalb des Budgets wurden nur noch mit Abschlag oder gar nicht vergütet. Diese Budgetierung wurde nun aufgehoben, so dass Hausärzte die meisten ihrer Leistungen seither in voller Höhe und ohne Deckelung vergütet bekommen.

Alles in allem beläuft sich die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen im laufenden Jahr auf –40,6 Milliarden Euro (–0,9 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) und im Jahr 2027 auf –36,7 Milliarden Euro (–0,8 Prozent).

mit zwei Zinsschritten von jeweils 25 Basispunkten reagiert (Kasten 1). Steigende Verteidigungsausgaben und schrittweise wirksam werdende Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität schieben den öffentlichen Konsum und die öffentlichen Investitionen an (Kasten 2). Sie tragen damit in beiden Prognosejahren den Großteil des Wachstums (Tabelle 2). Die Wirkung des Sondervermögens entfaltet sich allerdings nur zögerlich, da Planung

und Mittelabfluss hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben. Diese expansiven Effekte dämpfen den konjunkturellen Rückschlag, können ihn aber nicht vollständig auffangen – zumal sie über eine höhere Bau- und Investitionsnachfrage zugleich preistreibend wirken.

Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 0,5 Prozent zunehmen.

Tabelle 2

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland
In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge ¹		
	2025	2026	2027
Konsumausgaben	1,0	0,7	0,6
Private Haushalte	0,7	0,1	0,1
Staat	0,3	0,6	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,2	0,6
Bauten	-0,1	0,0	0,2
Ausrüstungen	-0,1	0,1	0,2
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,2
Vorratsveränderungen	0,8	-0,4	-0,1
Inländische Verwendung	1,8	0,5	1,1
Außenbeitrag	-1,5	0,0	-0,3
Exporte	-0,4	0,6	0,5
Importe	-1,2	-0,6	-0,8
Bruttoinlandsprodukt²	0,2	0,5	0,8

1 Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,2	0,5	0,8
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 977	45 838	45 923
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 948	2 992	2 896
Arbeitslosenquote BA ³ (in Prozent)	6,3	6,4	6,2
Verbraucherpreise ⁴	2,2	2,9	3,0
Lohnstückkosten ⁵	4,5	2,4	2,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Milliarden Euro	-123,6	-179,0	-203,2
in Prozent des nominalen BIP	-2,8	-3,9	-4,3
Leistungsbilanzsaldo			
in Milliarden Euro	202,7	192,2	181,3
in Prozent des nominalen BIP	4,5	4,2	3,8

1 Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

2 Inlandskonzept.

3 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

4 Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

5 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigenstunde.

6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Im kommenden Jahr dürfte es um 0,8 Prozent ausgeweitet werden. Damit senkt das DIW Berlin seine Wachstumsprognose gegenüber dem Frühjahr deutlich um jeweils rund einen halben Prozentpunkt. Maßgeblich für die Revision sind die dämpfenden Effekte des Energiepreisschocks: Die länger höheren Öl- und Gaspreise treiben die Inflation und belasten über den Kaufkraftverlust den privaten Konsum; die gestiegene Unsicherheit verzögert die ohnehin spärliche Investitionsbelegung. Die Verbraucherpreisinflation liegt mit voraussichtlich 2,9 Prozent in diesem und 3,0 Prozent im kommenden Jahr deutlich über dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) – ein Aufwärtsschub gegenüber der Frühjahrsprognose, der wesentlich auf die höheren Energiepreisanahmen zurückgeht. Die Arbeitslosenquote dürfte 2026 auf 6,4 Prozent steigen und 2027 bei 6,2 Prozent liegen (Tabelle 3). Die fiskalische Expansion hat ihren Preis: Das gesamtstaatliche Defizit weitet sich auf 3,9 Prozent in diesem und 4,3 Prozent im kommenden Jahr aus, der Schuldenstand steigt bis 2027 auf rund 67 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke bleibt in beiden Prognosejahren negativ (Abbildung 4): Sie beträgt durchschnittlich 0,8 Prozent im Jahr 2026 und 0,2 Prozent im Jahr 2027 und schließt sich erst im Verlauf der mittleren Frist. Dabei nimmt das Produktionspotenzial kaum zu – bis zum Jahr 2030 beträgt das Potenzialwachstum nur knapp über null Prozent. Vor allem die demografische Alterung dämpft über ein rückläufiges Arbeitsvolumen (der Wachstumsbeitrag beträgt -0,3 Prozentpunkte) das Potenzialwachstum, während der Kapitalstock (0,2 Prozentpunkte) und die totale Faktorproduktivität (0,1 Prozentpunkte) lediglich geringe positive Beiträge leisten (Kasten 3). Damit bleibt der Spielraum für eine kräftige konjunkturelle Erholung auch jenseits des Energiepreisschocks begrenzt.

Die Risiken für diese Prognose sind erheblich und wirken in beide Richtungen. Eine Deeskalation im Nahen Osten und eine rasche Entspannung an den Energiemärkten könnte die Inflation schneller sinken lassen und die Kaufkraft früher stützen als unterstellt. Umgekehrt würde eine weitere Eskalation – etwa eine länger anhaltende Blockade der Straße von Hormus oder zusätzliche Behinderungen des Transportwegs durch das Rote Meer – die Energiepreise länger hochhalten, die Inflation weiter treiben und die Erholung zusätzlich verzögern (Kasten 4). Hinzu kommt, dass die Lieferketten selbst bei einer Wiederöffnung der Straße von Hormus nicht sofort wieder normal funktionieren dürften: Erhöhte Risikoprämien bei Versicherungen, eine langwierige Minenräumung und die nur allmähliche Rückverlagerung umgeleiteter Transporte könnten die Produktion über Lieferstörungen womöglich noch über Monate beeinträchtigen. Ein zusätzliches Aufwärtsrisiko für die Inflation liegt in der Erwartungsbildung der privaten Haushalte: Energiepreise – und vor allem Kraftstoffpreise – sind ein besonders stark wahrgenommenes Preissignal, und nach der erst drei Jahre zurückliegenden Energiekrise reagieren die Haushalte rascher auf einen erneuten Anstieg.¹ Die

¹ Vgl. Ulrike Malmendier und Stefan Nagel (2016): Learning from inflation experiences. The Quarterly Journal of Economics, 131(1), 53–87.

von der Deutschen Bundesbank erhobenen Inflationserwartungen sind mit zuletzt 3,6 Prozent bereits spürbar gestiegen. Bleiben sie erhöht oder lösen sie sich weiter vom Stabilitätsziel der EZB, könnte sich der Preisschub stärker und länger in der Kerninflation festsetzen, als es die moderate Höhe des Schocks und die konjunkturelle Unterauslastung erwarten lassen. Konjunkturell bestehen Abwärtsrisiken, falls die hier eingestellten Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität langsamer als erwartet oder nicht zusätzlich abfließen, sondern nur bereits im Bundeshaushalt eingestellte Investitionen ersetzen und damit die Wirkung der Fiskalmaßnahmen schmälern. Auch könnten ausbleibende Reformen bei den Sozialversicherungen die Beitragssätze weiter steigen lassen und die Nettolöhne der privaten Haushalte belasten.

Beschäftigungsrückgang setzt sich fort

Der seit Mitte des Jahres 2025 anhaltende Rückgang der Erwerbstätigkeit hat sich im ersten Quartal 2026 fortgesetzt. Saisonbereinigt sank die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorquartal um 61000 Personen (Abbildung 5, oberer Teil). Dieser Rückgang ist überwiegend auf weniger abhängig Beschäftigte (minus 46000 Personen) zurückzuführen. Doch auch die Zahl der Selbstständigen ist erneut um 15000 Personen zurückgegangen. Sie sinkt damit kontinuierlich seit dem Jahr 2012. Innerhalb der abhängigen Beschäftigung verschiebt sich das Bild im Vergleich zum Vorjahr: Während 2025 die Rückgänge bei der geringfügigen Beschäftigung überwogen, geht der Beschäftigungsabbau seit Jahresbeginn 2026 vorrangig auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück.

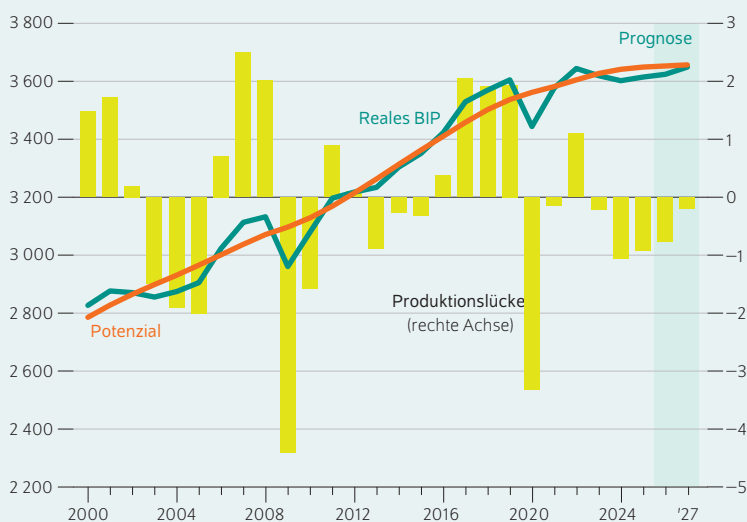
Die Entwicklung nach Wirtschaftszweigen setzt den bereits bekannten Trend fort. Im Produzierenden Gewerbe ohne das Baugewerbe schrumpfte die Erwerbstätigenzahl im ersten Quartal 2026 gegenüber dem Vorjahresquartal kräftig um 171000 Personen. Der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit setzte seinen langjährigen Aufwärtstrend fort und wuchs deutlich um 181000 Personen. Die Verschiebung zwischen Verarbeitendem Gewerbe und dem öffentlichkeitsnahen Dienstleistungssektor ist mittlerweile erheblich: Verglichen mit dem zweiten Quartal 2019, dem Höhepunkt der Industriebeschäftigung, sind im Verarbeitenden Gewerbe rund 660000 Stellen weggefallen; im gleichen Zeitraum wurden im öffentlichen Dienst sowie in den Bereichen Gesundheit und Soziales mehr als 1,2 Millionen Stellen aufgebaut.

Nach einem beschleunigten Anstieg im April ging die Zahl der Arbeitslosen im Mai um knapp 12000 Personen zurück (Abbildung 5, unterer Teil). Damit sind in Deutschland weiterhin mehr als 2,9 Millionen Personen arbeitslos. Insbesondere die konjunkturnahe Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des Sozialgesetzbuch (SGB) III nimmt kontinuierlich zu. Seit Oktober 2022 ist sie um mehr als 370000 Personen gestiegen. Die konjunkturelle Kurzarbeit ist hingegen zu Jahresbeginn weiter zurückgegangen und lag im März bei 129000 Personen. Dieser Rückgang deutet darauf hin, dass Unternehmen die schwache wirtschaftliche

Abbildung 4

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke

In Milliarden Euro (linke Achse) bzw. Prozent des Potenzials (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quelle: DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Die Produktionslücke wird zum Ende des Prognosezeitraums kleiner.

Lage zunehmend als strukturell wahrnehmen und weniger auf das Instrument der Kurzarbeit als vorübergehende Überbrückung zurückgreifen.

Die Frühindikatoren lassen vorerst keine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erkennen. Das ifo-Beschäftigungsbarometer hat sich nach einem Rückgang im April im Mai zwar wieder aufgehellt, verharrt aber weiterhin im negativen Bereich: Per saldo planen mehr Unternehmen Beschäftigung ab- als aufzubauen, insbesondere im Groß- und Einzelhandel sowie im Verarbeitenden Gewerbe. Die Dienstleister sowie die Bauwirtschaft wollen ihren Personalbestand in den kommenden Monaten hingegen überwiegend stabil halten. Ein ähnliches Bild zeichnet das IAB-Arbeitsmarktbarometer, das auch den öffentlichen Sektor einschließt. Die Beschäftigungskomponente verharrt an der neutralen Schwelle und die Arbeitslosigkeitskomponente leicht im negativen Bereich, signalisiert also einen weiteren moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten. Die Arbeitskräftenachfrage hat sich – gemessen an der Zahl der gemeldeten offenen Stellen – auf niedrigem Niveau stabilisiert. Gegenüber dem Höchststand von 868000 offenen Stellen im Mai 2022 sind rund 220000 weniger offene Stellen gemeldet.

Für den weiteren Jahresverlauf ist damit nur eine verhaltene Entwicklung am Arbeitsmarkt zu erwarten. Insgesamt dürfte die Erwerbstätigkeit 2026 um rund 139000 Personen unter dem Vorjahresniveau liegen (Tabelle 4). Mit einsetzender wirtschaftlicher Erholung wird sie im Jahr 2027

Kasten 3

Produktionspotenzial

Tabelle 1

Mittelfrist: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

In tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer*innen (Inland)	jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigen- stunde		
in Tausenden	in Tausenden	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2020 = 100	
2020	44966	40927	1313	3451	76742	58	3451	100
2025	45977	42311	1332	3609	78490	59	4470	124
2030	45551	41964	1337	3701	81249	61	5152	139
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2025/2020	0,45	0,67	0,28	0,90	0,45	0,17	5,31	4,37
2030/2025	-0,19	-0,16	0,08	0,51	0,69	0,61	2,88	2,36

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Die Berechnung des Produktionspotenzials basiert auf dem Verfahren der Europäischen Kommission.¹ Demografische Effekte werden durch ein Alterskohortenmodell berücksichtigt.²

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der 2025 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (unter Annahme der moderaten Entwicklung der Geburtenrate und der Lebenserwartung sowie des niedrigen Wanderungssaldos) fortgeschrieben.³ Diese Projektion wurde infolge der hohen Zuwanderung Geflüchteter im Jahr 2022, vor allem aus der Ukraine, angepasst. Damals betrug die Nettozuwanderung knapp 1,46 Millionen Personen, der höchste Stand seit 1950.⁴ Im laufenden Jahr soll die Nettoeinwanderung auf geschätzt 150 000 Personen zurückgehen und deutlich unter den Durchschnitt der letzten zehn Jahre fallen. Unter diesen Bedingungen wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland ab dem laufenden Jahr im Zuge der demografischen Alterung insgesamt allmählich kleiner werden. Für den Anteil der Erwerbsfähigen an den Erwerbszuwanderern und den Nicht-Erwerbszuwanderern wird der Wert aus dem Ausländerzentralregister angesetzt.⁵ Die Partizipationsquoten werden für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung getrennt geschätzt und anschließend zusammengefasst. Angefangen mit 75,8 Prozent im Jahr 2025 steigt die gesamte Partizipationsquote leicht bis 2028, danach geht sie zurück. Auch die natürliche Erwerbslosenquote ergibt

sich als gewichteter Durchschnitt der entsprechenden Werte für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie liegt im Jahr 2025 bei 3,4 Prozent, bleibt bis 2027 nahezu konstant auf diesem Niveau und sinkt dann bis 2030 auf 2,7 Prozent (Tabelle 1).

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens wird bis 2030 voraussichtlich bei -0,5 Prozentpunkten liegen. Ab 2026 wird sie vor allem durch die schrumpfende Erwerbsbevölkerung und die sinkende potenzielle Arbeitszeit beeinflusst werden. Ab 2028 kommt auch die fallende Partizipationsquote als weiterer negativer Wachstumsfaktor hinzu. Insgesamt dürfte das potenzielle Arbeitsvolumen in Stunden somit bis 2030 einen durchschnittlichen Wachstumsbeitrag von -0,3 Prozentpunkten leisten.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks in Höhe von 0,2 Prozentpunkten und dem der Totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,1 Prozentpunkten ergibt sich, dass das reale Produktionspotenzial bis 2030 um jahresdurchschnittlich knapp 0,05 Prozent zunehmen wird, wobei die Raten demografisch bedingt von Jahr zu Jahr sinken werden (Tabelle 2).

Tabelle 2

Wachstum des realen Produktionspotenzials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2020-2025	2025-2030
Produktionspotenzial	0,5	0,0
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,1	-0,3
Kapitalvolumen	0,3	0,2
Totale Faktorproduktivität	0,1	0,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

voraussichtlich wieder um rund 85 000 Personen ausgeweitet. Spiegelbildlich dürfte die Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr noch um etwa 44 000 Personen steigen und im kommenden Jahr um rund 96 000 zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird damit 2026 voraussichtlich auf 6,4 Prozent steigen und 2027 bei 6,2 Prozent liegen.

Die Arbeitszeit der Erwerbstätigen ist im ersten Quartal leicht gefallen, was auf eine geringere Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten zurückzuführen ist. Die Arbeitszeit der Selbstständigen ist im Vorquartalsvergleich hingegen saisonbereinigt zum ersten Mal seit vier Jahren wieder gestiegen. Im Zuge der wirtschaftlichen Belebung dürften die Kurzarbeit weiter ab- und Arbeitszeitkonten wieder aufgebaut werden. Insgesamt ist für das Jahr 2026 mit einem Anstieg der Arbeitszeit der Erwerbstätigen um 0,9 Prozent und im Jahr 2027 um 0,2 Prozent zu rechnen. Hiervon gehen 0,3 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte auf einen kalenderbedingten Anstieg der Arbeitstage zurück.

Tariflöhne wachsen verhalten – Effektivverdienste noch robust

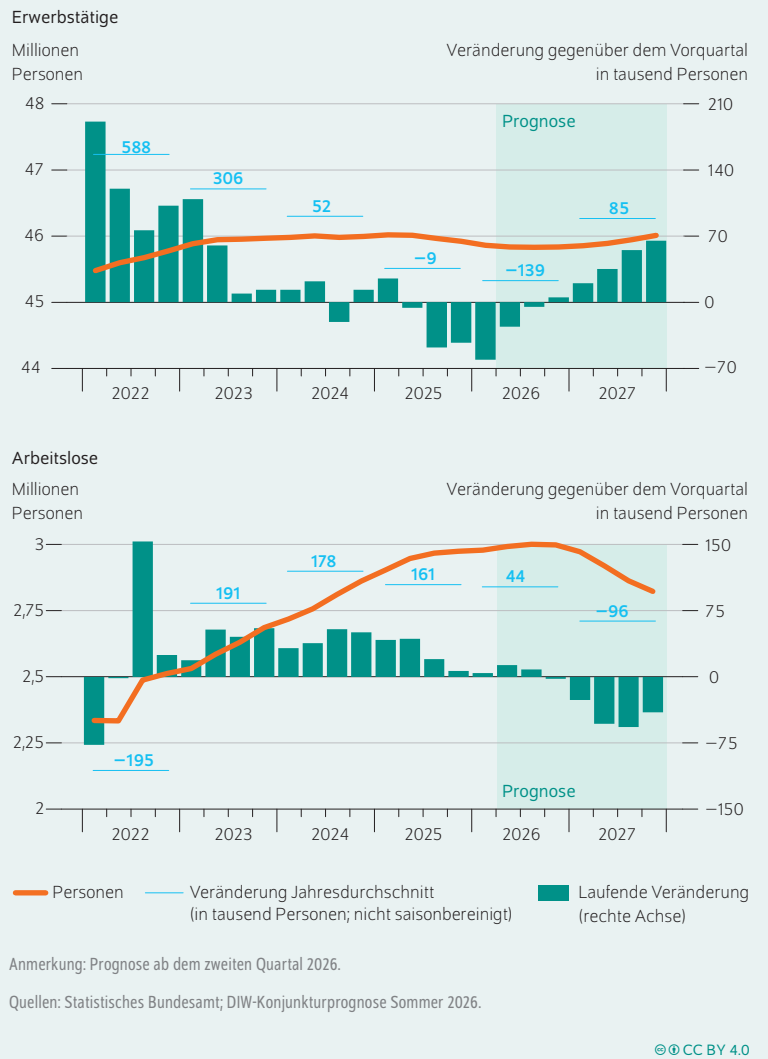
Die Tarifverdienste sind im ersten Quartal 2026 gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,9 Prozent gestiegen und damit langsamer als im Gesamtjahr 2025. So fiel der zu Jahresbeginn getroffene Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder moderater aus als in der vorangegangenen Tarifrunde, die 2023 im Umfeld hoher Inflation infolge der Energiekrise stattfand. Auch in der Chemie- und Pharmaindustrie spiegelt sich die schwierige wirtschaftliche Lage wider: Der Ende März erzielte Tarifabschluss sieht für 2026 keine Erhöhung vor und fällt für die Jahre 2027 und 2028 mit 2,1 beziehungsweise 2,4 Prozent moderat aus. Für die in diesem Jahr laufenden oder noch anstehenden großen Tarifrunden – im Einzel- sowie im Groß- und Außenhandel seit dem Frühjahr sowie in der Metall- und Elektroindustrie ab Oktober – sind ebenfalls eher moderate Abschlüsse zu erwarten. Insgesamt dürften die Tarifverdienste im Jahr 2026 um 2,8 Prozent und im Jahr 2027 um 2,9 Prozent steigen.

Die Effektivverdienste sind im ersten Quartal 2026 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 4,3 Prozent gestiegen. Stützend dürften dabei Sonderzahlungen – einschließlich Abfindungen – gewirkt haben; zudem hat die Anhebung des Mindestlohns von 12,82 Euro auf 13,90 Euro zum 1. Januar 2026 die Lohnentwicklung im unteren Einkommenssegment gestärkt (Kasten 5). Der Anstieg der Effektivverdienste ist im ersten Quartal 2026 insgesamt allerdings etwas schwächer ausgefallen als in den vorangegangenen Quartalen.

Angesichts der weiterhin gedämpften konjunkturellen Entwicklung schwächt sich die Lohnentwicklung im weiteren Jahresverlauf wohl weiter ab. Damit dürfte das Lohnplus für das Jahr 2026 insgesamt bei 3,3 Prozent liegen (Tabelle 5). Getragen von der erwarteten Aufhellung am Arbeitsmarkt und der weiteren Mindestlohnanhebung auf 14,60 Euro zum 1. Januar 2027 dürfte sich die Lohnentwicklung im Jahr 2027 dann aber leicht beleben (plus 3,4 Prozent).

Abbildung 5

Erwerbstätige und Arbeitslose in Deutschland
Zahl der Personen (saisonbereinigt)



Die Zahl der Arbeitslosen wird im kommenden Jahr wieder sinken.

Inflation von Energiepreisschock getrieben

Nachdem die Verbraucherpreisinflation zu Beginn des Jahres noch bei rund zwei Prozent lag, stieg sie im April infolge des Iran-Kriegs und der damit verbundenen Unterbrechungen in den Lieferketten für Öl und Gas deutlich auf 2,9 Prozent – dies ist derzeit vor allem bei den Komponenten Kraftstoff und Heizöl sichtbar. Der leichte Rückgang der Inflation auf 2,6 Prozent im Mai dürfte auf die temporäre Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe (Tankrabatt) zurückzuführen sein, die Kernrate stieg hingegen an.

Vom Iran-Krieg sind sowohl der Öl- als auch der Gasmarkt betroffen. In Deutschland spiegelt sich jedoch vor allem der angebotsseitige Ölpreis-Schock in den Verbraucherpreisen wider – anders als im Jahr 2022 sind die deutschen Gasimporte diesmal deutlich weniger in Mitleidenschaft gezogen. Zudem dürften bereits vor Ausbruch des Kriegs

Kasten 4

Aktualisierte Szenarioanalyse zu Energiepreisschocks infolge des Iran-Kriegs

Die geopolitischen Risiken auf den globalen Energiemärkten haben sich seit der Frühjahrsprognose des DIW Berlin weiter verfestigt. Die vorliegende Aktualisierung der Szenarioanalyse zu Energiepreisschocks unterscheidet sich von der damaligen Analyse vor allem in einem Punkt: Die Energiepreispfade werden nun nicht mehr durch eine pauschale Annahme (eine Erhöhung um rund 50 Prozent über zwei Quartale) gesetzt, sondern marktbasierend aus den Terminkontrakten abgeleitet. Der Analyse liegt ein Referenzpfad der Energiepreise zugrunde, der die zum Mai 2026 am Terminmarkt eingepreiste Entwicklung abbildet. Konkret wird die Revision der Brent- und TTF-Terminkurven zwischen Februar und Mai 2026 als Schock interpretiert: Der erwartete Ölpreis stieg im Zuge der Eskalation im Nahen Osten von rund 70 auf etwa 100 bis 105 US-Dollar je Barrel, der Gaspreis (TTF) von rund 31 auf etwa 47 Euro je Megawattstunde. Aus diesen laufzeitspezifischen Preisänderungen wird ein nach Öl- und Gasanteilen (58 beziehungsweise 42 Prozent) gewichteter Energiepreisschock gebildet und auf Quartalsbasis aggregiert. Der Schock setzt im zweiten Quartal 2026 ein.

Neben dem beschriebenen Referenzpfad wird ein Negativszenario konstruiert, das eine ungünstigere Energiepreisentwicklung abbildet. Es wird aus der am Optionsmarkt eingepreisten Unsicherheit abgeleitet: Aus der impliziten Ölpreisvolatilität (OVX) sowie der realisierten Gaspreisvolatilität wird eine laufzeitabhängige Volatilität des Energiepreisschocks bestimmt. Das Negativszenario entspricht dem 90-Prozent-Perzentil dieser Verteilung (Abbildung) und bildet damit eine bewusst ungünstige, aber noch plausible Entwicklung der Energiepreise ab. Für die makroökonomische Bewertung werden die Energiepreispfade in ein für die deutsche

Wirtschaft kalibriertes neukeynesianisches Modell mit heterogenen Agenten (HANK) eingespeist.¹ In dem Modell unterscheiden sich die Haushalte in ihrem Einkommen, Energieverbrauch und dem Haushaltsvermögen. Gegenüber Modellen mit einem repräsentativen Haushalt bildet dieser Ansatz ab, dass Haushalte aufgrund von Unterschieden im Energieverbrauch, der finanziellen Situation und ihrer Konsumneigung sehr unterschiedlich auf den Schock reagieren. Energiepreisanstiege schmälern die real verfügbaren Einkommen; da ein Teil der Haushalte über geringe finanzielle Puffer verfügt und eine hohe Konsumneigung aufweist, fällt deren Nachfragerückgang stärker aus, als es der reine Kaufkraftverlust nahelegt. Dieser Mechanismus lässt sich nur in einem Modell mit Haushaltsheterogenität konsistent abbilden.

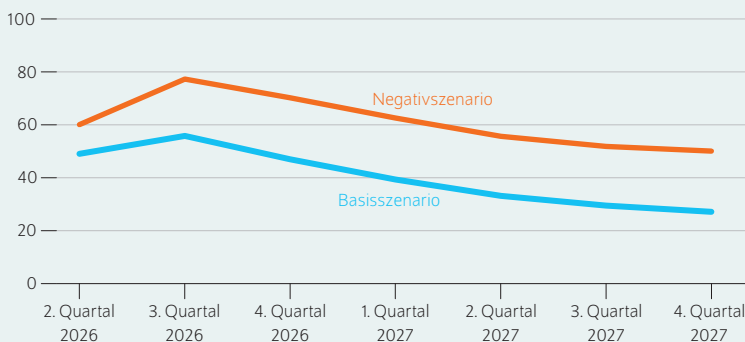
Die Modellergebnisse werden als Auf- beziehungsweise Abschläge auf die langfristigen Jahreswachstumsraten der deutschen Wirtschaft ausgewiesen. Im Negativszenario ergibt sich für das laufende Jahr ein Abschlag der Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts von rund 1,5 Prozentpunkten. Das entspräche einem Schrumpfen der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr um etwas weniger als ein halbes Prozent. Auch im Folgejahr bliebe der Wachstumseffekt noch 0,3 Prozentpunkte hinter dem Potenzialwachstum zurück. Die Inflation würde im laufenden Jahr um 3,9 Prozentpunkte über der langfristigen Inflationsrate von rund zwei Prozent liegen und somit in etwa das Niveau der Energiepreiskrise 2023 erreichen. Im Jahr 2027 würde die Inflation auch durch die Reaktion der Zentralbank um lediglich 0,5 Prozentpunkte höher ausfallen als ohne Schock.

Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass die Modellergebnisse Auf- und Abschläge gegenüber einem langfristigen Wachstums- beziehungsweise Inflationstrend darstellen und auf einer Linearisierung um das langfristige Gleichgewicht beruhen. Zwei Faktoren wirken bei den Ergebnissen tendenziell entgegengesetzt: Einerseits deutet die jüngere Literatur darauf hin, dass die Weitergabe großer Energiepreisschocks auf die Inflation nicht linear zunimmt – bei Schocks dieser Größenordnung und der derzeit erhöhten Unsicherheit dürfte der Inflationseffekt daher eher am oberen Rand der Modellschätzung liegen.² Andererseits befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer mehrjährigen Schwächephase; bei bestehender Unterauslastung können die realwirtschaftlichen Effekte eines zusätzlichen Angebotsschocks anders ausfallen als im linearisierten Modell um das langfristige Gleichgewicht unterstellt. Eine vollständige Szenarioanalyse wird in Kürze veröffentlicht.³

Abbildung

Abweichung der Energiepreiserwartungen von Situation vor Ausbruch des Iran-Kriegs

In Prozent



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Das Negativszenario bildet eine ungünstige, aber noch plausible Entwicklung der Energiepreise ab.

¹ Christian Bayer et al. (2026): Redistribution within and across borders: The fiscal response to an energy shock. *Journal of Political Economy Macroeconomics*.
² Vgl. Luca Gagliardone et al. (2025): Micro and macro cost-price dynamics in normal times and during inflation surges. NBER Working Paper 33478; und Nidhaledine Ben Cheikh et al. (2023): Oil price shocks in the age of surging inflation. *Energy Economics* 128, 107128.
³ Christian Bayer et al. (2026): Szenarioanalyse zu Energiepreisschocks und makroökonomische Effekte des Iran-Kriegs. DIW Politikberatung kompakt (im Erscheinen).

beschlossene Maßnahmen dämpfend wirken: die Abschaffung der Gasspeicherumlage sowie die Senkung der Übertragungsnetzentgelte. Dies zeigt sich vor allem in den Gas- und Strompreisen, die zuletzt noch rückläufig waren. Die Weitergabe der erhöhten Transportkosten an andere Güterbereiche dürfte sich erst Ende des Jahres niederschlagen und sowohl die Inflation insgesamt als auch die Kerninflation anziehen lassen. Im Verlauf dieses Jahres wird durch die Ausgaben aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität wohl ein leichter nachfrageseitiger Preisdruck bei Gütern und Dienstleistungen entstehen.

Die Lebensmittelpreise, die grundsätzlich starken Schwankungen unterliegen, steigen seit Jahresbeginn auf hohem Niveau nur moderat. Mittelfristig dürften die durch den Iran-Krieg ausgelöste Verknappung von Rohstoffen für Düngemittel und die damit verbundene Preissteigerung auf die Nahrungsmittelpreise durchschlagen.

Die Dienstleistungspreise sind zuletzt um 3,1 Prozent gestiegen und setzen damit ihren Trend fort. Die hohen Raten sind vor allem auf steigende Lohnkosten zurückzuführen, die von den Dienstleistern an die Verbraucher*innen weitergegeben werden. Der Energiepreisschock dürfte hier vorerst keine nennenswerten Effekte haben – in moderatem Ausmaß werden sich diese wohl erst im kommenden Jahr niederschlagen. Der anhaltend erhöhte Trend bei den Dienstleistungspreisen dürfte auch zur weiterhin leicht erhöhten Kerninflation beitragen. Bis zum Ende des Prognosehorizonts ist davon auszugehen, dass die Kernrate erhöht bleibt, wenn sich die gestiegenen Energiepreise nach und nach auf andere Güter und Dienstleistungen übertragen.

Alles in allem passt das DIW Berlin seine Inflationsprognose damit deutlich nach oben an: Im laufenden Jahr ist mit einer Gesamtinflation von 2,9 Prozent zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte sich die Rate dann noch einmal leicht auf 3,0 Prozent erhöhen (Abbildung 6).

Privater Konsum leidet unter Inflationsdruck

Nach einem starken Jahresausklang 2025 stagnierte der private Konsum im ersten Quartal dieses Jahres. Gleichzeitig sank die saisonbereinigte Sparquote leicht auf 10,1 Prozent und lag damit unter ihrem langjährigen Durchschnitt in Vorpandemiezeiten. Während die Konsumausgaben für Verkehr, Wohnung, Wasser, Strom sowie Gas und andere Brennstoffe deutlich zulegen, gingen die Aufwendungen für Versicherungs- und Finanzdienstleistungen und im Bereich Gesundheit merklich zurück.

Im laufenden zweiten Quartal dürfte der private Konsum spürbar um 0,3 Prozent sinken. Die ohnehin durchwachsene Entwicklung der Stimmungskennzeichen hat sich seit Ausbruch des Iran-Kriegs noch einmal merklich verschlechtert. Zwar stabilisierten sich zuletzt sowohl der GfK-Konsumklimaindex als auch das HDE-Konsumbarometer. Nach zuvor drei Rückgängen in Folge verharren beide Indikatoren jedoch auf deutlich niedrigerem Niveau als vor Beginn

des Kriegs. Insbesondere die Anschaffungsneigung bleibt eingetrübt und signalisiert eine anhaltende Zurückhaltung bei größeren Konsumausgaben. Auch die Einzelhandelsumsätze gingen im April den nunmehr vierten Monat in Folge zurück. Während sich bei den Lebensmittelumsätzen eine leichte Erholung andeutete, verzeichneten insbesondere die Tankstellen merkliche Umsatzverluste. Die gedämpfte Konsumstimmung spiegelt sich auch im ifo-Geschäftsklima für den Einzelhandel wider, wobei vor allem die Erwartungskomponente seit Ausbruch des Iran-Kriegs einen kräftigen Rückgang erlitt.

Auch über den weiteren Prognosehorizont ist nicht mit einer deutlichen Belebung des privaten Konsums zu rechnen. Zwar dürften die Masseneinkommen in diesem und im kommenden Jahr kräftig steigen, weil Nettolöhne sowie monetäre Sozialleistungen robust zulegen. Gleichzeitig trifft der Energiepreisschock die deutsche Wirtschaft in einer fragilen Erholungsphase nach mehrjähriger Schwäche, die bereits vor Ausbruch des Iran-Kriegs von anhaltender Unsicherheit und Sorgen vor einem Arbeitsplatzverlust – insbesondere in der Automobil- und Chemiebranche – geprägt war. Hinzu kommt nun als zusätzlicher Belastungsfaktor die Erwartung anhaltend steigender Verbraucherpreise, die nicht nur die Unsicherheit weiter nähren, sondern auch die Kaufkraft der privaten Haushalte spürbar schmälern dürften. So ist mit einem deutlichen Anstieg des Deflators des privaten Konsums insbesondere in diesem, aber auch im kommenden Jahr zu rechnen, sodass sich die real verfügbaren Einkommen merklich schwächer entwickeln dürften (plus 0,1 Prozent in diesem und plus 0,6 Prozent im kommenden Jahr) als noch in der Frühjahrsprognose erwartet.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Unsicherheit dürfte zudem das Vorsichtssparen wieder an Bedeutung gewinnen. Die Sparquote wird im Jahresverlauf voraussichtlich anziehen und ihren vorpandemischen Durchschnitt leicht übertreffen. Für den privaten Konsum insgesamt ergibt sich im laufenden Jahr eine durchschnittliche Wachstumsrate von lediglich 0,2 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte er – gestützt von einem leicht anziehenden Arbeitsmarkt und einer moderaten konjunkturellen Belebung – um 0,3 Prozent zulegen.

Sondervermögen und Demografie treiben Staatskonsum

Die nominalen Konsumausgaben des Staates sind im ersten Quartal 2026 im Vergleich zum Vorjahr kräftig um knapp sechs Prozent gestiegen. Hierzu trugen insbesondere Vorleistungskäufe des Bundes und ein weiterer deutlicher Zuwachs bei den sozialen Sachleistungen der Sozialversicherungen bei, sowie eine insgesamt schwache Entwicklung der Verkäufe des Staates.² Der Deflator des Staatskonsums fiel mit gut zwei Prozent deutlich niedriger aus als im Vorjahr – vor allem, weil sich die Lohnentwicklung im

² Zu den Verkäufen zählen beispielsweise das Deutschlandticket und Fahrgelderlöse des ÖPNV, Gebühren für Abfallentsorgung und Kinderbetreuung sowie Eintrittsgelder für staatliche Museen.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz

In tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

	2025	2026	2027
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61241	61577	61832
Erwerbstätige Inland	45 977	45 838	45 923
Arbeitnehmer*innen	42 311	42 217	42 314
darunter:			
SV Beschäftigte	34 961	34 918	35 057
Geringfügig Beschäftigte	4 118	4 043	4 001
Selbstständige	3 666	3 621	3 609
Pendler*innensaldo	151	147	147
Erwerbstätige Inländer*innen	45 827	45 691	45 776
Arbeitslose	2 948	2 992	2 896
Arbeitslosenquote BA ¹ (in Prozent)	6,3	6,4	6,2
Erwerbslose ²	1 666	1 783	1 726
Erwerbslosenquote ³ (in Prozent)	3,5	3,8	3,6

1 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

2 Definition der ILO.

3 Erwerbslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer*innen plus Erwerbslose).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

öffentlichen Dienst nach dem Auslaufen von Basiseffekten normalisierte und Tarifanstiege moderat ausfielen. Der reale Staatskonsum legte entsprechend spürbar um rund 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Auch im Vorquartalsvergleich fiel der Zuwachs (saison- und kalenderbereinigt) mit 1,1 Prozent kräftig aus.

Im Gesamtjahr 2026 dürften die nominalen staatlichen Konsumausgaben weiter deutlich zunehmen. Maßgebliche Impulse gehen von anhaltend kräftig steigenden Vorleistungskäufen aus, die durch die Ausgaben der Sondervermögen für Verteidigung und Infrastruktur getrieben werden. Hinzu kommen weiterhin dynamisch wachsende soziale Sachleistungen im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung, wo der demografische Wandel und der medizinisch-technische Fortschritt die Ausgaben kontinuierlich anschieben. Einsparanstrengungen können den Anstieg hier nur bedingt bremsen. Die Arbeitnehmerentgelte im Staatssektor steigen vornehmlich aufgrund von Nachzahlungen und Besoldungsanpassungen bei Beamt*innen robust und schlagen sich damit vorwiegend im Deflator nieder.

Im Jahr 2027 bleiben die Konsumausgaben des Staates auf einem soliden Wachstumspfad. Die Vorleistungskäufe legen aufgrund der erweiterten Verschuldungsspielräume voraussichtlich weiterhin kräftig zu und die sozialen Sachleistungen steigen demografiebedingt erneut merklich. Insgesamt dürfte der reale Staatskonsum mit Raten von 2,6 Prozent im laufenden und 2,0 Prozent im kommenden Jahr robust zulegen.

Ausrüstungsinvestitionen zwischen öffentlicher Stütze und privater Zurückhaltung

Die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen sind im ersten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 1,2 Prozent gesunken. Ausschlaggebend dafür waren die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand, die nach einer massiven Ausweitung im Schlussquartal 2025 (plus 41 Prozent) zu Jahresbeginn deutlich zurückgingen (minus 20 Prozent). Im Jahresdurchschnitt 2025 verzeichneten die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen einen Rekordzuwachs von preisbereinigt knapp 45 Prozent. Dafür dürften vor allem Lieferungen militärischer Güter aus dem Sondervermögen Bundeswehr verantwortlich gewesen sein. Dass die Ausrüstungsinvestitionen 2025 insgesamt sanken, lag an einem erneut kräftigen Minus der privaten Investitionsausgaben von 6,7 Prozent – sie gingen das dritte Jahr in Folge zurück. Zum Jahreswechsel war die Dynamik gegensätzlich: Nach einem schwachen vierten Quartal investierten die Unternehmen im ersten Vierteljahr merklich mehr (plus drei Prozent) – hier könnten Vorzieheffekte in Erwartung von Preissteigerungen und Lieferengpässen im Zuge des Iran-Kriegs eine Rolle gespielt haben.

Im zweiten Quartal 2026 dürften die Ausrüstungsinvestitionen wieder leicht zurückgehen, da nicht davon auszugehen ist, dass sich die kräftige Entwicklung vom Jahresbeginn bei den privaten Investitionsausgaben weiter fortsetzt. Die anhaltend hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit – die im Zuge des Iran-Kriegs nochmals gestiegen ist – dämpft die Investitionsbereitschaft der Unternehmen spürbar. Laut DIHK-Umfrage sind die Investitionsabsichten so schwach wie seit Herbst 2020 nicht mehr. Auf der Nachfrageseite beklagen weiterhin mehr als 30 Prozent der Investitionsgüterhersteller einen Mangel an Aufträgen. Die Investitionsgüterproduktion präsentiert sich am aktuellen Rand schwach; Einschätzungen der Produktionsaktivität haben ebenso wie der Umsatzsteuerfrühindikator zuletzt etwas nachgegeben. Dagegen ist die Kapazitätsauslastung im Investitionsgüterbereich im ersten Quartal leicht gestiegen und die öffentliche Seite wird wohl erneut stützen. Somit ist zu erwarten, dass der Rückgang insgesamt moderat ausfällt.

Im weiteren Verlauf dürften die Ausrüstungsinvestitionen auf niedrigem Niveau ausgeweitet werden. Während die öffentlichen Ausgaben im Rahmen der anhaltenden Ausweitung der Militäranschaffungen wohl weiter robust expandieren werden, dürfte auch die private Investitionstätigkeit wieder etwas zulegen: Die Auftragseingänge ohne Großaufträge sind seit Sommer 2025 in der Tendenz gestiegen, auch wenn im April ein Rücksetzer zu verzeichnen war. Der hohe Auftragsbestand wird wohl nach und nach abgebaut werden. Dabei dürfte die Investitionstätigkeit jedoch insgesamt gedämpft bleiben: Die Geschäftserwartungen sind laut ifo-Umfragen zuletzt deutlich zurückgegangen. Solange sich die außenwirtschaftlichen Risiken nicht merklich lösen, ist nicht mit einer kräftigen Belebung zu rechnen.

Kasten 5

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit

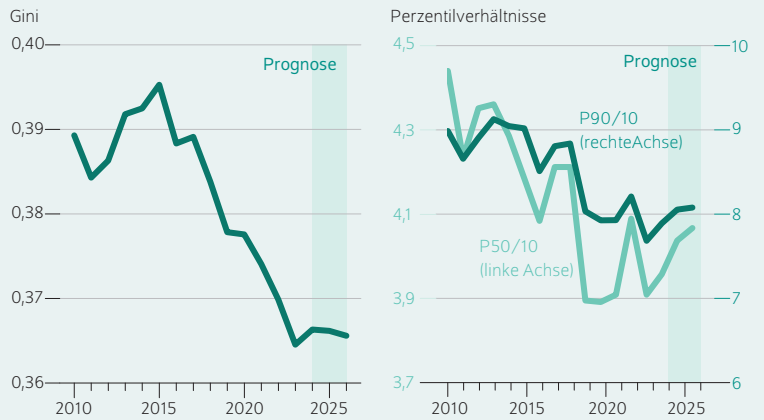
Das DIW Berlin hat ein Modell entwickelt, das die Arbeitseinkommensungleichheit bis an den aktuellen Rand prognostizieren kann (sogenannter Nowcast). Es kombiniert jährlich vorliegende mikroökonomische Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) mit einer Vielzahl höherfrequenter gesamtwirtschaftlicher Indikatoren und Arbeitsmarktindikatoren sowie den aktuellen Ergebnissen der DIW-Konjunkturprognose in einem makroökonomischen Modell. So lassen sich die durchschnittlichen Arbeitseinkommen verschiedener Einkommensgruppen fortzuschreiben. Auf Basis der Modellergebnisse kann unter bestimmten Verteilungsannahmen eine Arbeitseinkommensverteilung für die Gesamtbevölkerung erstellt werden.

Die SOEP-Daten liegen aktuell bis zum Jahr 2024 (Welle v41) vor. Somit wird das Modell genutzt, um die Entwicklung der Ungleichheit für die Jahre 2025 und 2026 zu schätzen. Dabei beruht die Schätzung für 2025 ausschließlich auf makroökonomischen Daten aus der öffentlichen Statistik, während der Nowcast für das aktuelle Jahr auch die Konjunkturprognose des DIW Berlin beinhaltet.

Die Modellergebnisse zeigen, dass sich die Arbeitseinkommen seit 2024 wieder etwas ungleicher über die erwerbstätige Bevölkerung verteilen, nachdem die Ungleichheit vor allem in der Corona-Pandemie, aber auch während der Energiekrise kontinuierlich abgenommen hat (Abbildung). Der Gini-Koeffizient steigt leicht von 0,365 im Jahr 2023 auf 0,366 im Jahr 2024 und verharrt seitdem in etwa auf diesem Niveau. Dass die Ungleichheit vor allem 2024 zugenommen hat, dürfte in erster Linie daran liegen, dass die mittleren bis topverdienenden Haushalte von den Lohnverhandlungen und entsprechend kräftigen Reallohnzuwächsen nach der Energiekrise 2022/23 profitiert haben – besonders im Vergleich zum untersten Ende der Verteilung. Dies

Abbildung

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit: Gini-Koeffizient und ausgewählte Perzentilverhältnisse
 Indexpunkte (linke Grafik), Prozent (rechte Grafik)



Quellen: Sozio-ökonomisches Panel (SOEP); Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen ist seit 2022/23 leicht gestiegen.

legt nahe, dass die finanzpolitische Ausrichtung in Deutschland einen leichten Anstieg der Arbeitseinkommensungleichheit zumindest nicht verhindern konnte. Erkennen lässt sich das auch daran, dass die Einkommensverhältnisse zwischen Spitzen- und Niedrigverdienenden (P90/10) sowie zwischen der Mitte und dem unteren Ende der Verteilung (P50/10) seit dem Jahr 2023 ebenfalls steigen.

Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um 1,5 Prozent und im kommenden Jahr um 2,5 Prozent ausgeweitet werden (Tabelle 6).

Bauinvestitionen erholen sich unter erschwerten Bedingungen

Die Bauinvestitionen sind zum Jahresauftakt deutlich um 2,5 Prozent gesunken. Dies dürfte primär an den eisigen Temperaturen im Januar und Februar gelegen haben, die die Bautätigkeit maßgeblich einschränkten – insbesondere im Tiefbau, wo die Produktion im Quartalsdurchschnitt um knapp vier Prozent absackte. Der Rückgang war über alle Sparten hinweg spürbar; am stärksten fiel er im öffentlichen Bau aus (minus 3,7 Prozent), wo der Tiefbauanteil und damit die Wetteranfälligkeit besonders hoch ist. Im Wohnbau war das Minus mit 2,1 Prozent etwas weniger gravierend. Hier dürfte das vergleichsweise robuste Ausbaugewerbe, das einen Großteil des Wohnbaus ausmacht und dessen Produktion weniger wetteranfällig ist, stabilisierend gewirkt

haben. Im laufenden Quartal dürften die deutlichen Rückgänge zumindest teilweise kompensiert und die Bauinvestitionen in allen Bereichen ausgeweitet werden.

Im Wohnbau hat sich die Indikatorik in den vergangenen Monaten merklich aufgehellt. Mit der Stabilisierung der Preis- und Zinsentwicklung im vergangenen Jahr beendeten die Auftragseingänge ihre ausgeprägte Talfahrt der Vorjahre und die Baugenehmigungen legten etwas zu; Unternehmen meldeten eine deutlich bessere Auftragslage und einen sinkenden Auftragsmangel. Diese Aufträge dürften im laufenden Jahr abgearbeitet werden und für weitere – allerdings moderate – Anstiege der Wohnbauinvestitionen sorgen. Der zweite Energiepreisschock innerhalb von fünf Jahren und der damit verbundene Kaufkraftverlust der privaten Haushalte dürfte das Momentum der Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum jedoch erneut ausbremsen: Die Geschäftserwartungen der Wohnbauunternehmen sind seit dem Ausbruch des Iran-Kriegs gesunken, während die Preiserwartungen seit März einen Anstieg der Baupreise anzeigen. Insgesamt

Tabelle 5

Entwicklung der Löhne¹ in Deutschland
In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorjahr)

	2025	2026	2027
Durchschnittliche Arbeitszeit	0,0	1,0	0,3
Verdienst je Arbeitnehmer*in	4,5	3,3	3,4
Verdienst je Stunde	4,5	2,3	3,1
Lohn drift (Arbeitnehmer*in)	1,8	0,5	0,5
Tariflohn (Monat)	2,7	2,8	2,9

1 Inlandskonzept.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

derweil aus dem öffentlichen Bereich zu erwarten, da dort das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität zunehmend seine Wirkung entfaltet – allerdings wird der Energiepreisschock die Entwicklung wohl auch hier bremsen, da die stärker steigenden Baupreise den realen Impuls dämpfen dürften.

Die Baupreisentwicklung wird sich aufgrund der höheren Energiepreise, die einerseits die Transportkosten und andererseits die Preise einiger Baustoffe – beispielsweise Bitumen – steigen lassen, in diesem und dem kommenden Jahr voraussichtlich etwas beschleunigen. Im Vergleich mit der Energiekrise 2022/23 und den darauffolgenden Preisanstiegen fallen die Anstiege in den Jahren 2026 und 2027 aber moderat aus, da einerseits nicht mit nennenswerten Lieferengpässen bei Baumaterialien zu rechnen ist und die höheren Kosten andererseits auf eine deutlich schwächere Nachfrage treffen, was den Preisdruck abschwächt.

Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im laufenden Jahr stagnieren. Während der Wohnbau aufgrund des schwachen ersten Quartals und der insgesamt geringen Nachfrage dabei wohl erneut zurückgehen wird, dürfte der Nichtwohnbau leicht expandieren. Im Jahr 2027 ist mit einer Ausweitung der Bauinvestitionstätigkeit um 2,4 Prozent zu rechnen, wobei vor allem aus dem öffentlichen Bereich Impulse zu erwarten sind.

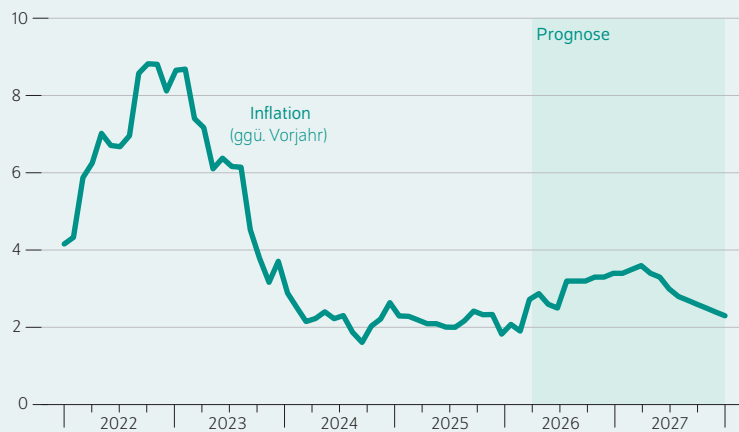
Außenhandel trotz starken Jahresauftakts mit gedämpften Aussichten

Die Exporte sind schwungvoll ins Jahr 2026 gestartet: Mit einem Anstieg von 3,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal verzeichnete die Wachstumsrate nach drei schwachen Quartalen ein deutliches Plus. Dabei trug insbesondere eine kräftige Zunahme bei den Dienstleistungsexporten – diese legten um 9,6 Prozent zum Vorquartal zu – spürbar zum Anstieg bei. Besonders dynamisch entwickelten sich die Ausfuhren im Bereich der IT- und EDV-Leistungen, die nach einem deutlichen Rückgang im Vorquartal wieder kräftig zulegten. Auch die Warenexporte wurden mit einem Wachstum von 1,4 Prozent zum Vorquartal merklich ausgeweitet. Hierbei konnten sich insbesondere die Ausfuhren in die USA nach den zollbedingten Einbußen vom Vorjahr stabilisieren, während bei den Exporten ins europäische Ausland ein leichtes Minus zu Buche schlug. Deutliche Anstiege verzeichneten die Ausfuhren von Metallen sowie von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen.

Im laufenden zweiten Quartal werden die Exporte voraussichtlich nicht an diesen starken Jahresauftakt anknüpfen können. So sind die ifo-Exporterwartungen im Mai erneut gefallen und notieren so niedrig wie zuletzt im April 2025. Insbesondere die für die deutsche Wirtschaft wichtige Automobilindustrie schaut pessimistisch auf die kommenden Monate. Auch bei den Dienstleistungsexporten ist nach dem kräftigen Anstieg im ersten Quartal zumindest mit einer leichten Gegenbewegung zu rechnen. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland sind im April

Abbildung 6

Verbraucherpreisinflation in Deutschland
In Prozent



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Infolge des Iran-Kriegs steigt die Inflation vorübergehend wieder deutlich über das Zwei-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank.

wird der Wohnbau in diesem Jahr voraussichtlich den sechsten Rückgang in Folge verzeichnen und im kommenden Jahr dann nur leicht an Fahrt gewinnen.

Im Nichtwohnbau war die Lage in den vergangenen Jahren deutlich robuster. Allen voran der Tiefbau stabilisierte die Bauproduktion merklich und sorgte für starke Auftragseingänge und eine robuste Bauproduktion. Die Energiewende, Digitalisierungs- und Infrastrukturmaßnahmen stützten den Wirtschafts- und öffentlichen Bau. Zuletzt hat sich die Situation im Tiefbau aber etwas eingetrübt: Die Auftragseingänge sind im Jahr 2026 bisher schwächer als noch im vergangenen Jahr und der Auftragsbestand ist zuletzt etwas zurückgegangen. So dürfte der Wirtschaftsbau im Prognoseverlauf nur leicht expandieren. Kräftigere Impulse sind

ebenfalls gesunken. Zwar bleiben sie im Dreimonatsvergleich – insbesondere im Bereich der Vorleistungsgüter – aufwärtsgerichtet. Dabei dürfte seit Ausbruch des Iran-Kriegs insbesondere die Chemische Industrie von Vorzieheffekten in Erwartung drohender Lieferengpässe durch die Blockade der Straße von Hormus profitiert haben. Dennoch bleibt die Unsicherheit über den weiteren Verlauf und die Auswirkungen des Iran-Kriegs hoch, sodass sich für das Aggregat der Ausfuhren im laufenden Quartal ein Minus von 0,3 Prozent ergibt.

Im weiteren Prognosehorizont bleiben die Wachstumsaussichten angesichts anhaltender geo- und handelspolitischer Spannungen gedämpft. Kurzfristige Entlastungen durch mögliche Vorzieheffekte und eine höhere Lieferfähigkeit (petrochemischer) Vorprodukte dürften von den anhaltenden strukturellen Problemen überlagert werden, die branchenübergreifend auf den deutschen Warenexporten lasten. Sollte der Iran-Krieg nicht in nächster Zeit zu Ende gehen, könnte zudem auch die deutsche Exportwirtschaft zunehmend von Versorgungsengpässen betroffen sein.³ Andererseits sind die heimischen energieintensiven Branchen weniger abhängig von Rohöl, Naphtha und Erdgas aus dem Nahen Osten als andere Länder. Daraus ergibt sich zumindest kurzfristig ein relativer Kostenvorteil gegenüber stärker von Lieferausfällen betroffenen Wettbewerbern, insbesondere aus Asien.⁴ Stabilisierend für die Exporte dürfte außerdem eine wachsende Nachfrage aus dem europäischen Ausland wirken. Insgesamt ergibt sich für das laufende Jahr somit – weitgehend getragen vom starken Jahresauftakt – eine moderate Wachstumsrate der Exporte von 1,6 Prozent. Im kommenden Jahr dürften sie dann um lediglich 1,2 Prozent zulegen (Tabelle 7).

Die Importe verzeichneten im ersten Quartal ein leichtes Plus von 0,1 Prozent. Ähnlich wie bei den Ausfuhren war für den Anstieg eine – wenngleich schwächere – Zunahme der Dienstleistungsimporte von 1,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal verantwortlich. Gestiegen sind dabei vor allem die Einfuhren im Bereich der sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen – dazu zählen unter anderem IT- und Digitaldienstleistungen, Forschungs- und Entwicklungsleistungen sowie Unternehmensberatung –, wohingegen Finanzdienstleistungen leichte Rückgänge verzeichneten. Das Importvolumen der Waren sank erstmals seit über einem Jahr zum Vorquartal, wobei die Verluste gleichmäßig über nahezu alle Produktkategorien verteilt waren.

Vor dem Hintergrund der gedämpften Stimmung in Unternehmen und privaten Haushalten ist auch für das laufende Quartal nicht mit einer spürbaren Belebung der Importe zu rechnen (plus 0,1 Prozent). Zu schwach ist

³ Bereits im April dieses Jahres berichteten 31,1 Prozent der Unternehmen in der Chemischen Industrie sowie 22,9 Prozent der Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren laut ifo-Konjunkturumfragen von Engpässen bei der Beschaffung von Materialien. Im Dezember 2025 waren es noch lediglich 7,1 beziehungsweise 2,4 Prozent. Vgl. die ifo-Konjunkturumfragen vom 20. Januar 2026 (online verfügbar) und vom 30. April 2026 (online verfügbar).

⁴ Vgl. den Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für Mai 2026 (online verfügbar).

Tabelle 6

Investitionen
In Prozent

	2025	2025	2026	2027
	Anteile in Prozent	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
Wohnungsbau	59,2	-2,2	-0,5	1,5
Nichtwohnungsbau	40,8	1,2	0,6	3,6
Gewerblicher Bau	24,1	2,6	-1,0	2,1
Öffentlicher Bau	16,7	-0,7	2,9	5,8
Bauinvestitionen	100,0	-0,8	0,0	2,4
Ausrüstungen		-1,6	1,5	2,5

Anmerkung: Preisbereinigt. Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

die erwartete Entwicklung beim privaten Konsum, den Ausrüstungsinvestitionen und den Warenexporten, als dass diese einen merklichen Anstieg der Importe erzeugen könnten. Stützend dürften dagegen steigende Militärausgaben sowie ab der zweiten Jahreshälfte 2026 die Beschleunigung der privaten Ausrüstungsinvestitionen wirken. Insgesamt werden die Importe in diesem Jahr um voraussichtlich 1,7 Prozent und im kommenden Jahr um 2,0 Prozent zulegen.

Die Außenhandelspreise sind zuletzt deutlich gestiegen. Insbesondere die Einfuhrpreise für Erdöl und in geringerem Maße für Erdgas legten im Zuge des Iran-Kriegs spürbar zu. Durch eine Weitergabe der gestiegenen Einfuhrkosten durch die deutschen Exporteure sind auch die Ausfuhrpreise – insbesondere im Bereich der Vorleistungs- und der (für die deutsche Wirtschaft jedoch nur marginal relevanten) Energieexporte – merklich gewachsen. Da die Exportpreise im ersten Quartal stärker zulegten als die Importpreise, haben sich die Terms of Trade zunächst verbessert. Die Entwicklung der Rohölpreise dürfte fortan aber dafür sorgen, dass die Importpreise stärker steigen als die Exportpreise, sodass sich die Terms of Trade in diesem Jahr insgesamt verschlechtern. Mit der erwarteten Stabilisierung der Rohöl- und Gaspreise zum Ende des Prognosezeitraums dürfte sich der Anstieg der Importpreise verlangsamen, sodass im kommenden Jahr nur noch eine leichte Verschlechterung der Terms of Trade zu erwarten ist.

Starke Ausgabendynamik bei gedämpften Einnahmen treibt Defizit

Die Steuereinnahmen des Staates wachsen im Prognosezeitraum moderat. Bei der Lohnsteuer schlägt sich die abgeschwächte Lohndynamik im Vergleich zum Vorjahr nieder und mehrere einnahmedämpfende Maßnahmen belasten das Aufkommen zusätzlich. Im Jahr 2027 wirken Entlastungen wie der Abbau der Kalten Progression und die Aktivrente abermals einnahmedämpfend; das Wachstum der Bruttolöhne und -gehälter fällt dann allerdings wieder dynamischer aus und stützt das Steueraufkommen.

Tabelle 7

Außenwirtschaft¹

In Prozent bzw. Milliarden Euro

	2024	2025	2026	2027
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent				
Exporte, preisbereinigt	-2,1	-0,9	1,6	1,2
Waren	-2,9	-1,2	1,6	1,2
Dienstleistungen	0,8	0,3	1,4	1,1
Importe, preisbereinigt	-0,6	3,1	1,7	2,0
Waren	-2,3	4,4	2,2	1,9
Dienstleistungen	3,7	0,2	0,5	2,3
Terms of Trade	1,4	0,5	-1,4	-0,4
In Milliarden Euro				
Außenbeitrag, nominal	163,5	106,6	84,1	64,2

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

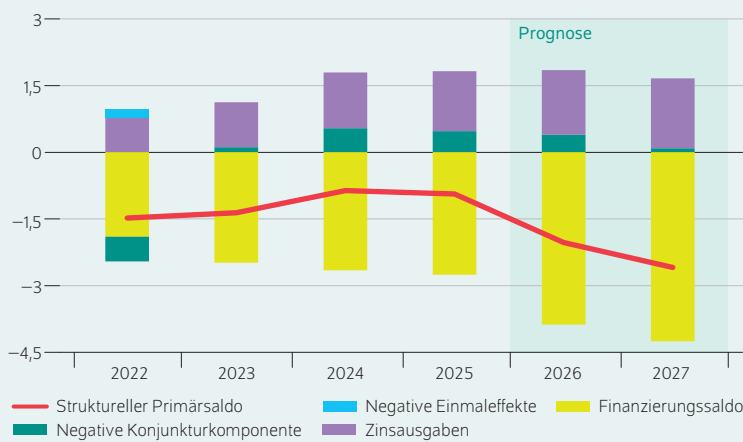
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Abbildung 7

Struktureller Primärsaldo

In Prozent (in Relation zum nominalen Produktionspotenzial)



Anmerkung: Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken. Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Der strukturelle Primärsaldo sinkt im Prognosezeitraum.

Die gewinnabhängigen Steuern erholen sich im Zuge der konjunkturellen Belebung schrittweise, werden aber durch Maßnahmen wie das Investitionssofortprogramm mit seinen steuerlichen Abschreibungsvergünstigungen gedämpft. Die Umsatzsteuereinnahmen erhalten durch die dauerhafte Senkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie ab dem Jahr 2026 einen Dämpfer; auch das zunächst verhaltene Wachstum des nominalen privaten Konsums und der Wohnbauinvestitionen begrenzt die Umsatzsteuereinnahmen. Die sonstigen indirekten Steuern dürften insgesamt

über den gesamten Prognosezeitraum moderat steigen; im laufenden Jahr bremst die temporäre Energiesteuersenkung auf Kraftstoffe. Insgesamt legen die Steuereinnahmen mit 2,7 Prozent im Jahr 2026 mäßig und mit 3,5 Prozent im Jahr 2027 kräftiger zu.

Die Sozialbeitragseinnahmen expandieren in beiden Prognosejahren mit 4,5 beziehungsweise 4,7 Prozent deutlich stärker als das zugrunde liegende Lohnwachstum, da weiterhin Beitragssatzerhöhungen die Einnahmedynamik prägen.

Die Verkäufe des Staates bleiben im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet, da insbesondere auf kommunaler Ebene aufgrund der weiterhin angespannten Kassenlage mit steigenden Gebühren zu rechnen ist. Die empfangenen Vermögenseinkommen des Staates stagnieren im Jahr 2026 nahezu, nachdem sie im Vorjahr infolge sinkender Rücklagen der Sozialkassen und niedrigerer Zinsen auf Bankeinlagen deutlich zurückgegangen waren. Im weiteren Prognoseverlauf ist mit einem moderaten Anstieg zu rechnen. Die empfangenen Vermögenstransfers gehen im Jahr 2026 kräftig zurück, da ein Sonderfall bei der Erbschaftsteuer im Vorjahr das Niveau vorübergehend stark erhöht hatte und nun ein deutlicher Basiseffekt wirkt. Im Jahr 2027 ist wieder mit einem moderaten Zuwachs zu rechnen.

Insgesamt steigen die Staatseinnahmen im Jahr 2026 um 3,2 Prozent und im Jahr 2027 um 4,0 Prozent. Die Staatseinnahmenquote verbleibt dabei nahezu unverändert bei 47,9 Prozent im Jahr 2026 und steigt leicht auf 48,2 Prozent im Jahr 2027.

Die Dynamik der Staatsausgaben bleibt im Prognosezeitraum hoch. Wichtige Impulse gehen von den Abflüssen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) sowie aus der Bereichsausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben aus. Die staatlichen Bruttoinvestitionen steigen dementsprechend im Jahr 2026 deutlich und im Jahr 2027 noch einmal beschleunigt. Besonders kräftig expandieren dabei die Ausrüstungsinvestitionen für Verteidigungszwecke, während staatliche Bauinvestitionen durch die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen gebremst werden und zusätzliche Projekte aus dem SVIK erst langsam anlaufen.

Auch die Vorleistungskäufe werden durch Mittel aus dem SVIK und der Bereichsausnahme für Verteidigung gestützt, da Planungskosten und Begleitmaßnahmen von Bau- und Rüstungsprojekten anfallen, und legen in beiden Jahren kräftig zu. Die Arbeitnehmerentgelte des Staates steigen in beiden Prognosejahren weiter kräftig. Trotz nachlassender Tariflohndynamik sorgen die Umsetzung eines Gerichtsurteils zur Beamt*innenbesoldung⁵ und der Beschäftigungsaufbau im Verteidigungsbereich für ein deutliches Plus im Jahr 2026 und eine robuste Wachstumsrate im Jahr 2027.

⁵ Vgl. Bundesverfassungsgericht (2025): Leitsätze zum Beschluss des Zweiten Senats vom 17. September 2025, 2 BvL 5/18 u. a. (online verfügbar).

Tabelle 8

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Prozent (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt)

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²	Staats-schuldenquote nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen			
2016	45,9	23,7	16,4	44,7	1,2	2,4	1,1	5,0	68,3
2017	45,9	23,8	16,5	44,5	1,0	2,4	1,3	4,3	64,0
2018	46,5	24,1	16,7	44,7	0,9	2,6	1,9	3,8	60,8
2019	46,9	24,1	16,9	45,5	0,8	2,7	1,3	3,3	58,7
2020	46,7	23,2	17,6	51,1	0,6	3,1	-4,4	2,8	68,0
2021	47,5	24,4	17,2	50,7	0,6	2,9	-3,2	2,4	67,9
2022	46,7	24,2	16,7	48,6	0,7	2,9	-1,9	2,9	64,4
2023	45,7	22,8	16,8	48,1	0,9	2,8	-2,5	3,8	62,3
2024	46,8	23,0	17,5	49,4	1,1	3,0	-2,7	4,6	62,2
2025	47,9	23,1	18,4	50,6	1,1	3,3	-2,8	4,8	63,5
2026	47,9	23,0	18,7	51,8	1,2	3,4	-3,9	5,0	65,3
2027	48,2	23,0	18,9	52,4	1,2	3,6	-4,3	5,3	67,1
2027/2024	47,7	23,0	18,3	51,1	1,1	3,3	-3,4	4,9	64,5

1 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

Im Jahr 2026 nimmt die Zahl der Arbeitslosen noch zu, da sich der Arbeitsmarkt im Jahresverlauf nur langsam erholt. Dies schiebt die monetären Sozialleistungen an; ebenso wie die deutliche Rentenanpassung zur Jahresmitte. Erst im Jahr 2027 gehen die Arbeitslosenzahlen zurück, sodass die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sinken. Die Rentenausgaben bleiben aufgrund der stetig steigenden Zahl an Renteneintritten über den Prognosehorizont hingegen aufwärtsgerichtet. Die sozialen Sachleistungen expandieren in beiden Prognosejahren kräftig. Die demografisch bedingt steigende Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen treibt die Ausgaben weiter an, obwohl finanzpolitische Maßnahmen in Summe dämpfend wirken: Das Sparpaket der Krankenkassen entlastet im Jahr 2026 die öffentlichen Haushalte leicht, und es ist mit weiteren Einsparungen im Rahmen des Beitragsbegrenzungsgesetzes zu rechnen.

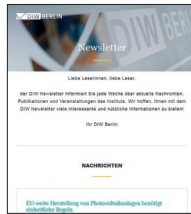
Die Subventionen dürften im laufenden Jahr weiter kräftig steigen. Maßgeblich sind hierbei die Zuschüsse zur Entlastung bei den Netzentgelten und Förderungen im Rahmen des Klima- und Transformationsfonds (KTF), die den durch die Abschaffung der Gasspeicherumlage im Jahr 2025 entstehenden negativen Basiseffekt mehr als aufwiegen. Im Jahr 2027 werden die Subventionen wohl noch moderat zulegen. Die geleisteten Vermögenstransfers steigen in beiden Jahren aufgrund von Abflüssen aus dem SVIK (etwa an Netzbetreiber und Krankenhäuser) sowie der anhaltenden Unterstützung der Ukraine kräftig. Die sonstigen laufenden Transfers

wachsen im Jahr 2026 ebenfalls merklich, was vornehmlich auf deutlich höhere Abführungen an die EU zurückzuführen ist. Die geleisteten Vermögenseinkommen – im Wesentlichen Zinszahlungen – steigen aufgrund wachsender Schuldenstände und der fortlaufenden Refinanzierung von zuvor niedrig verzinsten Altanleihen weiter kräftig.

Insgesamt expandieren die Staatsausgaben im Jahr 2026 um 5,5 Prozent und im Jahr 2027 um 4,7 Prozent. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt steigt die Staatsausgabenquote von 50,6 Prozent im Jahr 2025 auf 51,8 Prozent im Jahr 2026 und weiter auf 52,4 Prozent im Jahr 2027.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verschlechtert sich im Prognosehorizont deutlich. Von 2,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 steigt das Defizit auf 3,9 Prozent im Jahr 2026 und 4,3 Prozent im Jahr 2027. Bereinigt um die Konjunkturkomponente und Zinszahlungen ergibt sich ein strukturelles Primärdefizit in Relation zum Produktionspotenzial von 2,0 Prozent im Jahr 2026 und 2,6 Prozent im Jahr 2027, ausgehend von 0,9 Prozent im Jahr 2025 (Abbildung 7). Diese Entwicklung spiegelt sowohl die expansiv ausgerichtete Ausgabenpolitik wie auch strukturelle Ausgabentreiber bei den Sozialversicherungen wider, denen die Einnahmenseite wenig entgegenzusetzen hat. Der Bruttoschuldenstand steigt von 63,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 auf 65,3 Prozent im Jahr 2026 und weiter auf 67,1 Prozent im Jahr 2027 (Tabelle 8).

DIW Berlin – Newsletter



Alle Neuigkeiten aus dem Institut direkt in Ihr Postfach

Der Newsletter des DIW Berlin informiert Sie wöchentlich über aktuelle Forschungsergebnisse, neue Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Darüber hinaus erhalten Sie Einblicke in laufende Forschungsprojekte, Analysen zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen. Auch die Flagship-Publikation des Instituts, der DIW Wochenbericht, inklusive des wöchentlichen Interviews zur Studie, ist in diesem Newsletter enthalten. Abonnieren Sie jetzt und bleiben Sie informiert über aktuelle wirtschaftspolitische Forschung und Politikempfehlungen.

www.diw.de/seiten/newsletter



100 Geschichten aus 100 Jahren



Ein Rückblick auf unsere Geschichte

Anlässlich unseres 100-jährigen Bestehens möchten wir Ihnen das Institut, seine Geschichte, seine Menschen, seine Forschung und seine Wirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft näherbringen. In 100 Geschichten blicken wir auf prägende Ereignisse, bedeutende Erkenntnisse und spannende Persönlichkeiten zurück. Wir zeigen, wie sich das DIW Berlin seit 1925 entwickelt hat – dabei beleuchten wir auch seine Rolle während des Nationalsozialismus – und welchen Beitrag es bis heute zu aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten leistet. Hier geht es zu unserer Jubiläumswebseite.

www.diw.de/100_jahre_diw/100_jahre_diw



Vereinigung der Freunde des DIW Berlin (VdF)



Fördern und involviert sein

Die Vereinigung der Freunde e.V. (VdF) fördert den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, die Vernetzung und Kommunikation zwischen Wissenschaftler*innen und Unternehmerinnen zu stärken, den Dialog über aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderungen zu unterstützen und den Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis zu intensivieren. So trägt die Vereinigung der Freunde dazu bei, neue Impulse für Forschung, Innovation und gesellschaftliche Entwicklung zu setzen. Werden Sie jetzt Mitglied!

www.diw.de/seiten/vereinigung_der_freunde_des_diw_berlin__vdf



Iran-Krieg dämpft Aussichten für Weltwirtschaft – dennoch moderates Wachstum erwartet

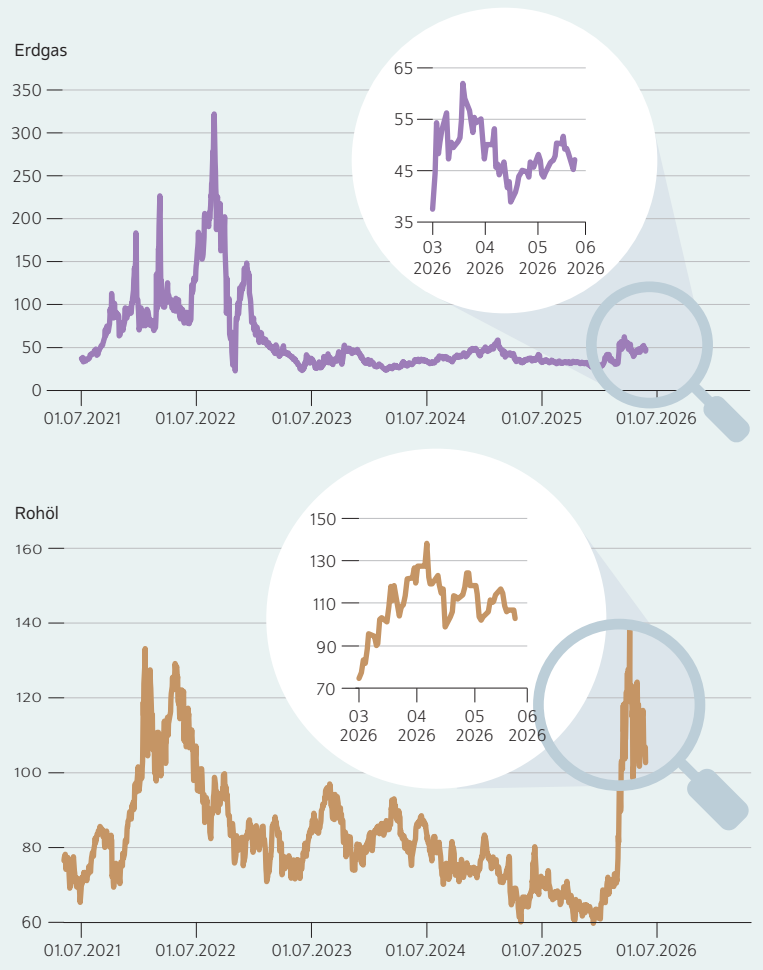
Zum Jahresauftakt hat sich die Weltwirtschaft noch robust präsentiert: Eine vielerorts solide Binnenkonjunktur, fiskalische Impulse und anhaltend hohe Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) stützten die Wirtschaft in vielen Ländern. Mit dem Ausbruch des Iran-Kriegs Ende Februar trübte sich das Bild jedoch deutlich ein: Die weitgehende Sperrung der Straße von Hormus, über die rund ein Viertel des weltweiten Öl- und 20 Prozent des Flüssiggashandels (LNG) laufen, hat die Öl- und Gaslieferungen erheblich beeinträchtigt. Zusätzlich beschädigten Angriffe auf die Energieinfrastruktur der Region die Förder-, Produktions- und Raffineriekapazitäten. Nach Schätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) dürfte sich das weltweite Ölangebot um rund acht Millionen Barrel pro Tag beziehungsweise 7,5 Prozent verringert haben. In der Folge zogen die Energiepreise kräftig an: Zwischen Ende Februar und Mitte Mai verteuerte sich Erdgas um rund 50 Prozent und Rohöl um etwa 70 Prozent (Abbildung 8). Der Energiepreisschock hat die Inflation erneut angefacht und belastet das weltwirtschaftliche Umfeld.

Im ersten Quartal legte die Weltwirtschaft noch etwas kräftiger zu als zum Jahresende: Nach 0,7 Prozent im Schlussquartal 2025 wuchs das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wie prognostiziert um 0,8 Prozent (Abbildung 9). Da der Konflikt erst im letzten Drittel des Quartals ausbrach, schlugen sich die stark gestiegenen Energiepreise in den abgerechneten Zahlen zunächst nur begrenzt nieder. Getragen wurde das Wachstum vor allem von einer wieder kräftigeren Dynamik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, deren Expansionsstempo sich von 0,1 auf 0,3 Prozent erhöhte. In den USA beschleunigte sich das Wachstum nach dem schwachen Schlussquartal (0,1 Prozent) auf 0,4 Prozent. Maßgeblich dafür waren zum einen die nach dem haushaltspolitisch bedingten Regierungsstillstand (Shutdown) nachgeholt Staatsausgaben und KI-bezogene Investitionen. Dabei gingen die Investitionen mit einer außergewöhnlich starken Ausweitung der Importe einher. In Japan und Südkorea sorgten hohe Ausfuhren technologieintensiver Güter – vor allem KI-bezogener Halbleiter – für ein kräftiges Quartalsplus. In Südkorea legten die Halbleiterexporte gegenüber dem Vorjahr um rund 140 Prozent zu und machen inzwischen rund ein Drittel der Gesamtausfuhren aus. Auch im Vereinigten Königreich zog die Konjunktur mit 0,6 Prozent merklich an. Dagegen schrumpfte der Euroraum um 0,2 Prozent (nach einem Plus von 0,2 Prozent im Vorquartal). Das war der erste Rückgang seit Ende 2022. Maßgeblich waren ein Einbruch der irischen Wirtschaftsleistung um 12,1 Prozent sowie ein Rückgang der Exporte, zum Beispiel in Frankreich.

In den Schwellenländern blieb die Dynamik mit 1,2 Prozent kräftig, schwächte sich gegenüber dem Vorquartal (1,3 Prozent) aber leicht ab. In Indien verlangsamte sich das Wachstum auf 1,4 Prozent von 1,8 Prozent im vierten Quartal.

Abbildung 8

Preise für Erdgas und Rohöl In US-Dollar



Anmerkungen: Letzte Beobachtungen: 27. Mai 2026 (TTF-Erdgaspreis), 27. Mai 2026 (Brent-Rohölpreis).

Quellen: Intercontinental Exchange (ICE); Energy Information Administration (EIA).

© CC BY 4.0

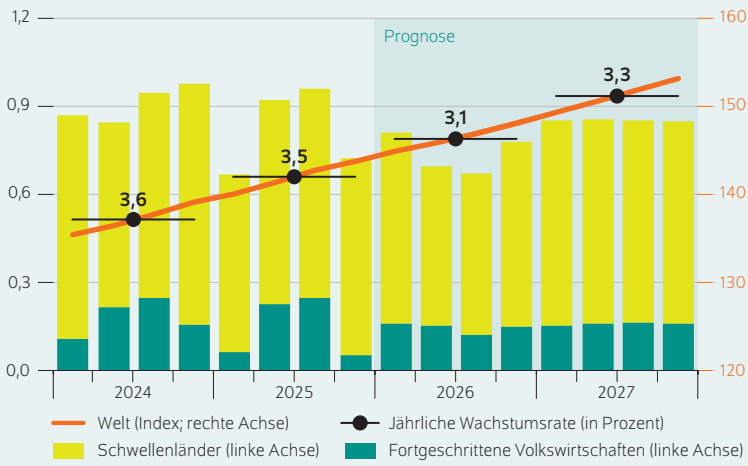
Der Iran-Krieg hat insbesondere die Öl-Preise in die Höhe getrieben.

Damit blieb es aber weiterhin robust, zumal sich die Binnennachfrage solide entwickelte. In den EU-Staaten Mittel- und Südosteuropas verlief die Entwicklung uneinheitlich: Während Polen mit 0,6 Prozent erneut expandierte und Ungarn nach einer schwachen Phase 0,8 Prozent zulegte, verlor Tschechien deutlich an Tempo (0,2 Prozent). In Rumänien stagnierte die Produktion. In China beschleunigte sich das Wachstum gegenüber dem Vorquartal leicht auf 1,3 Prozent, nach 1,2 Prozent im Schlussquartal. Trotz geringerer Ausfuhren in die USA stützten die Exporte die Konjunktur,

Abbildung 9

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent zum Vorquartal (linke Achse);
Index 1. Quartal 2015 = 100 (rechte Achse)



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

© CC BY 4.0

Die Weltwirtschaft wächst trotz Energiepreisschock voraussichtlich moderat.

insbesondere durch Ausfuhren in die ASEAN-Länder und die EU. In Brasilien zog die Dynamik nach einem schwachen Schlussquartal wieder an und entsprach mit einem Plus von 0,5 Prozent den Erwartungen. In Mexiko schrumpfte die Wirtschaftsleistung dagegen um 0,8 Prozent, nachdem sie im Vorquartal noch deutlich zugelegt hatte.

Der Welthandel expandierte zu Jahresbeginn mit einem Quartalsplus von 3,4 Prozent außergewöhnlich kräftig (Abbildung 10). Getragen wurde er erneut von einem regen Handel in Asien sowie einer anhaltend hohen Nachfrage nach technologieintensiven Gütern, insbesondere Halbleitern, die maßgeblich vom anhaltenden KI-Investitionsboom angetrieben wird. Zusätzlich stützten vorgezogene Lieferungen angesichts drohender Exportkontrollen von Seiten der USA. Die kriegsbedingten Störungen der Seewege im Nahen Osten – Umleitungen, längere Transportzeiten und höhere Frachtkosten – machten sich erst im letzten Drittel des Quartals bemerkbar.

Folgen des Iran-Kriegs trüben Wirtschaftsaussichten

Für das zweite Quartal 2026 deutet sich angesichts des Iran-Kriegs eine abgeschwächte Expansion der Weltwirtschaft an: Das globale Bruttoinlandsprodukt dürfte mit 0,7 Prozent etwas langsamer zulegen als im ersten Quartal (0,8 Prozent), wobei sich die Dynamik sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern wohl etwas abschwächt. Dabei dürften die stark gestiegenen Energiepreise den privaten Konsum belasten. Die vorliegende Prognose stützt sich auf die erwartete Preisentwicklung für

Erdöl und Erdgas, wie sie aus den aktuellen Termingeschäften abgeleitet wird (Kasten 1). Für den Prognosezeitraum wird im Jahresdurchschnitt ein Ölpreis von rund 94 US-Dollar je Barrel im Jahr 2026 und von 81 US-Dollar je Barrel im Jahr 2027 angenommen. Für den Gaspreis werden im Jahresdurchschnitt 46 Euro je Megawattstunde im Jahr 2026 und 38 Euro je Megawattstunde im Jahr 2027 unterstellt. Zwar liegen die Preisannahmen vor allem für Rohöl merklich über denen der Frühjahrsprognose und spiegeln die kriegsbedingte Verknappung des Energieangebots wider. Dass die Terminmärkte für die folgenden Quartale jedoch wieder Rückgänge erwarten, deutet darauf hin, dass eine dauerhafte Eskalation oder länger anhaltende Versorgungsengpässe derzeit als eher unwahrscheinlich angesehen werden.

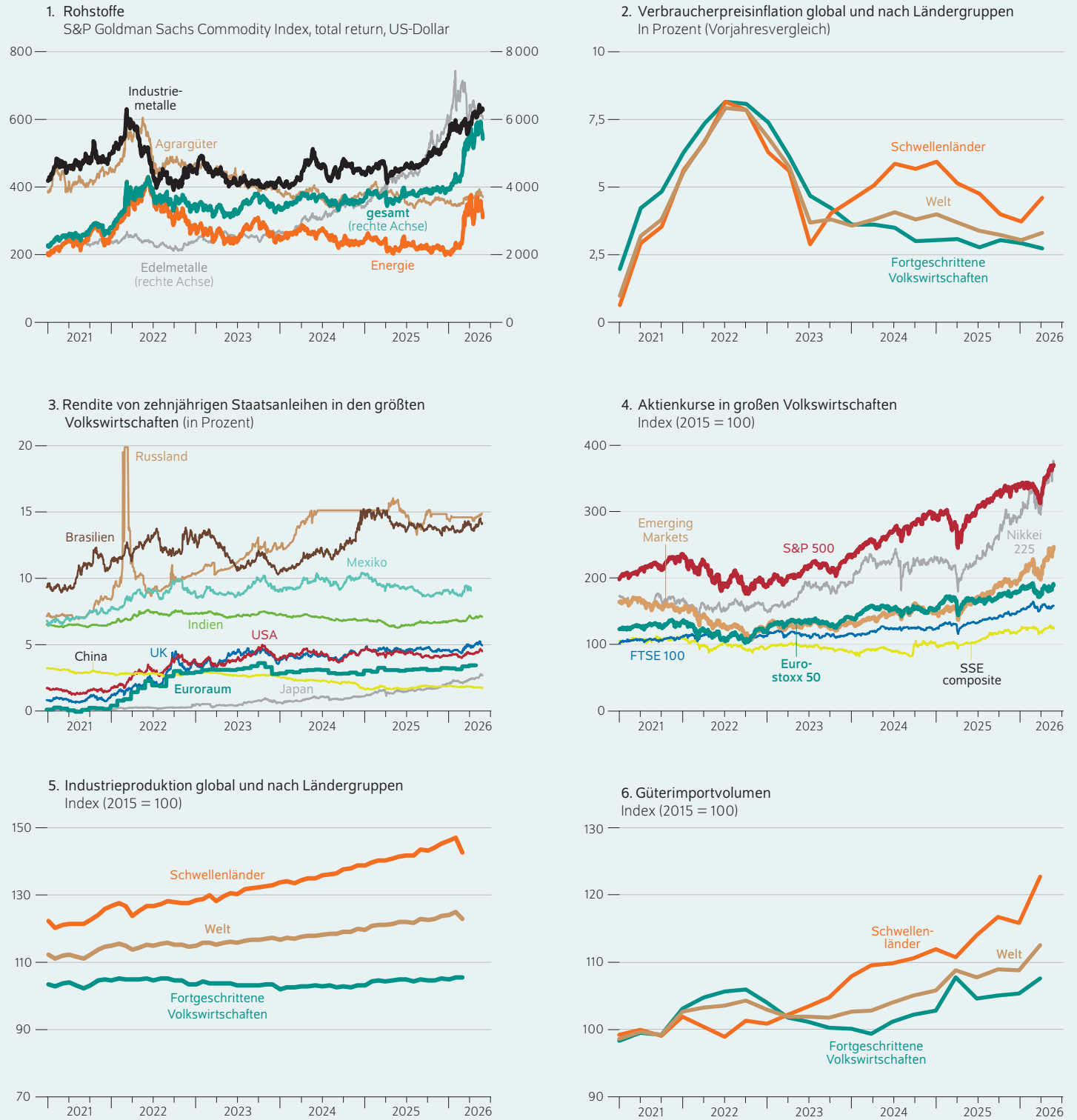
Die handelspolitischen Rahmenbedingungen in den USA bleiben von hoher Unsicherheit geprägt. Der allgemeine Zollsatz auf US-Importe liegt weiterhin bei zehn Prozent, eine angekündigte Anhebung auf 15 Prozent wurde bislang nicht umgesetzt. Zugleich halten die juristischen Auseinandersetzungen an: Nachdem der Oberste Gerichtshof bereits die zuvor auf die Notstandsverordnung International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) gestützten Zölle für unzulässig erklärt hatte, stützte die US-Regierung den allgemeinen Zollsatz auf Section 122 des Trade Act of 1974. Diese Rechtsgrundlage erlaubt bei Zahlungsbilanzproblemen temporäre Zölle von bis zu 15 Prozent. Auch diese Zölle wurden zuletzt vom Gericht für internationalen Handel für unrechtmäßig erklärt. Eine grundsätzliche Abkehr vom Protektionismus ist daraus jedoch nicht abzuleiten – die US-Handelspolitik dürfte weiterhin häufig auf Zölle setzen, künftig allerdings stärker eingebettet in formale Untersuchungs- und Prüfverfahren. Für die Handelspartner bedeutet dies voraussichtlich keine Rückkehr zum Freihandel und – angesichts der fortbestehenden rechtlichen Unklarheiten – auch nur begrenzt mehr Planbarkeit.

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass der allgemeine Basiszollsatz von zehn Prozent über den Prognosehorizont hinweg bestehen bleibt und bilaterale Handelsabkommen – darunter auch mit der Europäischen Union – fortgeführt werden. Zugleich wird unterstellt, dass die sektoralen Zölle etwa auf Autos, Stahl und Aluminium in Kraft bleiben und die Abgaben auf Autos und Lastwagen weiterhin bei 15 Prozent liegen, da sie nicht wie ursprünglich angekündigt verschärft wurden.

Auch die Frühindikatorik deutet insgesamt auf eine leicht abnehmende globale Wirtschaftsentwicklung hin. Der weltweite Einkaufsmanagerindex liegt deutlich unter dem Niveau vom Jahresbeginn, hat aber zuletzt wieder leicht angezogen. Infolge des Iran-Kriegs zeigt sich ein zweigeteiltes Bild: Während sich die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich aufhellte, trübte sie sich bei den Dienstleistungen ein. So stieg der globale Index für das Verarbeitende Gewerbe auf rund 52,5 Punkte und damit deutlich über die Expansionschwelle von 50 Punkten. Besonders kräftig fiel der Anstieg in den USA aus. Auch in Japan, Südkorea und China verbesserten sich die Werte spürbar. Ausschlaggebend dürften

Abbildung 10

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 27. Mai 2026 (Abbildungsteil 1); 31. März 2026 (Abbildungsteil 2); 27. Mai 2026 (Euroraum: 30. April 2026) (Abbildungsteil 3); 27. Mai 2026 (Abbildungsteil 4); 1. März 2026 (Abbildungsteil 5); 31. März 2026 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices; Deutsche Börse; CBOE; EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil; Bureau of Labor Statistics; IHS Markit; CPB World Trade Monitor.

steigende Aufträge im Investitionsgüterbereich sein, die vor allem auf höhere Verteidigungsausgaben und anhaltend hohe Investitionen in KI zurückzuführen sind. Hingegen gaben die Dienstleistungsindizes mit dem Ausbruch des Iran-Kriegs deutlich nach: Der globale Index fiel auf rund 51 Punkte, im Euroraum rutschte der Index kräftig ab und liegt nun mit 46,5 Punkten unter der Expansionsschwelle. Hier dürften die hohen Energiepreise durchschlagen, die die konsumnahen Dienstleistungen belasten.

Nach dem Rückgang im ersten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung im Euroraum mit einem Plus von 0,2 Prozent im zweiten Quartal weiter nur verhalten wachsen, bedingt vor allem durch die hohen Energiepreise, die sich negativ auf die Kaufkraft der Haushalte auswirken. Auch die Exporte dürften das Wachstum kaum stützen. Seit dem Amtsantritt Donald Trumps hat der Dollar gegenüber dem Euro um rund zwölf Prozent nachgegeben. Das verbilligt zwar die Importe, verteuert jedoch die europäischen Exporte. Zugleich haben europäische Firmen seit der Aufhebung der IEEPA-Zölle ihren früheren Zollvorteil auf dem US-Markt verloren: Seitdem gelten für China und Indien ähnlich niedrige Sätze wie für europäische Anbieter.¹

Vor allem die USA setzen sich von der globalen Abschwächung ab. Dort dürfte die Konjunktur im zweiten Quartal 2026 mit einem erwarteten Plus von 0,7 Prozent weiter an Fahrt aufnehmen. Dabei werden die expansiven Impulse aus den Steuererleichterungen des *One Big Beautiful Bill Act* den Konsum wohl weiterhin stützen, während höhere Energiepreise durch Kaufkraftverluste belastend wirken. Die Exporte dürften vor allem von steigenden Energieausfuhren profitieren, da die USA einen Teil der ausfallenden Lieferungen aus dem Nahen Osten ersetzen und zusätzlich vom schwächeren Dollar gestützt werden. Zugleich treibt der KI-Boom weiterhin die Investitionstätigkeit. Die außergewöhnlich starke Importdynamik des Vorquartals dürfte sich im zweiten Quartal hingegen normalisieren, sodass der Außenbeitrag das Wachstum insgesamt stützt.

Über den Prognosehorizont wird eine insgesamt leicht expansive Finanzpolitik die Konjunktur vielerorts stützen. In den USA dürfte das Haushaltsdefizit hoch bleiben: Neben den Steuererleichterungen für Unternehmen und Haushalte belastet den Bundeshaushalt zudem die Rückzahlung der als rechtswidrig eingestuften IEEPA-Zölle an Unternehmen. Auch in Japan dürfte mit der Abkehr der neuen Regierung von der bisherigen Sparpolitik das Staatsdefizit weiter steigen. Die Nachfrage wird insbesondere durch zusätzliche öffentliche Investitionen sowie durch temporäre steuerliche Entlastungen gestützt. Im Euroraum ist die Finanzpolitik insgesamt wohl leicht expansiv ausgerichtet, was vor allem auf Deutschland zurückzuführen ist. Auch im Vereinigten Königreich ist die Finanzpolitik aufgrund von Maßnahmen zur Abfederung höherer Energie- und

Transportkosten leicht expansiv angelegt. Dazu zählen insbesondere die Verlängerung der bestehenden Kraftstoffsteuerentlastung, Unterstützung energieintensiver Unternehmen, sowie Maßnahmen für Haushalte, etwa temporäre Mehrwertsteuersenkungen auf bestimmte Produkte.

Der Arbeitsmarkt präsentiert sich in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin robust und dürfte im Prognosezeitraum mit stabilen Beschäftigungsständen und steigenden Löhnen die Konsumnachfrage beleben. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen einer allmählichen Abkühlung: Das Beschäftigungswachstum verlangsamt sich und der langjährige Rückgang der Arbeitslosenquoten kommt zum Stillstand. Neben der schwächeren Nachfrage und der erhöhten Unsicherheit wird dazu wohl auch die Verbreitung von KI beitragen, die bereits jetzt in einzelnen Bereichen die Einstellungsdynamik dämpfen dürfte.

Geldpolitik dürfte wegen hoher Energiepreise leicht restriktiv ausgerichtet werden

Im Zuge des Iran-Kriegs sind die Öl- und Gaspreise deutlich gestiegen und schlagen bereits jetzt auf die Verbraucherpreise durch. Die Inflation hat sich im Euroraum im laufenden Quartal deutlich von der Zwei-Prozent-Marke entfernt und dürfte in den kommenden Monaten weiter anziehen. Für das laufende Jahr rechnet das DIW Berlin daher mit einem Jahresdurchschnitt von 2,8 Prozent im Euroraum und hebt seine Inflationsprognose um 0,3 Prozentpunkte an. Im kommenden Jahr werden die Effekte der Energiepreissteigerungen wohl allmählich auslaufen, sodass sich die Inflationsraten leicht zurückbilden dürften. Über die Energieträger hinaus dürfte der Iran-Krieg auch die Nahrungsmittelpreise zum Ende des Prognosehorizonts steigen lassen, was den Inflationsdruck zusätzlich erhöht und neben den Energiekosten vor allem einkommensschwächere Haushalte belastet. Rund ein Drittel des global gehandelten Düngers, darunter etwa 35 bis 40 Prozent des weltweit verschifften Harnstoffs, passiert die Straße von Hormus. Zugleich dürfte ein sich aufbauendes, kräftiges El-Niño-Ereignis die Ernten in diesem Jahr beeinträchtigen.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Geldpolitik im Prognosezeitraum leicht restriktiv werden. Der Einlagesatz im Euroraum liegt derzeit bei zwei Prozent und dürfte nach zwei weiteren Zinsschritten der Europäischen Zentralbank (EZB) bis Jahresende mit 2,5 Prozent leicht restriktiv ausgerichtet sein. In den USA dürfte die Notenbank Federal Reserve (Fed) trotz fortbestehender Inflationsrisiken zunächst abwarten. Mit einem Zinskorridor von 3,50 bis 3,75 Prozent bleibt die Geldpolitik damit weitgehend im neutralen Bereich. Ohne den zuletzt deutlich gestiegenen Preisdruck – im April lag die Verbraucherpreisinflation annualisiert bei 3,8 Prozent – hätte die Fed unter ihrem neuen Vorsitzenden Kevin Warsh, der sich im Vorfeld für niedrigere Zinsen ausgesprochen hatte, wohl bereits eine geldpolitische Lockerung eingeleitet. Im Vereinigten Königreich dürfte die Notenbank Bank of England ihren Zinssenkungszyklus beenden und mit einem Zinsschritt nach oben auf den gestiegenen Preisdruck reagieren.

¹ Vor der Aufhebung der IEEPA-Zölle waren China und weitere Drittstaaten mit deutlich höheren US-Importzöllen belegt als europäische Anbieter. Mit dem Wegfall dieser länderspezifischen Strafzölle gelten für alle Handelspartner nun weitgehend einheitliche Sätze – der auf Section 122 gestützte Basiszollsatz von zehn Prozent sowie die sektoralen Zölle. Damit entfällt der frühere relative Zollvorteil europäischer Anbieter auf dem US-Markt.

Tabelle 9

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Europa												
Europäische Union	1,0	1,6	0,7	1,4	2,6	2,5	3,1	2,9	6,0	6,0	6,0	5,8
Euroraum	0,9	1,5	0,3	0,9	2,4	2,1	2,8	2,7	6,4	6,3	6,3	6,1
... ohne Deutschland	1,1	1,8	1,0	1,0	2,6	2,0	3,0	2,6	7,6	7,3	7,1	7,0
Frankreich	1,4	0,9	0,6	0,7	2,3	0,9	2,4	2,3	7,4	7,7	7,7	7,5
Italien	0,6	0,7	0,7	0,4	1,1	1,6	3,1	2,8	6,6	6,1	5,7	6,0
Spanien	3,5	2,8	2,3	1,7	2,9	2,7	3,6	3,0	11,4	10,5	9,8	9,5
Niederlande	1,1	1,8	0,9	0,8	3,2	3,0	3,1	2,5	3,7	3,9	3,8	3,6
Vereinigtes Königreich	1,0	1,4	1,2	1,3	2,5	3,4	3,4	2,7	4,3	4,8	5,5	5,1
Schweiz	1,4	1,3	0,9	1,5	1,1	0,2	0,7	1,0	4,0	4,3	4,7	4,5
Mittel- und Südosteuropa	2,1	2,5	2,1	2,8	4,0	4,1	4,1	3,1	3,7	4,0	4,1	3,8
Türkei	3,5	3,7	3,1	3,7	58,5	34,9	28,2	24,9	8,7	8,4	8,5	8,4
Russland ¹	4,9	1,1	1,0	0,6	8,5	8,7	6,9	5,3	2,5	2,2	2,3	2,5
Amerika												
USA	2,8	2,1	2,2	2,2	3,0	2,7	3,6	2,2	4,0	4,3	4,5	4,7
Mexiko	1,1	0,8	0,6	1,8	4,7	3,8	4,5	3,9	2,7	2,6	2,9	2,8
Brasilien	3,0	2,6	1,5	1,9	4,4	5,0	4,7	4,1	6,9	6,0	6,0	5,9
Asien												
Japan	-0,2	1,1	0,6	0,7	2,7	3,2	2,6	2,4	2,5	2,5	2,7	2,7
Südkorea	2,0	1,0	2,4	1,7	2,3	2,1	2,6	2,1	2,8	2,8	2,9	2,9
China	5,0	5,0	4,4	4,4	0,0	-0,3	0,9	0,8	5,1	5,2	5,3	5,3
Indien	7,1	7,3	6,6	6,7	5,0	2,2	4,6	4,1	8,0	7,2	6,9	6,7
Total												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,8	1,8	1,5	1,7	3,3	3,0	3,6	2,4	4,4	4,6	4,7	4,7
Schwellenländer	5,2	5,1	4,6	4,7	5,6	4,4	5,2	4,8	6,0	5,7	5,7	5,6
Welt	3,6	3,5	3,1	3,3	3,9	3,3	4,1	3,3	5,7	5,4	5,5	5,4
Nachrichtlich:												
Exportgewicht ²	2,3	2,2	1,9	2,1								
BIP in USD gewichtet ³	3,0	2,9	2,6	2,8								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose.

2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 2024.

3 Gewichtung der Welt mit dem Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar von 2024 bis 2027.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des BIP und der Verbraucherpreise das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten aus IMF World Economic Outlook für die Jahre 2024 bis 2027 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenzahlen in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15–64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2024 verwendet. MOE besteht aus: Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

Globale Wirtschaft dürfte sich 2026 und 2027 infolge des Iran-Kriegs verhalten entwickeln

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum bis Ende 2027 weiterhin moderat expandieren. Während eine vielerorts leicht expansive Finanzpolitik und der KI-Boom die Nachfrage stützen, belastet der Iran-Krieg die konjunkturelle Dynamik. Die Auswirkungen dürften dabei regional unterschiedlich ausfallen und maßgeblich davon abhängen, wie stark die jeweilige Region auf Energieimporte angewiesen ist.

Der Iran-Krieg setzt auch dem Welthandel zu. Da die Seewege der Region für den globalen Handel von großer Bedeutung sind, führen die kriegsbedingten Störungen zu Umleitungen, längeren Fahrtwegen und höheren Frachtraten.

Zusätzlich treibt der Energiepreisschock die Transportkosten. Damit ist das Risiko globaler Lieferkettenengpässe erneut gestiegen. Diese belastenden Effekte dürften jedoch durch einen kräftigen innerasiatischen Handel sowie den regen Handel mit KI-bezogenen Produkten weitgehend ausgeglichen werden. Somit wird sich die Dynamik des Welthandels mit 3,9 Prozent im Jahr 2026 voraussichtlich nur leicht abschwächen. Im Jahr 2027 dürfte das Wachstum mit 1,9 Prozent in etwa dem langfristigen Durchschnitt entsprechen.

In den USA bleibt die Dynamik maßgeblich vom anhaltenden KI-Investitionsboom gestützt. Hingegen wirkt der Wohnungsbau dämpfend, der von weiterhin hohen Hypothekenzinsen und einem sich abkühlenden Arbeitsmarkt gebremst wird. Die stark gestiegenen Energiepreise infolge

des Iran-Kriegs drücken zwar auf die Konsumnachfrage. Zugleich profitieren Teile des Energiesektors von höheren Gaspreisen, da die USA zu den weltweit größten Exporteuren von LNG zählen. Die gesamtwirtschaftlichen Belastungen für die USA dürften daher begrenzt bleiben. Die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer im Sommer dürfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum nicht nennenswert beeinflussen. Insgesamt dürfte die US-Wirtschaft in diesem und nächstem Jahr mit 2,2 Prozent wachsen (Abbildung 11).

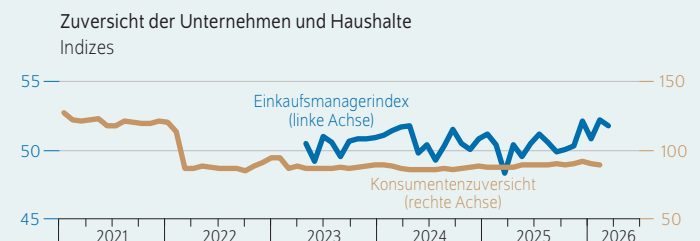
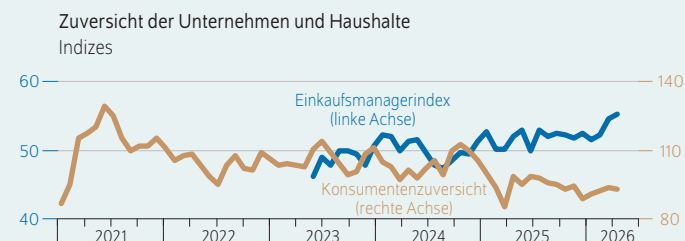
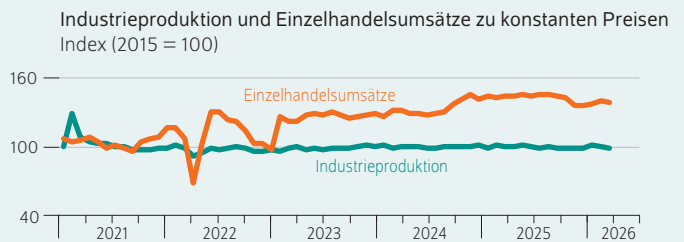
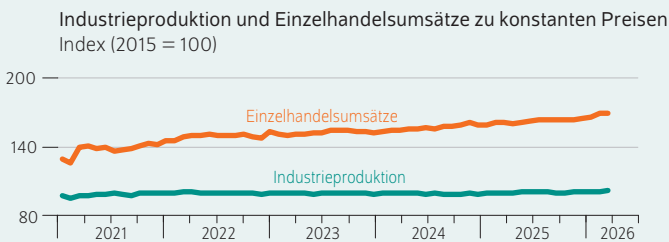
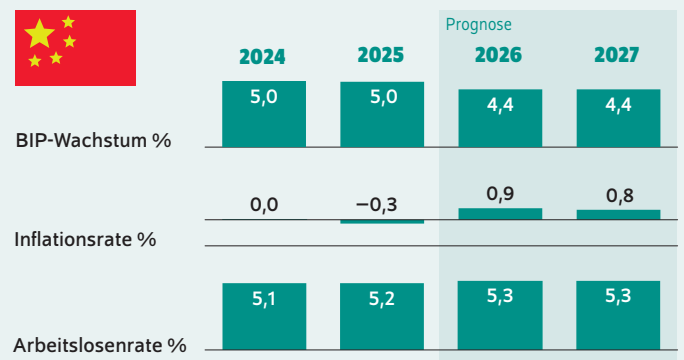
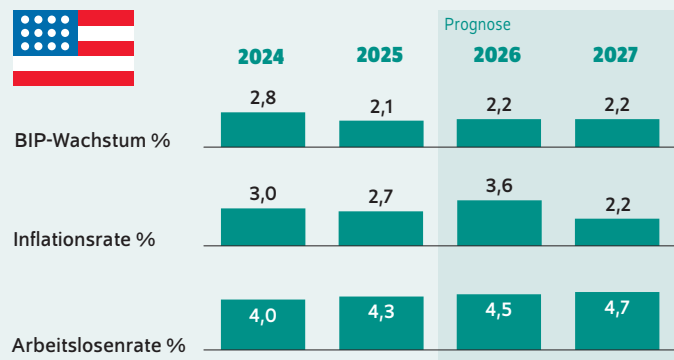
Im Euroraum wird in diesem Jahr ein Wachstum von nur 0,3 Prozent erwartet – gegenüber der Frühjahrsprognose eine Revision um fast einen Prozentpunkt nach unten. Die gestiegenen Energiekosten belasten zum einen die Kaufkraft der Haushalte und dämpfen so den privaten Konsum. Zum anderen erhöhen sie die Produktionskosten, insbesondere in energieintensiven Branchen, was die Investitionsbereitschaft drücken dürfte. Stützend wirken vor allem die öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung.

Im Jahr 2027 wird eine etwas stärkere Expansion von rund 0,9 Prozent erwartet, bedingt vor allem durch rückläufige Energiepreise.

In China wird sich die Binnenkonjunktur angesichts der anhaltenden Schwäche im Immobiliensektor wohl weiterhin verhalten entwickeln. Auch die gestiegenen Energiepreise dürften den Konsum belasten, da das Land in hohem Maße von Energieimporten abhängig ist. Allerdings deckt China den Großteil seiner Ölimporte über vergünstigte Lieferungen aus Russland und verfügt damit über geopolitisch günstigere Ausweichmöglichkeiten als andere Importländer. Zudem reduziert der stark ausgebaute Anteil erneuerbarer Energien die Abhängigkeit von fossilen Importen. Stützend wirken zudem die Exporte, insbesondere bei grünen Technologien. Die zuletzt kräftigeren Ausfuhren in die EU- und die ASEAN-Länder könnten jedoch vermehrt handelspolitische Gegenmaßnahmen auslösen. Die chinesische Wirtschaft dürfte in diesem und im nächsten Jahr jeweils 4,4 Prozent

Abbildung 11

USA und China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen März 2026 (Industrieproduktion, Einzelhandelsumsätze); Mai 2026 (Einkaufsmanagerindex); Mai 2026 (Konsumenten-zuversicht).

Quellen: Markit; Eurostat; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

zulegen und damit leicht unter dem von der chinesischen Regierung angepeilten Zielkorridor von 4,5 bis 5,0 Prozent bleiben (Abbildung 11).

Insgesamt wird für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und von 4,6 Prozent in den Schwellenländern erwartet. Die globale Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um 3,1 Prozent wachsen und im nächsten um 3,3 Prozent (Tabelle 9). Die aktuelle Prognose fällt damit vor allem wegen der gestiegenen Energiepreise für dieses Jahr 0,2 Prozentpunkte niedriger aus als im Frühjahr. Für das nächste Jahr wurde die Prognose unverändert gelassen.

Weitere Eskalation des Iran-Kriegs bleibt größtes Risiko

Der Ausblick für die Weltwirtschaft bleibt mit erheblichen Risiken behaftet. Das wesentliche Abwärtsrisiko geht von einer weiteren Eskalation des Iran-Kriegs aus: Eine länger andauernde Blockade der Straße von Hormus sowie weitere Angriffe auf Raffineriekapazitäten würden die Energiepreise stärker und persistenter anschieben als in der vorliegenden Prognose unterstellt – mit entsprechend dämpfender Wirkung auf Kaufkraft und globale Konjunktur. Hinzu kommt, dass über die Straße von Hormus Düngemittel und deren Vorprodukte transportiert werden. Eine länger andauernde Sperrung würde daher auch die Nahrungsmittelpreise über höhere Produktionskosten in der Landwirtschaft weiter erhöhen. Dies würde insbesondere in den Schwellenländern die Kaufkraft empfindlich schmälern und somit auf den privaten Konsum drücken. Darüber hinaus könnten Lieferengpässe bei Helium die globale Chipfertigung treffen: Helium ist ein essenzieller Produktionsstoff für Halbleiter und fällt als Nebenprodukt der LNG-Produktion an. Auf Katar allein entfällt rund ein Drittel der weltweiten Helium-Produktion. Damit würde auch der KI-Investitionsboom gebremst, der in dieser Prognose eine Stütze der globalen Konjunktur darstellt.

Energie- und Nahrungsmittelinflation erhöhen zudem das Risiko, dass Haushalte das Vertrauen in das Zwei-Prozent-Ziel der Notenbanken verlieren. Da der letzte große Inflationsschub erst kurz zurückliegt, reagieren Haushalte und Unternehmen besonders sensibel auf neuerliche Preisanstiege. Sollten sich die Erwartungen vom Zielanker lösen, wären die Notenbanken gezwungen, ihre Geldpolitik stärker zu straffen als derzeit unterstellt, mit entsprechend dämpfenden Wirkungen auf Investitionen, Arbeitsmarkt und privaten Konsum.

Zusätzlich zu den geopolitischen Risiken bestehen mittelfristig auch Risiken durch die zunehmende Verbreitung von KI, die den Arbeitsmarkt belasten könnte. Während die hohen Investitionen in KI die globale Konjunktur derzeit maßgeblich stützen, könnte die zunehmende Verbreitung KI-basierter Anwendungen zu einem deutlichen Stellenabbau führen. Eine Verdrängung von Arbeitskräften würde die Lohn- und Einkommensdynamik bremsen und damit den privaten Konsum schwächen.

Energiepreisschock belastet Wachstum im Euroraum

Im ersten Quartal des laufenden Jahres ging das Wirtschaftswachstum im Euroraum um 0,2 Prozent zurück, nach einem Plus von 0,2 Prozent im Schlussquartal 2025. In den meisten Mitgliedsländern stützte die Binnennachfrage weiterhin die Konjunktur, und in mehreren großen Volkswirtschaften – darunter Deutschland und Italien – trugen auch die Nettoexporte positiv bei. Die Abschwächung im Euroraum ging vor allem auf einen starken Rückgang der Wirtschaftsleistung in Irland (minus 12,1 Prozent) sowie auf kräftige Exportrückgänge in einzelnen Ländern zurück: So schwächten die stark rückläufigen Exporte die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich, bedingt durch Basiseffekte infolge starker Rüstungs- und Luftfahrtexporte im dritten und vierten Quartal 2025. Damit war die Wirtschaftsleistung in Frankreich leicht negativ (minus 0,1 Prozent) und auch die Niederlande kamen mit einem Plus von 0,1 Prozent kaum voran. Spanien legte mit 0,6 Prozent wieder kräftig zu, während sich das Wachstum in Italien mit einem Plus von 0,3 Prozent fortsetzte.

Das laufende Quartal dürfte maßgeblich durch die negativen Folgen des Iran-Kriegs geprägt sein. Dies spiegelt auch die Frühindikatorik wider, die sich seit März deutlich eingetrübt hat. Dabei zeigt sich eine sektorale Heterogenität. So gingen die Einkaufsmanagerindizes für den Dienstleistungs- und Bausektor deutlich zurück. Die Indizes für das Verarbeitende Gewerbe verzeichneten hingegen in zahlreichen Mitgliedstaaten deutliche Zuwächse, was auf Vorzieheffekte zurückzuführen sein dürfte. Unternehmen beschleunigen ihre Bestellungen, um drohenden Lieferkettenengpässen und inflationären Preisschüben infolge des Iran-Kriegs zuvorzukommen. Im Mai ist bereits ein Rückgang dieser Dynamik zu sehen. Insgesamt wird im zweiten Quartal mit einem Wachstum von 0,2 Prozent nur eine leichte Erholung erwartet. Dies ist vor allem bedingt durch die stark gestiegenen Energiepreise, die die Kaufkraft der privaten Haushalte belasten und die Margen der Unternehmen drücken dürften.

Die Auswirkungen auf das Preisniveau fallen zwischen den Mitgliedstaaten heterogen aus. Dies lässt sich zum einen auf die unterschiedlichen Energiemixe und die daraus resultierende Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zurückführen. Zum anderen spielt eine Rolle, wie die nationalen Maßnahmen zur Senkung der Strompreise wirken. In Italien, wo die Abhängigkeit von importiertem Erdgas vergleichsweise hoch ist, sind besonders starke Preisanstiege zu verzeichnen – auch wenn sie von einem niedrigen Niveau kommen. Deutschland und Spanien hingegen haben zusätzlich zu den bestehenden auch kurzfristige Maßnahmen eingeleitet, die preissenkend wirken. Da diese aber nur für Mai und Juni gelten, dürften die dämpfenden Effekte nur temporär sein, sofern es nicht zu einer Verlängerung der Maßnahme kommt. In Frankreich fallen die Effekte aufgrund des hohen Anteils der Kernenergie im Strommix voraussichtlich moderater aus. Insgesamt wird ein Anstieg der Inflation im Euroraum auf einen Jahresdurchschnitt von 2,8 Prozent im

Jahr 2026 erwartet, bevor sie 2027 mit 2,7 Prozent nur leicht zurückgehen dürfte.

Der gestiegene Preisdruck schlägt sich in den Inflationserwartungen der Haushalte nieder, die in allen großen Mitgliedstaaten merklich gestiegen sind. In der Folge ist mit einer spürbaren Eintrübung des privaten Konsums zu rechnen. Angesichts der gewachsenen Unsicherheit dürften die Haushalte verstärkt vorsorgen – die Sparquoten liegen dabei weiterhin über dem Vor-Pandemie-Niveau.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik leicht straffen. Nach zwei weiteren Zinsschritten wird der Einlagesatz bis Jahresende wohl bei 2,5 Prozent und damit im leicht restriktiven Bereich liegen. Auch von den privaten Investitionen ist über den Prognosehorizont kaum Unterstützung zu erwarten. Wegen höherer Finanzierungskosten infolge der erwarteten Leitzinserhöhungen und der anhaltend hohen geo- und handelspolitischen Unsicherheit dürften viele Unternehmen Investitionsvorhaben zurückstellen oder verkleinern.

Als Reaktion auf den erneuten Energiepreisanstieg haben zahlreiche Mitgliedstaaten des Euroraums kurzfristige fiskalische Maßnahmen ergriffen. Das umfangreichste Paket legte Spanien auf: Mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro umfasst es Mehrwertsteuersenkungen auf Kraftstoff, Strom und Gas sowie direkte Transferleistungen an Haushalte im Transportbereich, an landwirtschaftliche Betriebe und an energieintensive Industrien. Vergleichbare, im Umfang aber begrenzte Maßnahmen wurden auch in anderen Mitgliedstaaten beschlossen, beispielsweise in den Niederlanden. Darüber hinaus bleibt die Fiskalpolitik im Jahr 2026 insgesamt leicht expansiv ausgerichtet. Maßgeblich getragen wird dies von den im letzten Förderjahr verstärkt abgerufenen NextGenerationEU-Mitteln (vor allem in Spanien und Italien) sowie steigenden öffentlichen Investitionen, insbesondere in die Verteidigung. Für 2027 ist bei unveränderter Politik eine weitgehend neutrale Wirkung zu erwarten. Bremsend wirken in mehreren Ländern, darunter Frankreich, die hohe Zinslast und entsprechend hohe Defizite.

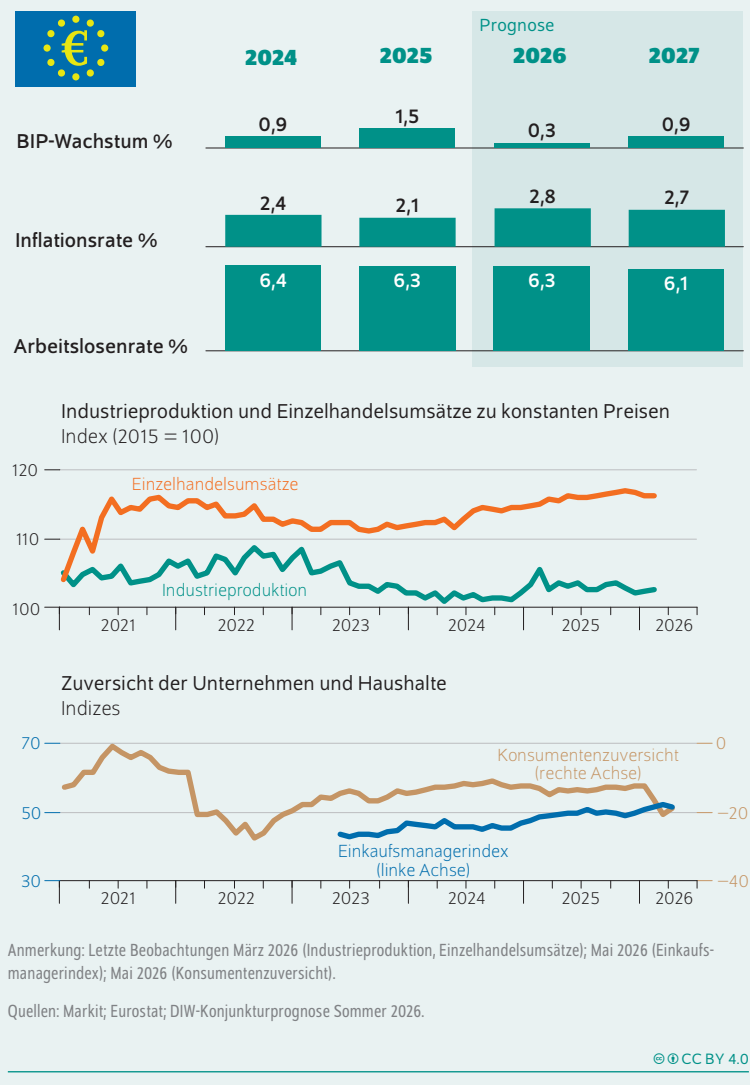
Vom Außenhandel dürften kaum Impulse ausgehen: Schwache Wettbewerbsfähigkeit, die US-Zölle und der starke Euro belasten die Exporte. Kurzfristig könnten die vorgezogenen Industrieaufträge das zweite Quartal noch etwas stützen, bevor sich die Exportdynamik im weiteren Jahresverlauf deutlicher abschwächt.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich insgesamt stabil und dürfte somit den Konsum stützen. Die Arbeitslosenquote im Euroraum wird sich über den Prognosezeitraum wohl leicht auf 6,1 Prozent abschwächen.

Infolge der wirtschaftlichen Belastung durch den Iran-Krieg wird die Euroraum-Prognose für dieses und das kommende Jahr um 0,8 beziehungsweise 0,5 Prozentpunkte nach unten revidiert. Insgesamt ergibt sich damit für das laufende Jahr eine Wachstumsrate von 0,3 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sich die Wirtschaftsleistung mit 0,9 Prozent wieder etwas beschleunigen (Abbildung 12).

Abbildung 12

Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Geraldine Dany-Knedlik ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Nina Maria Brehl ist Expertin für den Euroraum und die Verbraucherpreise in Deutschland und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | nbrehl@diw.de

Angelina Hackmann ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ahackmann@diw.de

Konstantin A. Kholodilin ist Experte für die Potenzialschätzung und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Laura Pagenhardt ist Expertin für Investitionen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Jan-Christopher Scherer ist Koordinator der Prognose für die deutsche Wirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jscherer@diw.de

Teresa Schildmann ist Expertin für die deutsche Finanzpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tschildmann@diw.de

Hannah Magdalena Seidl ist Koordinatorin der Prognose für die Weltwirtschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | hseidl@diw.de

Ruben Staffa ist Experte für die USA und den deutschen Außenhandel und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | rstaffa@diw.de

Kristin Trautmann ist Expertin für das Vereinigte Königreich und die europäische Geldpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ktrautmann@diw.de

Jana Wittich ist Expertin für den deutschen Außenhandel und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jwtittich@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24/2026:

www.diw.de/diw_weekly



HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2025

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 044,3	2 741,3	501,2	801,7	–
4	– Abschreibungen	918,1	499,8	125,6	292,7	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 126,1	2 241,5	375,6	509,1	–106,6
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 469,7	1 780,7	383,3	305,6	20,9
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,7	28,9	0,4	10,4	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	58,5	56,2	0,2	2,2	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	675,3	488,0	–7,9	195,2	–127,5
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 475,8	–	–	2 475,8	14,8
11	– Geleistete Subventionen	54,1	–	54,1	–	4,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	459,3	–	459,3	–	5,9
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 128,1	1 032,4	49,3	46,4	405,2
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 285,3	738,4	30,7	516,2	248,0
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 713,5	193,9	378,8	3 140,8	–268,4
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	558,2	124,8	–	433,3	14,3
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	571,7	–	571,7	–	0,8
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	991,9	–	–	991,9	4,0
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	990,6	167,2	822,5	0,9	5,3
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	845,8	93,8	751,2	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	836,7	–	–	836,7	9,8
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	475,4	269,8	95,1	110,5	107,2
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	414,7	242,0	30,8	141,9	167,9
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 655,9	114,7	957,4	2 583,7	–210,8
25	– Konsumausgaben	3 378,6	–	1 006,1	2 372,5	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
27	= Sparen	277,3	53,6	–48,7	272,4	–210,8
28	– Geleistete Vermögenstransfers	110,9	10,6	79,1	21,2	6,7
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	91,5	51,2	25,5	14,8	26,1
30	– Bruttoinvestitionen	984,6	557,3	147,5	279,8	–
31	+ Abschreibungen	918,1	499,8	125,6	292,7	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,7	20,0	–0,6	0,3	–19,7
33	= Finanzierungssaldo	171,7	16,7	–123,6	278,6	–171,7
	Nachrichtlich:		–			
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 655,9	114,7	957,4	2 583,7	–210,8
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	628,2	–	628,2	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	628,2	–	–	628,2	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 655,9	114,7	329,2	3 211,9	–210,8
38	– Konsum ³	3 378,6	–	377,9	3 000,6	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
40	= Sparen	277,3	53,6	–48,7	272,4	–210,8

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© CC BY 4.0

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2026

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 173,4	2 824,3	524,4	824,7	–
4	– Abschreibungen	955,8	518,3	130,5	307,0	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 217,5	2 306,0	393,8	517,7	–84,1
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 548,2	1 831,2	402,4	314,6	21,5
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	45,1	33,9	0,4	10,9	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	59,4	57,3	0,2	1,9	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	683,6	498,2	–8,7	194,1	–105,5
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 554,4	–	–	2 554,4	15,2
11	– Geleistete Subventionen	58,9	–	58,9	–	4,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	473,0	–	473,0	–	6,0
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 146,7	1 047,0	53,1	46,7	408,0
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 309,4	749,9	30,6	529,0	246,4
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 814,8	201,1	382,9	3 230,8	–250,3
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	572,5	124,4	–	448,2	14,4
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	586,1	–	586,1	–	0,8
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	1 032,8	–	–	1 032,8	4,1
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	1 031,5	171,4	859,2	0,9	5,5
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	884,2	97,2	786,1	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	874,7	–	–	874,7	10,2
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	494,7	281,6	103,6	109,6	110,6
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	441,9	258,6	31,3	152,1	163,4
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 764,7	128,0	969,8	2 667,0	–200,2
25	– Konsumausgaben	3 512,3	–	1 060,1	2 452,1	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,3	–	61,3	–
27	= Sparen	252,5	66,6	–90,4	276,2	–200,2
28	– Geleistete Vermögenstransfers	116,6	11,1	86,1	19,4	6,3
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	95,1	58,0	21,4	15,7	27,8
30	– Bruttoinvestitionen	1 008,1	563,9	155,1	289,0	–
31	+ Abschreibungen	955,8	518,3	130,5	307,0	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	20,3	20,6	–0,6	0,3	–20,3
33	= Finanzierungssaldo	158,5	47,3	–179,0	290,2	–158,5
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 764,7	128,0	969,8	2 667,0	–200,2
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	660,4	–	660,4	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	660,4	–	–	660,4	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 764,7	128,0	309,4	3 327,4	–200,2
38	– Konsum ³	3 512,3	–	399,7	3 112,6	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,3	–	61,3	–
40	= Sparen	252,5	66,6	–90,4	276,2	–200,2

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2027

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 322,3	2 923,4	545,4	853,6	–
4	– Abschreibungen	997,0	542,7	135,5	318,7	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 325,3	2 380,7	409,8	534,9	–64,2
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 642,6	1 894,5	419,1	329,0	22,0
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	46,6	35,2	0,4	11,1	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	60,3	58,1	0,2	2,0	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	696,4	509,1	–9,5	196,8	–86,2
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 648,9	–	–	2 648,9	15,8
11	– Geleistete Subventionen	59,9	–	59,9	–	4,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	488,3	–	488,3	–	6,0
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 172,6	1 066,8	57,7	48,1	420,3
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 340,9	760,2	31,5	549,1	253,0
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 941,8	202,5	392,7	3 346,6	–236,1
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	593,7	126,8	–	466,9	14,9
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	607,7	–	607,7	–	0,9
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	1 076,8	–	–	1 076,8	4,3
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	1 075,4	175,4	899,2	0,9	5,6
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	916,4	100,6	814,9	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	906,5	–	–	906,5	10,6
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	512,5	292,4	107,1	113,0	116,7
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	462,9	270,2	31,6	161,1	166,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 895,1	128,3	1 009,2	2 757,6	–189,4
25	– Konsumausgaben	3 637,9	–	1 110,3	2 527,6	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,5	–	61,5	–
27	= Sparen	257,2	66,8	–101,1	291,5	–189,4
28	– Geleistete Vermögenstransfers	122,4	11,3	91,4	19,7	5,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	100,1	61,4	22,4	16,3	27,8
30	– Bruttoinvestitionen	1 064,8	590,6	169,4	304,7	–
31	+ Abschreibungen	997,0	542,7	135,5	318,7	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	21,0	21,3	–0,6	0,3	–21,0
33	= Finanzierungssaldo	146,1	47,7	–203,2	301,6	–146,1
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 895,1	128,3	1 009,2	2 757,6	–189,4
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	687,6	–	687,6	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	687,6	–	–	687,6	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 895,1	128,3	321,6	3 445,2	–189,4
38	– Konsum ³	3 637,9	–	422,7	3 215,2	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,5	–	61,5	–
40	= Sparen	257,2	66,8	–101,1	291,5	–189,4

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© CC BY 4.0

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,0	-0,3	0,2	0,1	-0,1	-0,4	-0,2	0,1	0,3
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,2	0,9	0,2	-0,5	0,1	0,7	1,0	0,2	0,2
Arbeitstage	-0,3	1,0	0,5	-1,1	0,6	0,0	1,9	0,8	0,2
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,2	0,5	0,4	-0,4	0,0	0,3	0,8	0,3	0,5
Produktivität ¹	0,4	0,0	0,4	0,5	0,4	0,1	-0,2	0,3	0,5
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,5	0,8	0,0	0,4	0,4	0,6	0,6	1,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	3 378,6	3 512,3	3 637,9	1 645,9	1 732,7	1 708,1	1 804,2	1 772,2	1 865,7
Private Haushalte ²	2 372,5	2 452,1	2 527,6	1 159,0	1 213,5	1 193,9	1 258,2	1 233,9	1 293,7
Staat	1 006,1	1 060,1	1 110,3	486,9	519,3	514,1	546,0	538,3	572,0
Anlageinvestitionen	907,9	948,0	1 005,5	438,2	469,7	451,3	496,7	483,1	522,4
Ausrüstungen	268,0	279,3	294,5	126,4	141,6	131,1	148,3	138,2	156,2
Bauten	460,8	478,3	508,0	226,1	234,7	229,3	249,0	247,7	260,2
Sonstige Anlageinvestitionen	179,0	190,4	203,1	85,6	93,4	91,0	99,4	97,1	106,0
Vorratsveränderung ³	76,8	60,1	59,3	42,3	34,4	43,5	16,5	44,0	15,3
Inländische Verwendung	4 363,2	4 520,4	4 702,7	2 126,4	2 236,8	2 202,9	2 317,4	2 299,3	2 403,4
Außenbeitrag	106,6	84,1	64,2	71,1	35,5	60,7	23,4	38,0	26,2
Exporte	1 800,0	1 896,2	1 962,8	907,6	892,4	932,3	963,9	969,2	993,6
Importe	1 693,4	1 812,2	1 898,6	836,5	856,9	871,6	940,5	931,3	967,4
Bruttoinlandsprodukt	4 469,8	4 604,4	4 766,8	2 197,5	2 272,4	2 263,6	2 340,8	2 337,3	2 429,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	4,4	4,0	3,6	4,5	4,4	3,8	4,1	3,8	3,4
Private Haushalte ²	3,9	3,4	3,1	4,0	3,9	3,0	3,7	3,3	2,8
Staat	5,7	5,4	4,7	5,9	5,6	5,6	5,2	4,7	4,8
Anlageinvestitionen	2,5	4,4	6,1	1,4	3,6	3,0	5,7	7,0	5,2
Ausrüstungen	0,4	4,2	5,4	-2,3	2,8	3,7	4,7	5,5	5,3
Bauten	2,3	3,8	6,2	1,6	2,9	1,4	6,1	8,1	4,5
Sonstige Anlageinvestitionen	6,6	6,4	6,7	6,6	6,5	6,3	6,4	6,7	6,7
Inländische Verwendung	4,7	3,6	4,0	4,8	4,7	3,6	3,6	4,4	3,7
Exporte	0,4	5,3	3,5	0,5	0,2	2,7	8,0	4,0	3,1
Importe	3,9	7,0	4,8	5,0	2,8	4,2	9,8	6,8	2,9
Bruttoinlandsprodukt	3,3	3,0	3,5	2,9	3,6	3,0	3,0	3,3	3,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 751,2	2 777,5	2 799,4	1 354,8	1 396,4	1 371,0	1 406,5	1 377,3	1 422,1
Private Haushalte ²	1 922,6	1 927,3	1 932,5	945,7	976,9	948,9	978,4	949,2	983,3
Staat	829,0	851,0	867,9	409,3	419,7	422,5	428,5	428,6	439,2
Anlageinvestitionen	700,8	708,8	728,1	339,1	361,7	339,6	369,2	351,0	377,1
Ausrüstungen	224,9	228,3	233,9	106,1	118,8	107,6	120,7	110,1	123,9
Bauten	322,0	321,9	329,5	158,8	163,2	155,8	166,1	161,6	167,9
Sonstige Anlageinvestitionen	158,3	163,9	170,5	75,7	82,5	78,4	85,5	81,5	89,0
Inländische Verwendung	3 519,2	3 538,8	3 578,7	1 728,0	1 791,2	1 743,3	1 795,5	1 760,9	1 817,8
Exporte	1 479,2	1 502,3	1 520,5	745,3	733,9	746,3	756,1	753,0	767,5
Importe	1 387,0	1 410,7	1 439,6	683,2	703,8	692,2	718,5	705,8	733,8
Bruttoinlandsprodukt	3 608,8	3 627,7	3 656,7	1 788,9	1 820,1	1 795,8	1 831,9	1 806,6	1 850,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,4	1,0	0,8	1,5	1,3	1,2	0,7	0,5	1,1
Private Haushalte ²	1,3	0,2	0,3	1,4	1,3	0,3	0,2	0,0	0,5
Staat	1,5	2,6	2,0	1,7	1,3	3,2	2,1	1,4	2,5
Anlageinvestitionen	-0,2	1,1	2,7	-1,3	0,9	0,2	2,1	3,4	2,1
Ausrüstungen	-1,6	1,5	2,5	-4,2	0,9	1,5	1,6	2,3	2,7
Bauten	-0,8	0,0	2,4	-1,5	-0,2	-1,9	1,8	3,7	1,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,8	3,6	4,0	3,9	3,8	3,6	3,6	4,0	4,0
Inländische Verwendung	1,8	0,6	1,1	1,9	1,7	0,9	0,2	1,0	1,2
Exporte	-0,9	1,6	1,2	-1,3	-0,4	0,1	3,0	0,9	1,5
Importe	3,1	1,7	2,0	3,4	2,8	1,3	2,1	2,0	2,1
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,5	0,8	0,0	0,4	0,4	0,6	0,6	1,0

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	2,6	3,1	2,8	2,5	2,6	2,7	3,5	3,3	2,3
Konsumausgaben des Staates	4,1	2,7	2,7	4,1	4,2	2,3	3,0	3,2	2,2
Anlageinvestitionen	2,7	3,2	3,2	2,7	2,6	2,8	3,6	3,6	3,0
Ausrüstungen	2,0	2,6	2,9	2,0	1,9	2,1	3,1	3,1	2,6
Bauten	3,1	3,8	3,7	3,2	3,1	3,3	4,3	4,2	3,3
Sonstige Anlagen	2,6	2,7	2,6	2,6	2,6	2,7	2,7	2,6	2,6
Inländische Verwendung	2,9	3,0	2,9	2,8	2,9	2,7	3,4	3,3	2,4
Exporte	1,2	3,7	2,3	1,8	0,7	2,6	4,8	3,0	1,5
Importe	0,8	5,2	2,7	1,6	0,0	2,8	7,5	4,8	0,7
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,5	2,7	2,9	3,2	2,6	2,4	2,6	2,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3140,8	3230,8	3346,6	1536,6	1604,2	1576,5	1654,3	1635,2	1711,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	439,5	455,2	473,9	212,7	226,8	220,3	234,9	229,2	244,7
Bruttolöhne und -gehälter	2036,3	2099,2	2175,0	972,2	1064,1	1007,6	1091,6	1041,1	1133,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	665,0	676,4	697,8	351,7	313,3	348,6	327,9	364,9	332,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	572,7	584,0	595,2	272,3	300,4	283,4	300,6	279,0	316,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3713,5	3814,8	3941,8	1808,9	1904,6	1859,9	1954,9	1914,2	2027,6
Abschreibungen	918,1	955,8	997,0	456,8	461,3	473,5	482,4	495,0	502,0
Bruttonationaleinkommen	4631,6	4770,6	4938,8	2265,7	2365,9	2333,4	2437,3	2409,1	2529,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3308,3	3400,8	3513,5	1601,5	1706,7	1649,0	1751,8	1696,3	1817,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	832,4	846,4	864,6	416,7	415,8	421,0	425,3	426,0	438,6
Arbeitnehmerentgelt	2475,8	2554,4	2648,9	1184,9	1291,0	1227,9	1326,5	1270,3	1378,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	2,9	3,6	4,0	3,8	2,6	3,1	3,7	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	7,0	3,6	4,1	7,2	6,9	3,6	3,5	4,0	4,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,6	3,1	3,6	4,6	4,6	3,6	2,6	3,3	3,9
Bruttolöhne- und Gehälter je Beschäftigten	4,5	3,3	3,4	4,4	4,6	4,0	2,7	3,2	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,0	1,7	3,2	0,7	-0,8	-0,9	4,7	4,7	1,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,0	2,0	1,9	-2,4	4,4	4,1	0,1	-1,6	5,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,4	2,7	3,3	3,0	3,9	2,8	2,6	2,9	3,7
Abschreibungen	3,3	4,1	4,3	3,4	3,3	3,7	4,6	4,5	4,1
Bruttonationaleinkommen	3,4	3,0	3,5	3,1	3,8	3,0	3,0	3,2	3,8
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3,4	2,8	3,3	2,3	4,4	3,0	2,6	2,9	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,2	1,7	2,2	-4,7	2,7	1,0	2,3	1,2	3,1
Arbeitnehmerentgelt	5,0	3,2	3,7	5,0	5,0	3,6	2,8	3,5	3,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	2055,2	2127,2	2199,0	987,9	1067,2	1026,9	1100,4	1062,1	1136,9
Nettolöhne- und -gehälter	1406,7	1443,6	1489,2	665,5	741,3	688,3	755,3	708,7	780,5
Monetäre Sozialleistungen	836,7	874,7	906,5	414,6	422,1	434,3	440,4	451,2	455,3
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	188,2	191,0	196,7	92,2	96,1	95,7	95,3	97,8	98,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	665,0	676,4	697,8	351,7	313,3	348,6	327,9	364,9	332,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-136,4	-136,7	-139,2	-64,8	-71,6	-62,9	-73,7	-64,1	-75,1
Verfügbares Einkommen	2583,7	2667,0	2757,6	1274,8	1308,9	1312,5	1354,5	1362,8	1394,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,2	61,3	61,5	29,6	31,5	29,7	31,6	29,8	31,7
Konsumausgaben	2372,5	2452,1	2527,6	1159,0	1213,5	1193,9	1258,2	1233,9	1293,7
Sparen	272,4	276,2	291,5	145,5	127,0	148,3	127,9	158,7	132,8
Sparquote in Prozent ⁷	10,3	10,1	10,3	11,2	9,5	11,0	9,2	11,4	9,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	4,0	3,5	3,4	4,1	3,9	3,9	3,1	3,4	3,3
Nettolöhne- und -gehälter	3,8	2,6	3,2	3,7	3,9	3,4	1,9	3,0	3,3
Monetäre Sozialleistungen	5,6	4,5	3,6	5,9	5,3	4,7	4,3	3,9	3,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	10,1	1,5	3,0	9,9	10,4	3,9	-0,8	2,2	3,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,0	1,7	3,2	0,7	-0,8	-0,9	4,7	4,7	1,5
Verfügbares Einkommen	2,9	3,2	3,4	2,9	2,9	3,0	3,5	3,8	3,0
Konsumausgaben	3,9	3,4	3,1	4,0	3,9	3,0	3,7	3,3	2,8
Sparen	-5,9	1,4	5,5	-5,5	-6,2	1,9	0,8	7,1	3,8

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^a									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	1031,0	1059,1	1095,9	511,8	519,2	523,0	536,1	540,1	555,8
direkte Steuern	571,7	586,1	607,7	282,5	289,1	287,9	298,3	296,9	310,8
indirekte Steuern	459,3	473,0	488,3	229,3	230,0	235,1	237,8	243,3	245,0
Nettosozialbeiträge	822,5	859,2	899,2	398,2	424,3	416,1	443,1	435,3	463,9
Vermögenseinkommen	30,7	30,6	31,5	15,6	15,1	15,3	15,3	15,7	15,8
Laufende Übertragungen	30,8	31,3	31,6	13,7	17,0	14,0	17,2	14,2	17,4
Vermögenstransfers	25,5	21,4	22,4	12,5	13,0	10,2	11,2	10,1	12,3
Verkäufe	198,3	206,2	215,9	92,6	105,7	95,8	110,4	100,4	115,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2 139,0	2 208,1	2 296,9	1 044,5	1 094,5	1 074,6	1 133,5	1 115,9	1 180,9
Ausgaben									
Vorleistungen	288,9	304,9	320,1	132,0	156,9	140,1	164,7	147,7	172,4
Arbeitnehmerentgelte	383,3	402,4	419,1	184,6	198,7	193,3	209,1	201,4	217,7
Soziale Sachleistungen	414,3	437,1	460,8	203,8	210,5	216,0	221,1	227,4	233,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	49,3	53,1	57,7	24,5	24,7	25,4	27,6	28,6	29,1
Subventionen	54,1	58,9	59,9	22,0	32,2	24,2	34,7	25,4	34,5
Monetäre Sozialleistungen	751,2	786,1	814,9	372,0	379,2	390,1	396,1	405,4	409,5
Sonstige laufende Transfers	95,1	103,6	107,1	45,7	49,4	49,4	54,2	51,2	55,9
Bruttoinvestitionen	147,5	155,1	169,4	61,5	86,0	65,6	89,5	72,8	96,6
Vermögenstransfers	79,1	86,1	91,4	29,1	50,0	33,2	52,9	35,2	56,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-0,6	-0,6	-0,6	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Sonstige Produktionsabgaben	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	2 262,6	2 387,0	2 500,1	1 075,1	1 187,5	1 137,2	1 249,9	1 195,0	1 305,1
Finanzierungssaldo	-123,6	-179,0	-203,2	-30,6	-93,0	-62,6	-116,4	-79,1	-124,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,4	2,7	3,5	5,2	1,8	2,2	3,3	3,3	3,7
direkte Steuern	3,4	2,5	3,7	4,9	2,0	1,9	3,2	3,1	4,2
indirekte Steuern	3,5	3,0	3,2	5,6	1,5	2,6	3,4	3,5	3,0
Nettosozialbeiträge	8,7	4,5	4,7	8,9	8,6	4,5	4,4	4,6	4,7
Vermögenseinkommen	-10,1	-0,1	2,9	-10,8	-9,2	-1,9	1,7	2,7	3,1
Laufende Übertragungen	-2,0	1,5	1,1	-1,3	-2,5	1,9	1,2	1,0	1,1
Vermögenstransfers	25,6	-15,8	4,7	35,3	17,6	-18,1	-13,7	-0,7	9,5
Verkäufe	7,0	4,0	4,7	8,3	6,0	3,5	4,4	4,7	4,7
Sonstige Subventionen	-13,3	-1,0	0,0	-6,1	-18,5	-2,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	5,7	3,2	4,0	6,8	4,6	2,9	3,6	3,8	4,2
Ausgaben									
Vorleistungen	3,0	5,5	5,0	3,4	2,8	6,2	5,0	5,4	4,7
Arbeitnehmerentgelte	7,3	5,0	4,2	7,7	6,9	4,7	5,2	4,2	4,1
Soziale Sachleistungen	7,2	5,5	5,4	7,2	7,1	6,0	5,0	5,3	5,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	7,5	7,7	8,7	6,8	8,1	3,7	11,7	12,5	5,2
Subventionen	-0,2	8,9	1,7	-15,3	13,7	10,2	8,0	5,0	-0,6
Monetäre Sozialleistungen	5,9	4,7	3,7	6,2	5,5	4,9	4,5	3,9	3,4
Sonstige laufende Transfers ⁹	5,5	8,9	3,4	4,3	6,6	8,1	9,6	3,7	3,1
Bruttoinvestitionen	12,3	5,2	9,2	6,9	16,5	6,6	4,1	11,0	7,9
Vermögenstransfers ⁹	-5,8	8,8	6,1	-21,7	6,8	14,1	5,8	6,1	6,1
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	-1145,8	2,9	-0,9	135,7	-306,4	7,9	-0,9	-0,8	-0,9
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	14,9	2,3	2,1	17,3	12,7	3,8	0,8	1,5	2,7
Insgesamt	5,7	5,5	4,7	4,7	6,7	5,8	5,2	5,1	4,4

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW-Konjunkturprognose Sommer 2026.

INTERVIEW



Geraldine Dany-Knedlik ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik im DIW Berlin

„Deutsche Wirtschaft steht von mehreren Seiten unter Druck“

1. **Frau Dany-Knedlik, Kriege, steigende Energiekosten und eine erratische US-Handelspolitik sorgen für Unsicherheit. Wie schlägt sich die deutsche Wirtschaft unter diesen Bedingungen?** Die deutsche Wirtschaft kommt nicht in Schwung, obwohl sich zum Jahreswechsel eine zarte Belebung abgezeichnet hatte. Diese war vor allen Dingen getragen durch die Binnenwirtschaft und einen zuletzt robusten privaten Konsum. Der Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs hat die beginnende Erholung jedoch ausgebremst, bevor sie sich überhaupt verfestigen konnte. Gestiegene Öl- und Gaspreise treiben die Verbraucherpreise. Das wiederum schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte, erhöht die Kosten der Unternehmen und verstärkt die ohnehin schon verbreitete Unsicherheit. Insgesamt rechnen wir damit, dass es in diesem Jahr noch ein Wachstum von 0,5 Prozent und im kommenden Jahr von 0,8 Prozent geben sollte. Das ist gegenüber unserer Frühjahrsprognose eine deutliche Senkung um jeweils rund einen halben Prozentpunkt.
2. **Besteht die Gefahr, dass Deutschland in eine Rezession rutscht?** Diese Gefahr hat sich zumindest nicht vermindert. Wir erwarten für das zweite und dritte Quartal jeweils ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung, bevor sie sich dann zum Jahresende wieder stabilisiert. Das ist eine Schwächephase, aber kein tiefer Einbruch, wie wir ihn während der Energiepreiskrise 2022/23 gesehen haben. Zum einen handelt es sich aktuell primär um einen Preis- und nicht um einen Mengenschock. Das heißt, die inländische Versorgungssicherheit ist zumindest zurzeit noch nicht gefährdet. Zum anderen ist die konjunkturelle Ausgangslage anders, weil sich die deutsche Wirtschaft jetzt in einer Phase der Unterauslastung befindet.
3. **Inwieweit kann der private Konsum die Konjunktur noch stützen?** Da liegt zurzeit das Kernproblem. Der private Konsum, der die Erholung eigentlich tragen sollte, stagniert und dürfte im laufenden Quartal sogar schrumpfen. Zwar sehen wir, dass insgesamt die Einkommen in diesem und im kommenden Jahr etwas steigen, weil die Nettolöhne und

die Sozialleistungen robust zulegen. Aber die entscheidenden Belastungsfaktoren sind die Erwartung, die steigenden Preise und die sich beschleunigende Inflation.

4. **Wie schätzen Sie die Inflationsentwicklung ein?** Wir heben unsere Inflationsprognose deutlich auf 2,9 Prozent für dieses und 3,0 Prozent für das kommende Jahr an. Das liegt klar über dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent. Maßgeblich dafür sind die Energiepreise. In Deutschland schlägt sich vor allen Dingen der hohe Ölpreis nieder, spürbar bei Kraftstoffen und Heizöl. Beim Gas sind wir, anders als 2022, dank diversifizierter Importe deutlich weniger betroffen. Insgesamt bleiben die Energiepreise, insbesondere für Öl, auf einem erhöhten Niveau. Das wird sich vor allen Dingen in den Transportkosten niederschlagen. In der Folge werden zum Jahreswechsel hin auch die Dienstleistungs- und Warenpreise dynamischer ansteigen.
5. **Vor welchen Herausforderungen steht die deutsche Industrie?** Die exportorientierte Industrie steht durch strukturelle Belastungen, hohe Produktionskosten und nachlassende Wettbewerbsfähigkeit sowie durch die anhaltende außenwirtschaftliche Unsicherheit unter mehrfachem Druck. Wir gehen davon aus, dass sie sich nur langsam erholt, denn der Stimmungsumschwung ist relativ deutlich. Die Ausrustungsinvestitionen dürften im laufenden Quartal erneut zurückgehen. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit, auch getrieben durch den Iran-Krieg, dämpft die Investitionsbereitschaft nochmal zusätzlich.

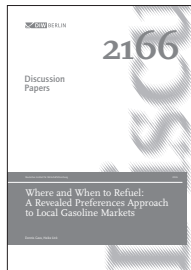
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Discussion Papers Nr. 2166
2026 | Dennis Gaus, Heike Link



Where and When to Refuel: A Revealed Preferences Approach to Local Gasoline Markets

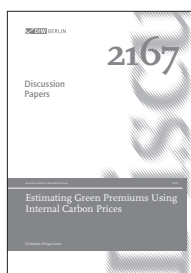
This paper provides a systematic analysis of German car drivers' refuelling behaviour. A dataset combining population-representative individual-level GPS-tracking and survey information with data on fuel prices is used to identify 922 refuelling stops between April and December 2023. Besides a discussion of the conducted data processing and cleaning steps, the paper provides insights into German fuel price developments and the competition situation of gas stations. The analysis of the identified refuelling trips shows that drivers most often refuel during shopping trips or on the way home and during times

that are known for relatively low prices. The choice between available gas stations is predominantly based on proximity to the direct route, as drivers avoid detours even at the expense of higher costs. In the context of competition policy and market regulation, the findings suggest that the catchment area of gas stations is smaller than often assumed when defining the competition among gas stations. Nevertheless, the high density of gas stations in Germany provides consumers with a considerable choice set and gas stations with a competitive environment even in small geographic areas.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2167
2026 | Till Köveker, Philipp Cremer



Estimating Green Premiums Using Internal Carbon Prices

Empirical evidence on price premiums for green intermediate products is scarce, especially for energy-intensive basic materials. Evidence on such green premiums is relevant, as they may affect companies' incentives to invest in green production technologies. Moreover, green premiums are important for the design of green support programmes, as support levels could be adjusted for companies' green revenues. This paper proposes a new approach for estimating green premiums for basic materials. Basic material buyers' additional willingness to pay for green inputs is estimated based on their reported internal carbon prices. This green willingness to pay is used to construct a demand curve for green

basic materials. Short-to medium-term green supply is derived from low-carbon basic material production facilities that have been announced or are under construction. The proposed methodology is then applied to estimate and predict green premiums in the steel sector. The results indicate that green steel premiums will be too low and too transient to generate significant incentives to invest in green primary steel production facilities. Other policies such as effective carbon prices and carbon contracts for difference are and will be central in driving the green steel transition. Green steel premiums may only play a complementary role in the first years of the transition.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





STEFAN BACH

Mehr Netto vom Brutto: Steuer- senkungen werden für arbeitende Mitte leicht zum Eigentor

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Abteilung Staat im DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Fußball-Weltmeisterschaft hat begonnen. Bei der Steuer- und Abgabenbelastung der arbeitenden Mitte ist Deutschland seit langem Vize-Weltmeister. Nur in Belgien werden die Arbeitseinkommen der Normalverdienenden noch stärker mit Einkommensteuer und Sozialbeiträgen gebeutelt, wie die OECD regelmäßig ausrechnet.

Das macht sich zunehmend auf dem wirtschaftspolitischen Platz bemerkbar. Normal- und Besserverdienende spielen auf schwerem Rasen. Mehr (Lauf-)Arbeit lohnt sich rein finanziell nur begrenzt, wenn der Zusatzverdienst mit 45 Prozent Abgaben weggegrätscht wird. Viele geburtenstarke Boomer gehen vom Platz in die Rente. Die Jüngeren spielen angesichts der starken Viererkette aus Lohnsteuer, Sozialbeiträgen, hohem Transferabbau und dysfunktionalen Wohnungsmärkten eher auf Ballbesitz und Schonung statt auf Pressing und Laufarbeit. Es fehlen gute, billige und willige Spieler. Die anhaltende Wirtschaftskrise reißt große Löcher in die öffentlichen Haushalte. Und mit den USA ist ein traditioneller Großsponsor weggefallen.

Trotz Lockerung der Schuldenbremse geht dem Verein wieder das Geld aus, es droht der Lizenzentzug. Das Haushaltsdefizit läuft auf deutlich über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts hoch. Teure Wahlversprechen wie die Mütterrente oder die Gastrosteuersenkung schlagen ins Kontor. Die Exportindustrie, traditionell Sturmspitze des deutschen Wirtschaftsmodells, ist ins Abseits gelaufen und droht abzustiegen. Die Digitalisierung sitzt auf der Reservebank. Und die maroden Sozialsysteme schwächen die Abwehr und spielen auf Zeit.

Ab 2028 sollen die Unternehmen entlastet werden. Das Geld geht erst mal vor allem an die Reichen und Superreichen mit den großen Unternehmen. Die sollen mehr investieren und die Wirtschaft beleben. Das ist ein Steilpass ins Ungewisse – ob die Stürmer ihn verwerten, ist unsicher, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen: Lähmende Bürokratie, teure Energiekosten, keine Fachkräfte und überteuerte Wohnungspreise für die Mitarbeitenden. Nur Geld schießt eben keine Tore.

Die Mittelschichten spürbar zu entlasten, kostet den Staatshaushalt viel Geld. Ein Prozentpunkt Sozialbeiträge bedeutet bei der Renten- und Arbeitslosenkasse gut 16 Milliarden Euro, bei der Kranken- und Pflegekasse gut 19 Milliarden Euro. Und ein Prozentpunkt Mehrwertsteuer bringt knapp 16 Milliarden Euro. Entlastungen bei der Einkommensteuer bringen wenig für die arbeitende Mitte – weil sie nur wenig Einkommensteuer zahlen. Natürlich kann man im Eingangsbereich entlasten und oben die Steuersätze moderat erhöhen. Oder Steuerprivilegien bei Immobilien und Erbschaften abschaffen oder eine Vermögensabgabe erheben. Aber das saniert den Haushalt nicht wirklich.

Die Union fürchtet Steuererhöhungen. Dann muss man an die Ausgaben ran. Die sind seit den Krisen deutlich gestiegen, die Staatquote liegt inzwischen deutlich über 50 Prozent Bruttoinlandsprodukt. Wenn man mittelfristig nennenswerte Beträge in den öffentlichen Haushalten mobilisieren will, müssen Subventionen und Sozialleistungen gekürzt werden. Da geht es um immerhin 32 Prozent des BIP oder 62 Prozent der Staatsausgaben. Mit dem Rasenmäher drübergefahren und um fünf Prozent gekürzt spart man immerhin 1,6 Prozent des BIP, das sind 74 Milliarden Euro im Jahr. Die gebeutelten Mittelschichten sparen, wenn es gut läuft, 200 bis 400 Euro im Jahr bei Lohnsteuer oder Sozialbeiträgen. Die werden leicht aufgewogen durch höhere Zuzahlungen beim Arzt, weniger Rente, Pflegeleistungen, Elterngeld und Stütze oder weniger Staatsknete für die neue Heizung. Oder eben durch die Mehrwertsteuererhöhung. Da sich die Regierung nicht an größere Ausgabenkürzungen herantraut, wird sie wohl kommen. Ebenso wie Gerüchte zum Trainerwechsel bei anhaltender Negativserie.

Fazit: Entscheidend ist' auf'm Platz. Mehr Netto vom Brutto bedeutet bei den Mittelschichten leicht weniger Brutto vom Netto. Wenn das Punkteverhältnis aus öffentlichen Leistungen und Steuern in die Miesen gerät, kommt das untere Mittelfeld leicht in die Abstiegszone.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>